Der Krieg
und
die deutsche Politik

von

Paul Rohrbach.

Dresden 1914
Verlag „Das Größere Deutschland"

HMod
R7394kr

Der Krieg

und

die deutſche Politik

Von

Paul Rohrbach.

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

567048
27.7.53

Dresden.
Verlag „Das Größere Deutſchland“
1914.

Inhalt.

Seite

Vorwort I
I. Das Aufkommen der englischen Weltmacht 1
II. Die Wandlung Deutschlands 8
III. Die englische Einkreisungs-Idee 17
IV. Spannung und Entspannung mit England 31
V. Die russische Gefahr 54
VI. Die Leitgedanken unserer auswärtigen Politik 69
VII. Der deutsche Krieg 82

Vorwort.

Diese Arbeit wurde begonnen einige Monate vor dem Mord von Serajewo und beendet, als eben die ersten großen Schlachten auf lothringischem und belgischem Boden geschlagen waren. Daher setzen die ersten fünf Kapitel die Kriegsgefahr als erst für die Zukunft — allerdings keine ferne Zukunft — bestehend voraus; das sechste rechnet bereits mit der Entstehung des Konflikts aus der serbischen Untat; das siebente handelt vom deutschen Krieg. Eine Zeitlang habe ich gezweifelt, ob ich nach dem Ausbruch des Krieges die Arbeit überhaupt vollenden sollte. Nach reiflichem Erwägen und Ratschlag mit dem Verleger habe ich es schließlich doch getan und mich gleichzeitig entschlossen, die vor dem Kriege geschriebenen Kapitel ohne jede Veränderung zu lassen. Auf diese Weise wird vielleicht am ehesten deutlich werden, wie sehr der plötzliche und gewaltsame Ausbruch der Krisis in der Linie der notwendigen Entwicklung der Dinge lag.

Der Kampf ist uns aufgenötigt worden, aber wir müssen es als ein Glück betrachten, daß durch das Todesopfer des Erzherzogs Franz Ferdinand der Ausbruch der großen antideutschen Verschwörung in Europa vorzeitig veranlaßt worden ist. Zwei Jahre später wäre der Krieg für uns viel schwieriger, opfervoller, vielleicht zweifelhafter geworden. Wie aber die Sachen heute stehen und wie sie schon beim Ausbruch des Krieges standen, dürfen wir ruhig bekennen, daß der Sieg über alle unsere Feinde, mag zu ihnen hinzutreten, wer immer noch Lust hat, für uns viel weniger eine militärische als eine moralische Frage ist. Für diese Zuversicht haben wir in der Geschichte ein altes und berühmtes Beispiel. Wir lesen im Jesajabuch die Erzählung vom Anschlag der Könige von Damaskus und Samaria gegen das Haus

Davids in Jerusalem. Dem König Ahas, heißt es, wurde das Bündnis der beiden mächtigen Gegner gemeldet und sein und seines Volkes Herz erbebte wie die Bäume des Waldes vor dem Winde. Da trat der Prophet zu ihm und sprach: wegen der beiden rauchenden Stummel von Feuerbränden verzage dein Herz nicht; erbitte dir ein Zeichen vom Herrn! Ahas aber fürchtete sich und erwiderte: Ich will den Herrn lieber nicht versuchen. Da sprach Jesaja: ists euch nicht genug damit, Menschen zu ermüden, daß ihr auch Gott ermüdet? Darum wird euch der Herr selbst ein Zeichen geben; ein junges Weib wird schwanger werden und einen Sohn gebären und ihn Immanuel nennen — d. h. Gott mit uns! So schnell, heißt das, wird die Gefahr vorübergehen, daß die junge Mutter das Kind, das sie in der Zeit der Sorge empfängt, wenn es geboren wird, schon mit dem Triumphnamen nennen wird: der Herr mit uns. Aus dieser Geschichte dürfen wir lernen. Der schwersten Kraftprobe, die wir je im Lauf unserer Schicksale zu bestehen gehabt haben, dürfen wir, müssen wir mit derselben Zuversicht begegnen, die aus dem prophetischen Wort vom Immanuel leuchtet. Auch sie, die Tausende von jungen Frauen, die sich jetzt bei Kriegsausbruch noch mit ihren ins Feld ziehenden Erwählten haben vereinigen lassen, mögen sich getrost im voraus für ihr Kind, das geboren werden wird, wenn die Entscheidung in diesem Weltkampfe gefallen ist, einen Siegesnamen wählen. Sie dürfen es, wenn unser Volk sich dessen bewußt ist: wir können nicht besiegt werden, wenn wir genug sittliche Kraft bewähren. Umgekehrt — erliegen wir den vereinigten Gegnern, so wird es nicht darum sein, weil wir militärisch zu schwach waren, sondern weil wir uns moralisch der Prüfung nicht gewachsen gezeigt haben.

Wir gehen in diesen Krieg nicht wie 1870 mit den unmittelbaren Erfahrungen zweier siegreicher Feldzüge. Wir hatten, als der Kampf begann, noch keine Männer, auf die daheim und im Felde jedermann im voraus mit demselben Vertrauen hinblicken konnte, wie die vorhergehende Generation, als sie gegen Frankreich zu den Waffen gerufen wurde. Auch diplomatisch hat dieser Krieg nicht so vorbereitet werden können, wie der, aus dem die Einigung Deutschlands er-

wuchs. Um so sicherer ist es, daß wir den Kampf nicht gewollt haben, sondern daß er uns geschenkt worden ist, damit wir die innere Einigung, den großen Aufschwung unseres Volksgeistes erleben, und uns endlich nach außen unsere Stellung als Weltvolk erkämpfen. Nichts wäre gefährlicher, furchtbarer für uns gewesen, als wenn der Krieg diesmal vorübergegangen wäre, um uns zwei Jahre später, wenn die Gegner ihre Kräfte verdoppelt hatten, um so sicherer zu treffen. Einen Augenblick, als neue Feinde sich erhoben und unsere Bundesgenossen uns im Stich ließen, schien es, als ob etwas wie Sorge durch das Volk ging. Auch das ist jetzt überwunden. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß wir kriegerisch stark genug sind, alle Feinde zu bestehen. Was den Triumph in der Schlacht angeht, nach Westen wie nach Osten, so können wir getrosten Muts die Söhne von 1915 im voraus Siegeskinder heißen.

Nun kommt aber die größte, die eigentlich volkssittliche Aufgabe hinzu. Im Vergleich zu unseren Gegnern haben wir den schwerwiegenden inneren Vorteil, daß wir schlagen, weil wir zum Schlagen gezwungen sind, ohne Wahl und ohne Ausweichen; weil man uns angreift, um uns zu vernichten. Die Gegner aber schlagen aus politischen Erwägungen, Ueberlegungen und Instinkten verschiedener Art, und jeder von ihnen ist darum verschieden stark an den Krieg und an das Kriegsbündnis gekettet. Der Krieg ist nicht, wie es die Feinde wohl gewollt hätten, zu einer Zeit ausgebrochen, wo unser eigenes Brot bald aufgezehrt gewesen wäre, sondern im Hochsommer. Unsere Ernte ist gerade diesmal so reichlich gewesen, wie selten, und auch mit Fleisch und sonstigem Lebensbedarf sind wir vollauf versehen. Im militärischen Wettrüsten, in der Artillerie, im Gewehr, in der Bekleidung, waren wir gerade jetzt den Russen und Franzosen ein gutes Stück vorausgekommen Auch die Flottenmannschaft stand gerade im Sommer auf der Höhe ihrer Ausbildung. Trotzdem zwang das Verhängnis unserer Gegner sie schon jetzt zum Handeln. Anders als die Russen sind wir auch im Stande, allen notwendigen mittelbaren und unmittelbaren Kriegsbedarf unabhängig vom Ausland bei uns selber zu erzeugen. Eine einzige wirkliche

Schwierigkeit erhebt sich gegenüber der Sicherheit des Sieges, und das ist die Frage: wird die Nahrung, die im ganzen genommen für unser Volk innerhalb der Grenzen Deutschlands vorhanden ist, auch wirklich all den einzelnen zugänglich gemacht werden können, die sie zur Erhaltung ihres Lebens und ihrer Gesundheit brauchen?

England ist zu unseren beiden Feinden Frankreich und Rußland hinzugetreten in der Annahme, wenn es uns die Zufuhr abschneidet, uns wirtschaftlich aushungert, würde sich der Krieg um so schneller zu unseren Ungunsten entscheiden und der englische Handel danach allein die Welt beherrschen. Inbezug auf die eigentlichen Lebensmittel wäre das, wie wir gesehen haben, gerade in diesem Jahre ein zweckloses Beginnen; wohl aber ist es möglich, unsere Industrie des größten Teils der Rohstoffe zu berauben, die sie zum Arbeiten braucht. Wir haben einige Vorräte, vielleicht mehr als der Feind glaubt, aber in absehbarer Zeit müssen sie zu Ende gehen. Wir erzeugen keine Baumwolle und Seide, und von Wolle und anderen tierischen Rohstoffen, von den meisten Metallen, von Holz, Oelen u. dergl. nur einen geringen Teil unseres Bedarfs. Unsere Fabriken werden also in absehbarer Zeit nicht nur durch den Auszug der waffenfähigen Mannschaft, sondern auch durch den Mangel an Rohmaterial zum Stillstand genötigt werden. Mehr als die Hälfte unserer Einfuhr entfällt auf gewerbliche Rohstoffe und beinahe zwei Drittel der Ausfuhr auf fertige Fabrikate. Das ist die Rechnung der Engländer, die sich schwerlich besinnen werden, im äußersten Fall jeden Rohstoff, der uns über die neutralen Staaten zugeführt werden könnte, als Kriegskontrebande zu erklären. Wenn es nicht anders geht, werden sie bereit sein, den Amerikanern, auf die sie Rücksicht nehmen müssen, die Baumwolle, die nicht nach Deutschland gelangen darf, zu bezahlen.

Wie sieht unsere Gegenrechnung aus? Sie muß so aussehen, daß der Entschluß aus ihr hervorleuchtet, alle Hungernden und Bedürftigen, die zu Hause sitzen, kriegsunfähige Männer, Frauen und Kinder, durch Opfer des Staates und der besitzenden Klassen solange zu erhalten, bis der Angriff der Feinde gebrochen ist und wir einen Frieden schließen können,

der uns ermöglicht, alle geschlagenen Wunden zu heilen und uns als Weltvolk zu behaupten. Deutschland und Oesterreich-Ungarn zusammen zählen rund 120 Millionen Einwohner, und für beide Staaten handelt es sich jetzt um Sein oder Nichtsein. Sie haben Waffen und Kriegsmaterial in Fülle und Nahrung genug. Auch wenn unsere Armeen im Kampfe auch nur mit mittleren Fähigkeiten und mittlerem Glück geführt werden, so ist es ohne viel Ueberlegen klar, daß wir von Rußland und Frankreich menschlicher Voraussicht nach nicht so weit niedergerungen werden können, daß die Gegner uns den Frieden diktieren. Dazu sind schon die innerrussischen und innerfranzösischen Verhältnisse nicht angetan. Keine von beiden Nationen verfügt über so große Kraft und innere Geschlossenheit, um das Aeußerste und Letzte für diesen Kampf herzugeben. Selbst Italiens Beitritt zu ihnen brauchte uns nicht zu schrecken.

Wenn nicht elementare Katastrophen eintreten, so ist also das einzige, was Deutschland zum Frieden zwingen könnte, der Hunger der Brotlosen. Dazu würde es nur kommen, wenn diejenigen, die etwas haben, sich weigern, denen mitzuteilen, die nichts haben. Es kann wohl sein, daß wir eine gesetzliche oder freiwillige Vermögenssteuer von großer Höhe erleben, nicht um die Kosten des Krieges davon zu bezahlen, sondern um mit ihrer Hilfe das Brot und das Fleisch, das in Deutschland wächst, denen in die Hand zu geben, die sich selbst nichts mehr erarbeiten können, weil die Arbeitsgelegenheit fehlt. Deutschland kann nicht ausgehungert werden, weder an Nahrung, noch an Kriegsmaterial. Damit ist in einem Kampfe, bei dem es nicht um Festungen, Provinzen und Grenzen geht, sondern um das Dasein von Volk und Reich, alles gesagt, was zu sagen nötig ist.

Die Frage des Sieges ist also für uns eine Frage der sittlichen nationalen Kraft, der Opferwilligkeit für die Ernährung desjenigen Teiles der Nation, der nicht von seinem Besitz, sondern von seiner Arbeit lebt, auf Kosten und Sorgen der Besitzenden, derer, die auch dann noch etwas hergeben können, wenn das Arbeitseinkommen namentlich der unteren Volksschichten mehr und mehr versagt. Ob das in Form einer freiwilligen Organisation oder in Form von staatlich

auferlegten Steuern geschieht, ist gleichgültig; ohne Mithilfe der staatlichen Organe wird die Sache in keinem Falle zu machen sein. Deutschland wird in diesem Krieg erst dann verloren sein, wenn seine Reichen, seine Wohlhabenden, überhaupt alle, die Einkommen aus Vermögen und sicherer Arbeit besitzen, sprechen: von nun an werden uns die Opfer für die Erhaltung derer, die ohne Verdienst sind, d. h. für die Erhaltung des Vaterlandes, zu groß! Von nun an ziehe ich es vor, daß ein Frieden mit Schmach geschlossen wird, ein Frieden, der das Deutsche Volk aus der Reihe der Weltvölker ausstößt, als daß mein eigenes Besitztum sich noch länger durch Beisteuern zum Unterhalt der nichts Besitzenden verringern sollte!

Diese Probe auf den sittlichen Opfermut der führenden Schichten ist die eigentliche Kraftprobe, der wir entgegengehen. An unserem Heere, an unserer rein militärischen Leistungsfähigkeit zu zweifeln, ist nicht nötig. Bestehen wir auch die moralische Probe, so kann uns der Sieg nicht fehlen, ja erst dann werden wir ihn in Wahrheit verdient haben. Bestehen wir sie nicht, so sind wir des Sieges nicht wert gewesen, so haben wir, so hat die Welt keine Klage darüber zu erheben, daß wir zugrunde gegangen sind. Was wir bisher an Hilfsbereitschaft von öffentlichen Körperschaften und von Privaten erlebt haben, war ein sehr guter Anfang. Wir müssen uns nur darüber klar sein, daß es erst ein Anfang ist. Niemand von uns wird sich darüber täuschen, wieviel Schuld und Verfehlung auf sittlichem Gebiet auch bei uns in Deutschland sich anzuhäufen begonnen hat. Von allem, was zu sagen wäre, sei nur an die Schande des Geburtenrückganges, der Feigheit vor dem Kinde, erinnert. Möge uns dieser Krieg in eine so harte Schule nehmen, daß auch alles Gute und Heldenhafte, dessen der deutsche Geist fähig ist, wieder hervortritt!

I.

Das Aufkommen der englischen Weltmacht.

Das heutige Verhältnis der führenden Mächte und Nationen untereinander geht zurück auf die großen Auseinandersetzungen des 18. Jahrhunderts. Dabei liegen das Aufkommen Preußens, die habsburgisch-spanische und die französische Politik nach ihrer europäischen und kontinentalen Seite soweit innerhalb des Kreises unserer staatengeschichtlichen Vorstellung, daß es nicht nötig ist, auf sie besonders einzugehen. Anders die mehr als hundertjährige Auseinandersetzung zwischen Frankreich und England. Ihr Verlauf und ihr Ausgang sind vor allen Dingen deshalb wichtig, weil sie für weltpolitische Entwicklung des letzt verflossenen Jahrhunderts bestimmend geworden sind, und man kann nicht sagen, daß diese Zusammenhänge unseren politisch Gebildeten alle so deutlich sind, wie es zum Verständnis der Gegenwart gehört.

Während des 18. Jahrhunderts gewinnen die Beziehungen zu der überseeisch-kolonialen Welt erhöhte Bedeutung für die europäischen Staaten: eine höhere, als selbst während des Zeitalters der Entdeckungen. Auf der einen Seite nimmt die tatsächliche Kolonisation größere Maßstäbe an, auf der andern Seite wächst die Bedeutung der Kolonialprodukte in der Weltwirtschaft. Zwar läßt sich beides noch nicht mit den heutigen Verhältnissen vergleichen, aber es bilden sich überall die Grundlagen der Gegenwart. England erscheint uns dabei als die allein oder fast allein herrschende Macht über See und die Engländer als das eigentliche große Kolonisationsvolk. Um die Mitte des 18. Jahrhunderts war jedoch der überseeische, kolo-

nialpolitische Wettbewerb zwischen Frankreich und England noch keineswegs entschieden. In Indien standen die englischen und französischen Kräfte einander gleich, und in Amerika spielte das Angelsachsentum gegenüber den romanischen Nationen räumlich erst eine sehr geringe Rolle. Bei weitem der größere Teil der westlichen Erdfeste gehörte den Spaniern, Portugiesen und Franzosen. Von Nordamerika waren Mexiko, das damals doppelt so groß war als heute, und Florida spanisch; westlich vom Missisippi aber erstreckte sich ein gewaltiges französisches Gebiet, Louisiana, das Ludwigsland, ins Unbestimmte nach Norden. Zwar reichten die französischen Kräfte nicht aus, es ganz zu besetzen und zu kolonisieren, aber der französische Anspruch bestand, und die Namen von Niederlassungen, wie Neu-Orleans an der Missisippi-Mündung, St. Louis am Zusammenfluß von Missisippi und Missouri und zahlreiche andere Bezeichnungen bis an den Fuß des Felsengebirges und bis in das heutige Kanada hinein geben uns noch heute Kunde davon, daß alles Land zwischen dem Golf und den großen kanadischen Seen einmal französisches Zukunftsgebiet war. Von der Mündung des St. Lorenzstromes in den Atlantischen Ozean und an seinen Gewässern entlang dehnte sich das französische Kolonialgebiet nach Westen und Süden landeinwärts, bis es im Hinterlande der Alleghany-Ketten sich mit „Louisiana" vereinte. Nicht nur Südamerika, sondern auch fast der ganze nordamerikanische Kontinent gehörte also den Romanen. Hätte jemand um das Jahr 1750 eine Prognose für die Zukunft Amerikas stellen wollen, so hätte sie kaum anders lauten können, als in der Hauptsache: ibero-romanisch-französisch-katholisch.

Es ist anders gekommen. Zunächst darum, weil Frankreich im siebenjährigen Kriege sich das unmögliche Ziel steckte, gleichzeitig auf dem europäischen Festlande gegen Preußen, auf den Ozeanen und in den Kolonien gegen England zu kämpfen. Vielleicht hätte eine leistungsfähigere Steuerverfassung das französische Königtum in Stand gesetzt, außer der kontinentalen Kraftanstrengung auch noch den Erfordernissen des See- und Kolonialkrieges Genüge zu tun, denn das französische Volk war reich; nur der Staat und die Regierung lit-

ten an Finanznot. Wie aber die Dinge lagen, konnte der Doppelkrieg nur unglücklich für Frankreich enden. In Europa wurde nichts erreicht und über See blieb England Sieger. Nach dem Siebenjährigen Kriege war Indien für Frankreich verloren und Kanada, das beste damalige Kolonisationsland der Franzosen, ging in englischen Besitz über; ebenso Louisiana östlich des Mississippi. Das Uebrige wurde spanisch, kam aber unter Napoleon noch einmal an Frankreich zurück.

Damit war entschieden, daß die Zukunft in Nordamerika einem neuen angelsächsischen Weltvolke gehörte. Noch nicht entschieden war die Frage, ob England oder Frankreich in staatlichem Sinne den bestimmenden Einfluß auf die Gestaltung der übrigen außereuropäischen Welt erlangen sollte. Wohl besaßen die Engländer während des 18. Jahrhunderts schon die maritime Ueberlegenheit über die Franzosen, aber sie war nicht absolut; vielmehr behauptete sich die französische Flotte als selbständige Macht auf den Meeren und brauchte unter günstigen Verhältnissen den Kampf mit der englischen nicht zu scheuen. Während des Unabhängigkeitskrieges der Kolonisten in Nordamerika gegen England waren die französischen Kriegsschiffe im Stande, den Transport der Hilfstruppen, die Frankreich den Amerikanern schickte, zu decken. Alles kam darauf an, wie sich während des großen Aufschwungs, den die Kraft Frankreichs während der Revolutionszeit im ganzen nahm, die Verhältnisse der französischen Seemacht gestalten würden. Die wahre Leistungsfähigkeit der französischen Nation offenbarte sich erst nach Beseitigung der untauglichen ständischen Steuerverfassung. Verhängnisvoller Weise aber hatte die Marine keinen Nutzen von dem Umschwung der Dinge, weil sie, im Gegensatz zur Armee, königstreu war. Die republikanischen Machthaber erblickten in den royalistischen Seeoffizieren und Mannschaften eine Gefahr für den Bestand der Republik und entzogen daher der Flotte nicht nur die notwendige Förderung, sondern ließen sie absichtlich verfallen. In weniger als einem Jahrzehnt war die alte französische Seemacht ruiniert. Als Napoleon die Zügel der Gewalt ergriff, sah er wohl, daß ohne eine starke Flotte der Krieg mit England nicht in einem für Frankreich günstigen Sinne zu Ende gebracht wer-

den konnte, aber die einmal verfallene maritime Organisation ließ sich trotz aller Bemühungen nicht wieder herstellen, weil es an der erforderlichen Friedensruhe dazu fehlte.

So kam es, daß der unausgleichbare Gegensatz zwischen dem napoleonischen Frankreich und den englischen Interessen zu Gunsten Englands entschieden wurde. Napoleon hatte von der Revolution das Programm der sogenannten „natürlichen Grenzen" Frankreichs übernehmen müssen. Die Engländer aber hielten ein Frankreich, das den größten Teil der festländischen Nordseeküste, Länder von dem Reichtum, der industriellen Leistungsfähigkeit und seemännischen Ueberlieferung der Niederlande und Belgiens umfaßte, für nicht erträglich, denn man konnte voraussehen, daß auf diesen Besitz gestützt die Franzosen mit ihrer Industrie, ihrem Außenhandel und ihrer Seemacht England überflügeln würden.

Weit über die europäischen Verhältnisse hinaus hat Napoleon mit klarem Bewußtsein französische Weltpolitik im wirklichen, überseeischen Sinne zu machen versucht. Da der noch vorhandene amerikanische Besitz Frankreichs vorläufig um der Ueberlegenheit Englands auf dem Ozean willen nicht sicher genug zu erreichen und zu halten war, so sollte Aegypten der Grundstein für das neue Frankreich jenseits des Meeres werden. Die ägyptische Expedition Napoleons darf mit nichten als ein Abenteuer betrachtet werden, dem keine genügende militärische und politische Berechnung zu Grunde lag. Ihr Gelingen war aber ganz und gar davon abhängig, ob und wie die Verbindung mit der Heimat aufrecht erhalten werden konnte. Der ägyptische Plan mußte zusammenbrechen, als die Engländer die französische Flotte, die das Besatzungsheer nach Aegypten hinübergeführt hatte, bei Abukir (1798) zerstörten. „Das Schicksal der ägyptischen Expedition war geeignet, die maritime Schwäche Frankreichs grell zu beleuchten; von weiteren überseeischen Versuchen abzuschrecken vermochte es nicht, da die Bedürfnisse gebieterisch darauf hinwiesen. Der Herstellung des Seefriedens (mit England 1801), in dem Frankreich seinen Anspruch auf Aegypten fallen ließ, aber seine alten Kolonien zurückerhielt, folgte unmittelbar die Neueinrichtung der durch den Krieg übel zugerichteten Besitzungen . . . Aber

Napoleon schwebte mehr vor, als die Wiederherstellung des vorrevolutionären Zustandes: er vermehrte das Kolonialreich durch die (Wieder-)Erwerbung des Mississippi-Beckens und warf seine Blicke auf Florida und manche andere Provinz seines schwachen spanischen Nachbarn, um so ein großes Neufrankreich mit den Hauptländern Louisiana und San Domingo in Mittelamerika und dem südlichen Nordamerika zu gründen. Das alte bourbonische Königtum hatte den Angelsachsen den nordamerikanischen Kontinent von Norden her bestreiten wollen, die junge revolutionäre Macht schickte sich an, den Kampf von Süden und Westen her zu erneuern." (Roloff, „Geschichte der europäischen Kolonisation.)

Wären die Pläne Napoleons in Amerika geglückt, so hätten sie nochmals die angelsächsisch-protestantische Zukunft des Erdteils zu Gunsten einer romanisch-katholischen unter Führung der französischen Weltmacht in Frage gestellt. Spanien und damit auch der gesamte spanische Besitz in Amerika sollten unter einer napoleonischen Nebenlinie, sowie schon Ludwig XIV. das angestrebt hatte, ein mittelbares Ausdehnungsgebiet der französischen Interessen werden; Nordamerika zwischen dem Mississippi und dem Stillen Ozean als französisch-spanischer Besitz hätte der Entwicklung des Angelsachsentums auf halbem Wege nach Westen einen Riegel vorgeschoben. Auch diese Idee war aber nur ausführbar, wenn Frankreich dazu gelangte, die Verbindungen zur See gegen England zu behaupten, und das wurde unmöglich, nachdem trotz der erzwungenen Vereinigung der spanischen Flotte mit der französischen England in der Seeschlacht am Kap Trafalgar 1805 den Sieg behauptet hatte.

Diese Schlacht bezeichnet den Wendepunkt in dem hundertjährigen weltpolitischen Ringen zwischen Engländern und Franzosen um die überseeische Ausdehnung ihres nationalen Machtgebiets. Trafalgar aber war im Grunde schon damals verloren gegangen, als die Revolution die französische Marine zu Grunde richtete. Trotz aller Bemühungen blieb es unmöglich, im Kriegszustande mit den weit überlegenen Engländern die Flotte wieder auf die Höhe zu bringen. Napoleon hat mit der äußersten Härte die Wiederherstellung versucht, aber es genügte nicht, neue Schiffe zu bauen und sie not-

dürftig zu bemannen, weil die so zusammengebrachte Macht an innerer Tüchtigkeit weit hinter der englischen zurückblieb.

Selbst nach Trafalgar gab Napoleon die Uebersee- und Weltpolitik noch nicht verloren. Als ihm die Engländer den Weg über den Ozean sperrten, suchte er sein Feld wieder im Orient, und da schienen ihm seine europäischen Siege neue Möglichkeiten zu öffnen. Wir sehen das deutlich nach der Beseitigung des österreichisch-russischen Widerstandes bei Austerlitz und des preußischen bei Jena. „Er beabsichtigte, nachdem er in Tilsit mit Rußland Frieden und Bündnis geschlossen hatte (1807), die Türkei unter die Dreikaisermächte zu teilen, wobei Aegypten und weite Küstenstrecken in Syrien und Kleinasien an Frankreich fallen sollten; außerdem wollte er mit Rußlands und Oesterreichs Hilfe Indien zu Lande über Persien und zu Wasser über Isle de France (Mauritius), das damals noch französisch war, angreifen. Auch an die Erwerbung Algiers dachte er im Zusammenhange mit diesem Entwurf, der Frankreich im nahen Orient zur ersten, im indischen Meere zur allein herrschenden Macht erheben sollte. Diese Unternehmungen, zu denen er die französische Flotte noch stark genug glaubte, waren ihm ein Mittel zu dem doppelten Zweck: Frankreich den unentbehrlichen überseeischen Besitz zu verschaffen und England zu bekämpfen; im offenen Kampf konnte es nicht überwältigt werden, aber nach dem Verlust seines indischen und seines orientalischen Handels mußte es voraussichtlich die Hand zum Frieden bieten. Die Probe auf das Exempel ist nicht gemacht worden, da der Abfall Spaniens vom französischen Bündnis (1808), die sich daran anschließenden Festlandskriege und die daraus hervorgehende Auflösung der russischen Allianz die Ausführung verhinderten. Napoleon war somit verurteilt, seine Weltpolitik nur mit unzulänglichen Mitteln zu betreiben; die Sünden der Revolution rächten sich an ihrem Erben und Bezwinger." (Roloff.)

Als 1815 auf dem Wiener Kongreß die Verhältnisse Europas und der übrigen Welt von neuem geordnet wurden, stand nur noch England als große überseeische Macht da. Auch für die Zukunft schien es bestimmt zu sein, diese Stellung zu behaupten und sie selbst noch zu erweitern. Diente doch das neue

Zeitalter der Naturbeherrschung, das Zeitalter der Verkehrsmaschinen, der Eisenbahnen, Dampfschiffe und Telegraphen, wie der Maschinen für Spinnen und Weben, für die Bearbeitung von Eisen, Holz und jeglichem anderen Material, am Anfang des 19. Jahrhunderts ebenso ausschließlich der Festigung der englischen Vormacht, wie die Kontrolle der Seewege nach den außereuropäischen Erdteilen. Was während der ersten beiden Drittel des verflossenen Jahrhunderts und selbst noch darüber hinaus an europäischen Gütern, an europäischer Technik und an Geist der europäischen Kultur übers Meer gebracht wurde, fuhr bei weitem zum größten Teil unter englischer Flagge, und was von drüben zu uns herübergelangte, desgleichen. England war der Stapelplatz für den Verkehr zwischen Europa und der überseeischen Welt. Erst kurz vor der Mitte des 19. Jahrhunderts regten sich in Deutschland die Anfänge des direkten Verkehrs mit Nordamerika. Es erschien unausbleiblich, daß England mit seinem kulturellen und wirtschaftlichen Einfluß über See mit der Zeit sich zur Weltmacht schlechthin entwickelte. Es gab Einzelgebiete, die unter nichtenglischer Herrschaft standen, aber teils handelte es sich dabei um kleine Enklaven, Restgebiete nichtenglischer kolonialer Herrschaft, teils um kompakte Landgebiete ohne große Bedeutung für den Weltverkehr, wie das asiatische Rußland.

Reißend schnell wird die Welt englisch — dies Wort eines englischen Politikers aus dem Ende des 19. Jahrhunderts schien noch zur Zeit, da das Deutsche Reich entstand, in der Tat das unausbleibliche Schicksal der außereuropäischen Erdteile auszudrücken. Fragte man sich um das Jahr 1870, wo auf dem Erdball Ansätze dafür vorhanden wären, daß noch ein Volk außer dem englischen, ein Kapital, das nicht englisch war, eine große weltwirtschaftliche und weltpolitische Zukunft vor sich gesehen hätte, so konnte die Antwort nur lauten: nirgends. Die große indische Welt war englisch. In China kannte man kaum eine andere europäische Flagge oder Sprache, als die englische. China und Indien aber waren die Hälfte der Menschheit. Nordamerika war teils unmittelbar englisch, teils ein Tochtergebilde der englischen Kultur. Auf dem südamerikanischen Kontinent bedeuteten, vom Spanischen

abgesehen, englisch und europäisch dasselbe. Afrika lag überwiegend herrenlos da, aber boten sich dort einmal neue Möglichkeiten, so schienen sie gleichfalls den Engländern zufallen zu müssen.

II.

Die Wandlung Deutschlands.

Diese Skizze der Entstehung der englischen Weltmacht mußten wir vorausschicken, um die Natur des politischen Problems zu verdeutlichen, das sich von dem Zeitpunkt an erhob, wo neben England noch ein neues, außerenglisches Interesse an der Weltpolitik aufkommt: das deutsche. So jung dieses ist, so scheint es doch, als ob von ihm aus die alten und wie man schon glaubte endgültigen Entscheidungen des Siebenjährigen Krieges und der Napoleonischen Periode über die Verteilung und Beherrschung der Welt nach mehr als hundert Jahren abgeändert werden sollen. Dabei hat sich der Wechsel der Zeiten für das deutsche wie für das europäische Bewußtsein mit einer überraschenden Plötzlichkeit vollzogen. Wir erinnern uns, wie sich gegen Ende der Periode, in der die deutsche Politik durch Bismarck geleitet wurde, während der kurzen Regierungszeit Kaiser Friedrichs, die Möglichkeit erhob, daß eine preußische Prinzessin den Exfürsten von Bulgarien, Prinzen Alexander von Battenberg, heiratete. Der Prinz war durch seinen Konflikt mit den russischen Machtansprüchen aus Bulgarien verdrängt worden, blieb aber in gewissem Sinne Prätendent, und durch die Verbindung mit einer Schwester des deutschen Kaisers hätten sich seine Aussichten verbessert. Gerade darum wären natürlich Zumutungen an die preußisch-deutsche Politik nicht ausgeblieben, es möge der Einfluß Deutschlands dafür eingesetzt werden, daß der Prinz und seine Gattin am Balkan wiederum zu einer fürstlichen Stellung gelangten. Es war zu erwarten, daß Rußland das sehr übel nehmen würde, und um eine Hineinziehung Deutschlands in

solche Konflikte zu vermeiden, widersetzte sich Bismarck mit wuchtiger Rücksichtslosigkeit der Battenbergischen Heirat. Er prägte das seitdem oft wiederholte Wort: der Balkan ist für uns nicht die Knochen eines pommerschen Musketiers wert! Das war ein Bekenntnis zur weltpolitischen Nichtinteressiertheit Deutschlands, wie es schärfer kaum abgelegt werden konnte, denn im türkischen Orient lag der eigentliche Brennpunkt aller über die unmittelbaren Interessen der mitteleuropäischen Kontinentalmächte hinausgreifenden politischen Fragen. War Deutschland nicht einmal am östlichen Ende Europas interessiert — woher sollte es dann Interessen in der wirklichen weiten Welt haben?

Wenige Jahre später wurde uns die Aufrichtigkeit dieses Bekenntnisses zur Abwesenheit weltpolitischer Interessen von außen her sehr eindrucksvoll bekräftigt, indem England uns 1890 die Insel Helgoland abtrat. Sie wurde ihm gut bezahlt, denn es waren nicht wenige und nicht unwichtige Ansprüche in Afrika, die wir um Helgolands willen aufgaben. Man braucht aber nur die Frage zu stellen, was England geben würde, wenn es Helgoland dafür wiederbekäme, um einzusehen, wie wichtig jener Austausch war. Besäßen die Engländer heute noch Helgoland, so wäre es ausgeschlossen, daß die deutsche Flotte es je in der Nordsee mit der englischen aufnehmen könnte. Vermutlich wäre es uns dann überhaupt nicht gelungen, unsere Flottenrüstung soweit zu verstärken, daß sie für England ein beachtlicher und gefährlicher Faktor wurde. Wäre Helgoland englisch, so säße im Kriegsfall der englische Griff direkt an unserer Kehle, denn Helgoland beherrscht die Elbe, die Weser, die Jahde und den Nordostseekanal. Aus alledem können wir sicher folgern, daß den Engländern, als sie uns Helgoland abtraten, der Gedanke noch fern lag, Deutschland werde eines Tages als eine Macht mit weltpolitischen Interessen dastehen, die sich mit den englischen ernsthaft kreuzen und Berücksichtigung fordern könnten. Bismarcks Wort über den Balkan und Englands Verzicht auf Helgoland sind zusammen eine starke Bestätigung, daß zwei Jahrzehnte nach der Gründung des deutschen Reiches noch keinerlei deutsche Weltpolitik in Sicht war.

Genau 25 Jahre nachdem Bismarck die Battenbergische Heirat verweigert hatte, um Deutschland nicht in einen Konflikt wegen orientalischer Dinge hineinziehen zu lassen, waren wir gezwungen, uns mit dem vollen Nachdruck unserer Waffenrüstung in eine Frage zu mischen, die uns noch weit tiefer in den Orient führte, als uns vordem so geschreckt hatte. Anfang 1913 machte Rußland Miene, seine Truppen in Türkisch-Armenien einrücken zu lassen, um die Türkei zur Nachgiebigkeit gegenüber den Balkanverbündeten zu zwingen. Armenien ist durch seine geographische Lage und Beschaffenheit eine Schlüsselstellung, um sowohl die anatolische Halbinsel, als auch das mesopotamische Tiefland zu beherrschen. In russischer Hand hätte es bedeutet, daß die Türkei nicht länger imstande war, sich als unabhängige Macht zu behaupten. Daran aber, daß sie das vermag und tut, liegt uns heute soviel, daß die deutsche Regierung sich genötigt sah, Rußland mitzuteilen, die Ueberschreitung der türkischen Grenze in Armenien würde den Frieden in Europa gefährden. Das war deutlich gesprochen und wurde ebenso verstanden. Der Einmarsch unterblieb und die Gefahr des Zusammenbruchs der Türkei war damit abgewandt. Welch eine Umwandlung in den inneren Lebensbedingungen Deutschlands muß sich aber vollzogen haben, um einen derartigen Wechsel in unserer politischen Haltung gegenüber den Orientplänen zu erklären!

Gehen wir nunmehr der Entwicklung der Dinge seit der Gründung des deutschen Reiches nach und verfolgen wir ihren allmählichen Wandel, so werden wir dabei unser Augenmerk zuerst auf die wirtschaftlichen Veränderungen im Innern der Nation zu richten haben, und darnach auf die politischen Folgen, die von dort für den tatsächlichen Stand der Dinge, für das Urteil des Auslandes und für das nationale Bewußtsein in Deutschland entstanden. Merkwürdigerweise ist gerade auf dem letzteren Gebiet die Entwicklung viel langsamer gewesen, als der Wandel der materiellen und politischen Voraussetzungen selbst. Die Einsicht in die weltpolitische Verflechtung Deutschlands ist bei der großen Mehrzahl der Deutschen um ein bis anderthalb Jahrzehnte jünger, als der offenbare Eintritt Deutschlands in das neue weltwirtschaft-

liche Zeitalter. Die Langsamkeit, mit der bei uns der Schritt von der tatsächlichen weltwirtschaftlichen Interessiertheit zum weltpolitischen Bewußtsein getan wurde, hat unsere nationale Zukunft zeitweilig sogar in starke Gefahr gebracht: damals, als noch innerhalb der sogenannten staatserhaltenden Parteien aus politischen Prinzipiengründen dauernder Widerspruch gegen die Heeres- und Flottenverstärkung lebendig war.

Die politischen Interessen eines großen Volkes sind in jedem Falle durch die Art und den Umfang seines wirtschaftlichen Lebens bedingt, und als den sichersten Gradmesser der modernen Volkswirtschaft sehen wir wiederum die Zahlen des auswärtigen Handels an. Deutschlands Ausfuhr und Einfuhr betrugen ein Jahrzehnt nach der Gründung des Reiches zusammen genommen etwa fünf Milliarden Mark. Bis zum Jahre 1891 war die Ausfuhr auf über 3½, die Einfuhr auf über 4½ Milliarden Mark herangewachsen. Noch ein Jahrzehnt später hatte sich die Export-Ziffer um weitere 1½ Milliarden, die Import-Ziffer um nicht ganz 2 Milliarden Mark vermehrt, so daß 1902 die Einfuhr auf rund 6 und die Ausfuhr auf rund 5 Milliarden gestiegen war. Im ganzen wuchs also der deutsche Außenhandel in 22 Jahren knapp ums Doppelte.

Mit dem Jahre 1902 setzte eine plötzliche, sprunghafte Steigerung des deutschen Wirtschaftslebens ein. In 6 Jahren, bis 1907, nahmen Ausfuhr und Einfuhr stärker zu, als im Laufe des beinahe viermal so langen vorhergegangenen Zeitraumes von 1881—1902. Der Gesamthandel, der 1902 noch nicht ganz 11 Milliarden betragen hatte, wertete 1907 zirka 17 Milliarden, die jährliche Zunahme reichlich 1 Milliarde. Wir haben also das Bild, daß Deutschlands Wirtschaftsleben, am Außenhandel gemessen, sich nach der Aufrichtung des Reiches zuerst langsam, darnach etwas kräftiger entwickelt, und daß gleich nach dem Beginn des neuen Jahrhunderts ein rapider, man könnte sagen beispielloser Aufstieg erfolgt. Mitten inne in die Periode der mäßigen Vermehrungsgeschwindigkeit fallen das Bekenntnis Bismarcks zur weltpolitischen Nichtinteressiertheit und die Abtretung Helgolands durch England. Sicher hätten die Engländer sich nicht zu einem so folgenschweren Schritt entschlossen, wenn der Anteil Deutsch-

lands am Welthandel sich schon damals in so schneller Entwicklung befunden hätte, wie nach 1900.

1908/09 kam es infolge der allgemeinen Wirtschaftskrise, die nicht nur Deutschland, sondern ebenso alle übrigen Länder des Welthandels betraf, zu einem vorübergehenden Stillstand. Jetzt ist auch dieses Anhalten im Fortschritt durch einen erneuten Aufschwung abgelöst. 1912 war der Betrag des deutschen Gesamthandels schon über 21 Milliarden Mark hinausgewachsen. Um 1890, als der sogenannte Sansibar-Helgoland-Vertrag mit England abgeschlossen wurde, waren die deutsche Einfuhr und Ausfuhr zusammengenommen noch nicht einmal so groß, wie die englische Einfuhr, und der deutsche Gesamthandel war etwa halb so viel wert, wie der englische. Zehn Jahre später stehen wir zu den Engländern im Verhältnis von 11 : 18 und jetzt von 21 : 27. Was vor zwei Jahrzehnten, als Helgoland deutsch wurde, noch als eine unmögliche und phantastische Idee erschien, daß wir mit unserem Anteile an Weltwirtschaft und Welthandel an die Seite Englands treten könnten, das ist jetzt vor aller Augen in den Bereich der Wahrscheinlichkeit des nächsten Jahrzehnts gerückt.

Um 1890 stand Deutschland aber nicht nur tief unter England, sondern es stand sogar noch unter Frankreich. Bis kurz vorher hatte man es in Deutschland noch nicht einmal gewagt, Kriegsschiffe und größere Handelsschiffe auf deutschen Werften zu bauen. 1885 kostete es Bedenken, bis der Norddeutsche Lloyd es wagte, die Bedingung anzunehmen, daß seine für den Postdienst nach dem fernen Osten vom Reich subventionierten Dampfer in Deutschland und aus deutschem Material erbaut werden müßten. Jetzt sind sogar die schnellsten und modernsten großen Kriegsschiffe deutsch, und nicht eine Tonne unseres schwimmenden Flottenmaterials kommt mehr aus dem Auslande. Auch im Bau von Personendampfern für die Ozeanfahrt steht Deutschland an der Spitze, und die beiden größten Schiffahrtsgesellschaften der Welt gehören uns.

Es bedarf nur eines Blickes auf die Verschiedenheit der Zahlen unseres Außenhandels vor einem Menschenalter und in der Gegenwart, um zu erkennen, daß sich in diesem Wandel

auch eine vollkommene Aenderung unserer inneren wirtschaftlichen Lebensbedingungen ausdrückt. In der ersten Hälfte der achtziger Jahre geschah es zum letzten Male, daß wir von unserem Getreideüberschuß etwas an das Ausland verkauften. Die Tatsache, daß wir noch bis vor dreißig Jahren Getreide eigener Produktion überschüssig und zum Export verfügbar gehabt haben, kommt der heutigen Generation beinahe unglaublich vor. Und doch war es so. Damals hätte die Unterbindung des deutschen Außenhandels durch Sperrung der Land- und See-Grenzen während eines großen Krieges unser Wirtschaftsleben zwar nicht gleichgültig gelassen, aber es wäre kein Unglück daraus gekommen.

Als das Reich entstand, belief sich unser Ausfuhrüberschuß an Fabrikaten nur auf einige Hundert Millionen. An Nahrungsmitteln produzierten wir reichlich was wir brauchten; auf die Einfuhr überseeischer Genußmittel hätte man verzichten können, und die deutsche Industrie war sowohl im Bezug ihrer Rohstoffe, als auch in ihrem Absatz nicht entfernt so abhängig vom Weltmarkt wie heute. Gelänge es dagegen in der Gegenwart unseren Gegnern, uns im Kriege den Bezug von Lebensmitteln und Rohstoffen und den Absatz von industriellen Fabrikaten auf lange Zeit abzuschneiden, so wären die Folgen gar nicht auszudenken. Unsere Textilindustrie, unsere Metallindustrie, unsere Holz- und Lederbearbeitung und fast jeder einzelne Zweig des deutschen Erwerbslebens würden in eine Katastrophe hineingerissen werden, bei der in kurzer Frist die äußerste Not für die Hälfte des Volkes sich erhöbe. Früher lebten wir ganz überwiegend von Eigenwirtschaft, heute leben wir überwiegend von unserer Verbindung mit dem Weltmarkt. Eine ungeheure Kraft ist im Innern unseres Volkes durch die Ergebnisse unserer unvergleichlichen Schulung, unseres Bildungswesens, unserer technischen und wissenschaftlichen Fortschritte und ihrer Folgewirkungen auf dem gewerblichen Gebiete entbunden worden. Was ist ein Pfund Roheisen wert? Wenige Pfennige. Was ist dieses Pfund Eisen wert, wenn es z. B. zu Spiralfedern für Taschenuhren verarbeitet worden ist? Bis zu 10 000 Mark. So nehmen wir das Rohmaterial, das wir uns aus aller Welt zusammenkaufen müssen, Baumwolle

und Wolle, Holz und Häute, Metall, Kautschuk, Oelfrüchte, Oele usw., veredeln es und stecken dabei alles, was wir an Wissenschaft, Studium, Technik, Erfindergabe und Geschmack besitzen — unser ganzes geistiges Vermögen — in den Stoff hinein. Dann, wenn wir ihn in hochwertige Industrie-Erzeugnisse umgewandelt haben, bieten wir das Fabrikat auf dem Weltmarkt an. Die Völker kommen und kaufen, und von dem, was wir als Kaufpreis erlösen, erstehen wir erstens neues Rohmaterial, zweitens nehmen wir ein Stück unseres Lebensunterhaltes davon, von Jahr zu Jahr in reichlicherem Maße, und drittens ersparen wir noch einen großen Betrag als Zuwachs an unserem Volksvermögen. Wie gering war der Gesamtgewinn unserer nationalen Industrie, als sie erst für fünf Milliarden Wert aus dem Ausland zu beziehen und in das Ausland zu exportieren hatte, und wie mächtig müssen diese Gewinne jetzt gestiegen sein, wo der Wert des Außenhandels sich vervielfacht hat!

Vor zwanzig Jahren berechnete G. v. Schmoller den Gesamtwert des deutschen Volksvermögens auf etwa 200 Milliarden. Heute schätzt ihn eine Autorität wie der Direktor der Deutschen Bank, Helfferich, auf 300 Milliarden, und der Nationalökonom Steinmann-Bucher geht noch höher, bis auf einen Betrag zwischen 350—400 Milliarden. Schon die vorsichtig gehaltene Schätzung Helfferichs ergibt, daß im ganzen genommen der Reichtum Deutschlands heute größer ist, als der Englands und Frankreichs. Auf den Kopf der Bevölkerung stehen wir allerdings nach Helfferich noch etwas hinter den Engländern und Franzosen zurück, denn der Durchschnittsbetrag des Volksvermögens soll sich in Frankreich auf etwa 6000 Mark, in England vielleicht auf 5500 Mark, in Deutschland nicht ganz auf 5000 Mark belaufen. Nach Steinmann-Bucher würde dagegen die Durchschnittsquote für Deutschland die französische bereits erreicht haben. Entscheidend ist aber nicht, ob wir noch ein geringes Stück hinter unsern Mitbewerbern zurückstehen oder nicht, sondern entscheidend ist die Tatsache des schnellen Wachstums unserer Vermögensbildung. Nach Helfferich hat dieses Wachstum während der letzten Zeit **jährlich 6 bis 12 Milliarden Mark** betragen! Eine

solche Zunahme des deutschen Vermögens kann natürlich nur auf unsere erfolgreiche Betätigung in der Weltwirtschaft zurückgeführt werden. Würde uns also diese Betätigung geraubt oder wesentlich verkürzt, so würden sich die Folgen sofort auf das empfindlichste fühlbar machen.

Ein Spiegelbild unseres weltwirtschaftlichen Wachstums haben wir in der Tatsache, daß die Auswanderung aus Deutschland in dem letzten Menschenalter von einem erschreckend hohen bis auf einen verschwindenden Betrag zurückgegangen ist; ja noch mehr, sie hat sich in ihr Gegenteil, in einen erheblichen Bevölkerungsgewinn durch Zuwanderung, verkehrt. Im Jahre 1882, als Deutschland etwa 46 Millionen Einwohner besaß, wanderten 220 000 Menschen aus, weil ihnen der Daseinsspielraum in der Heimat zu eng wurde. Im Durchschnitt jenes Jahrzehnts betrug unser Auswanderungsverlust alljährlich nahezu 150 000 Seelen. Das war damals, als die deutsche Ausfuhrindustrie noch wenig zu unserem Leben beitrug, wenig Rohstoffe eingeführt, wenig Fabrikate ausgeführt wurden. Heute sind wir ein Volk von nahezu siebenzig Millionen geworden, und die Auswanderung ist auf etwa 15 000 Seelen gesunken. Deutschland ist im Stande, obwohl es mittlerweile um über zwanzig Millionen Einwohner zugenommen hat, seinen ganzen Volkszuwachs von mehr als 800 000 Menschen alljährlich bei sich zu behalten, ihn zu beschäftigen und zu ernähren, und es bedarf außerdem noch einer großen Menge fremder Hände. Diese Entwicklung ließ sich um 1890, als der Sansibar-Helgoland-Vertrag abgeschlossen wurde, noch nicht voraussehen. Allerdings war schon damals offenkundig, daß wir wuchsen, aber es fragte sich, ob wir dazu gelangen würden, selber unseren Zuwachs ernähren zu können.

Noch kein Jahrzehnt nach jenem ersten deutsch-englischen Kolonialabkommen von 1890 zeigte sich durch das plötzlich veränderte Bild der auswärtigen Politik, daß die beginnende Aenderung der Dinge in Deutschland ihre Rückwirkung zu offenbaren begann. 1897 besetzten wir Kiautschou und 1898 besuchte der Kaiser Konstantinopel, Jerusalem und Damaskus. Das erstere Ereignis rief einstweilen auf der englischen Seite noch geringere Unzufriedenheit hervor, als auf der russi-

schen, denn Rußland beanspruchte damals noch das ganze nördliche China als sein besonderes Interessengebiet. Als aber der Kaiser nach dem Orient ging und bei seinem Besuch am Grabe Saladins gewissermaßen ein politisches Freundschaftsprogramm zwischen Deutschland und der muhammedanischen Welt aufstellte, als die Versorgung der türkischen Armee mit deutschen Instruktionsoffizieren bemerklich wurde und als im Zusammenhange mit der Kaiserreise der Plan der Bagdadbahn festere Gestalt gewann, wurde man in England sehr aufmerksam und unruhig. Kurz vorher war die englische öffentliche Meinung noch durch eine andere Handlung der deutschen Politik in Aufregung versetzt worden: das Glückwunsch-Telegramm des Kaisers an den Präsidenten Krüger von Transvaal, nach der Gefangennahme der Jameson'schen Expedition bei Burghersdorp. China, Mesopotamien und Südafrika schienen nicht nur der stets leicht erregbaren öffentlichen Meinung, sondern auch den verantwortlichen Politikern in England ein hinreichend weites Feld zu sein, um Besorgnisse vor dem plötzlich auftretenden Ehrgeiz der deutschen Politik zu rechtfertigen.

Im Sommer des Jahres 1900, als England noch nicht mit der Niederwerfung der Buren fertig war, brachte die deutsche Regierung ihre große Flottenvorlage vor den Reichstag, nachdem schon zwei Jahre vorher der Staatssekretär v. Tirpitz eine geringere Vermehrung der deutschen Seestreitkräfte durchgesetzt hatte. Jetzt aber, 1900, erschien ein Programm, das durch seine Größe und Geschlossenheit und ebenso durch die Zeitdauer, über die es sich erstreckte, Aufsehen erregen mußte. In politisch urteilsfähigen Kreisen, nicht nur in Deutschland, sondern auch im Auslande, konnte man sich aber durch die ausführliche und höchst eindrucksvolle Begründung, die dem Flottengesetz auf Veranlassung des Reichsmarineamts vor der Oeffentlichkeit gegeben wurde, ehrlich davon überzeugen lassen, daß die Vorlage nur der politische Ausdruck der stark veränderten wirtschaftlichen Lage Deutschlands war. Obwohl unsere überseeischen Interessen um 1900 noch nicht entfernt den Vergleich mit der Gegenwart aushielten und von unserem heutigen Standpunkt aus betrachtet erst als ein Anfang zu Deutschlands wirklicher Entwicklung erscheinen, so mußte man doch

sagen, daß ihr Wachstum die Lebensbedingungen unseres Volks notwendigerweise von Grund auf umschaffen würde. Das ist uns heute geläufig, aber die Einsicht ist erst durch den großen Aufklärungsfeldzug, den das Reichsmarineamt zur Erläuterung des Flottengesetzes führte, in das Bewußtsein der Nation eingepflanzt worden. Trotz der Fortschritte, die unsere Erkenntnis in dieser Beziehung gemacht hat, ist es auch nötig, daß wir uns immer von neuem darüber klar werden, wie stark wir für unsere Existenz in der Gegenwart auf den Ertrag unserer Exportindustrie und unseres Außenhandels angewiesen sind, und je weiter in die Zukunft, desto ausschlaggebender wird dieser Teil unseres Wirtschaftslebens werden.

III.

Die englische Einkreisungsidee.

An sich war es natürlich kein Wunder, wenn sich die Engländer über die Reihe der deutschen Maßnahmen zur auswärtigen Politik von der Besetzung Kiautschous, von dem Krüger-Telegramm und von der Orientreise des Kaisers bis zum Flottengesetz zu beunruhigen anfingen. Man urteilte auch ganz richtig, wenn man sie aus der fortschreitenden Veränderung im Charakter des deutschen Wirtschaftslebens ableitete, aber man erkannte merkwürdigerweise trotzdem ihre Notwendigkeit nicht an. Der englische Marineminister Churchill hat bekanntlich einmal gesagt, zwischen der Seemacht Englands und der deutschen bestände der Unterschied, daß allerdings für England die Flotte eine Notwendigkeit sei, für uns Deutsche aber mehr eine Art Luxus; die Annahme, daß für England und für Deutschland in Bezug auf die Sorge für die Flotte gleiche Bedingungen gegeben seien, müsse als vollkommen falsch betrachtet werden. Wir haben keinen Grund, die subjektive Aufrichtigkeit der Worte Churchills zu bezweifeln, aber dann verraten sie auf jeden Fall eine einseitige und merkwürdige Befangenheit des politischen Denkens. Wann war je im Leben der Völker eine andere Erwägung als die der gegenseitigen Stärke maßgebend dafür, welche politische Rücksicht auf die Lebensinteressen des Mitbewerbers genommen oder nicht ge-

nommen wurde? Nur solange wie jemand stark ist, darf er darauf rechnen, daß bei seinen Nachbarn Bedenken und Begehren sich die Wage halten. Sobald es ihm an Stärke fehlt, oder sobald er nicht so unbedeutend ist, daß seine Schwäche ihn schützt, werden seine Nachbarn und Konkurrenten durch eine natürliche und unwiderstehliche Notwendigkeit dahin getrieben, daß sie ihre Interessen auf seine Kosten befriedigen, wenn ihr Vorteil es verlangt und Gelegenheit sich bietet. Von diesem Gesetz hätten auch die Engländer uns gegenüber keine Ausnahme gemacht, falls sie gesehen hätten, daß unsere Interessen sich neben den ihrigen und auf Kosten der ihrigen immer mehr ausbreiteten, ohne durch ein entsprechendes Wachstum unserer allgemeinen Wehrfähigkeit geschützt zu sein.

Wer mit den Beweggründen der deutschen Politik von der zweiten Hälfte der neunziger Jahre an einigermaßen vertraut ist, wird auf das nachdrücklichste bestreiten müssen, daß es sich bei uns um eine Bedrohung Englands in irgendwelchem Sinne gehandelt hat. Was uns vorschwebte, waren erstens Maßnahmen zur Erweiterung unserer wirtschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten über See, wozu wir Stützpunkte und ökonomische Einfallslinien brauchten, und Maßnahmen zum Schutz unserer Interessen für den Fall, daß sie feindlich bedroht werden sollten. Die Engländer haben trotzdem die deutsche Politik und besonders unsere Orientpolitik immer unter dem Gesichtspunkt angesehen, als ob sie England der Freiheit seiner politischen Entscheidung berauben und zwangsweise zur Rücksicht auf unsere Wünsche veranlassen solle. Unter diesem Gesichtspunkte betrachtete man je länger desto mehr auch den deutschen Flottenbau und vor allen Dingen den Gedanken der Bagdadbahn.

Die Bagdadbahn war von Anfang an dazu bestimmt, Konstantinopel und die militärischen Kerngebiete des türkischen Reiches in Kleinasien in unmittelbare Verbindung mit Syrien und den Provinzen am Euphrat und Tigris zu bringen. Daß die Bahn gleichzeitig auch die wirtschaftliche und finanzielle Kraft der Türkei entwickeln und diese mit der Zeit zu einer Macht von bedeutendem, nicht nur passivem, sondern gegebenenfalls auch aktivem politischen Gewicht umgestalten

konnte, war selbstverständlich. In England sah man aber den Plan unter einem bestimmten Gesichtspunkt mit dem größten Mißtrauen an: als ob er nämlich eine Drohung oder einen Anschlag gegen die englische Stellung in Aegypten bedeute. Natürlich war vorauszusehen, daß die Bahn im Verein mit den teils projektierten, teils im Werke befindlichen oder schon vollendeten Eisenbahnlinien in Syrien und Arabien auch die Möglichkeit gewähren würde, türkische Truppen in der Richtung auf Aegypten zur Verwendung zu bringen. Es bleiben auch heute, wo der Anschluß der Bagdadbahnlinie nach Vollendung der Tunnelbauten im Taurus und Amanus an die syrischen Bahnen bevorsteht, von Haifa, am Fuße des Vorgebirges Karmel, wo die türkischen Schienen Aegypten am nächsten kommen, immer noch etwa 400 Kilometer Marsch ohne Eisenbahnen bis zum Suezkanal übrig. Diese Entfernung wäre aber unter den gegebenen Verhältnissen auch für eine bedeutende Armee, zumal mit Hilfe von Feldbahnen, nicht unüberwindlich. Es wird niemand leugnen, daß unter der Voraussetzung eines deutsch-türkischen Bündnisses und unter verschiedenen anderen Voraussetzungen, deren Verwirklichung eine noch weniger einfache Sache wäre, als jenes Bündnis, die Bagdadbahn für Deutschland eine politische Lebensversicherung bedeutet. Dafür aber, daß wir England von unserer Seite einmal angreifen sollten, liegt nicht der geringste vernünftige Grund vor, ausgenommen den einen Fall, daß es sich darum handeln sollte, aus sicherer Kenntnis heraus einem unmittelbar bevorstehenden Ueberfall in ähnlicher Weise zu begegnen, wie einst Friedrich der Große den siebenjährigen Krieg begann, formell als Angreifer, tatsächlich in der Defensive. Ein Krieg mit England bedeutet für uns auf jeden Fall das schwerste Risiko. Verlieren wir ihn, so bedarf es keines weiteren Ausmalens der Folgen; sollten wir ihn gewinnen, so würde er uns vielleicht doch keinen wirklichen Erfolg bringen, denn im selben Augenblicke würden wir notwendig Europa in Waffen gegen die drohende absolute Uebermacht Deutschlands vereinigt sehen und die Früchte unseres Sieges verlieren.

Trotzdem hat entweder die englische Politik an etwas so Unwahrscheinliches und Unverständliches, wie die deutschen

Angriffsabsichten, ernstlich geglaubt, oder man hat in England schon die Möglichkeit unerträglich gefunden, daß zukünftig von der Bagdadbahn aus Einwirkungen im Sinne deutscher Weltinteressen zur Geltung kommen könnten. Aegypten beherrscht den Suezkanal und durch den Suezkanal geht für England der Weg nach Indien, Ostasien, Australien und Ostafrika. Verlöre England eines Tages die Herrschaft über den Kanal, so könnte es seine Herrschafts- und Interessengebiete am Indischen und am Stillen Ozean nur noch auf dem weiten und beschwerlichen Umwege um das Kap der guten Hoffnung erreichen. Schon das würde hinreichen, um seine Stellung namentlich in Indien schwer zu gefährden; außerdem aber ist auch Südafrika kein sicherer englischer Besitz mehr. In Südafrika regieren heute die holländisch sprechenden Afrikaner, die einstigen Buren, auf die aber dieser Ausdruck je länger desto weniger paßt. Früher, vor dem großen südafrikanischen Kriege, stand es in der Tat so, daß die Afrikaner in der Hauptsache Buren, Landbevölkerung von Bauerncharakter, waren. Hatte ein Bur sechs Söhne und sechs Töchter, so heirateten die sechs Töchter eben sechs junge Buren, viehzüchtende Farmer, und die sechs Söhne wurden auch wieder Farmer, teils auf dem noch verfügbaren freien Lande an den Grenzen der okkupierten Besiedelungsgebiete, teils indem der bewirtschaftete Grund und Boden geteilt wurde. Die Möglichkeit dazu bot die unter dem Einfluß der großartigen Mineninduſtrie andauernd fortschreitende Wertsteigerung des Bodens. Schon um die Zeit des großen südafrikanischen Krieges begannen aber diese Verhältnisse sich zu ändern, weil der Nachwuchs nicht mehr vollständig im Farmberuf unterkam. Heute finden wir die jungen Afrikaner auch an denjenigen Stellen, die früher dem zugewanderten, städtisch-imperialistisch gearteten Engländertum vorbehalten waren: Kaufmannschaft, Bankwesen, Technik, Rechtsanwaltschaft, führende und gebildete Berufe im allgemeinen. Damit verliert die Vorherrschaft des britischen Elements in Südafrika das Meiste von ihrer früheren Berechtigung. Daß die Buren nach ihrer Niederlage erst die Selbstverwaltung zurückerhielten, daß dann aus den verschiedenen Landesteilen Südafrikas die heutige südafrikanische Union entstand, und daß heute innerhalb dieser

Union die früheren Buren die ausschlaggebende, ja die herrschende Stellung einnehmen, ist alles nur ein Ausdruck für die gekennzeichnete innere Veränderung der Lage. Anfang 1914, als der große politisch-gewerkschaftliche Streik in Südafrika ausbrach, haben wir es ja erlebt, daß die Burenregierung unter dem General Louis Botha, dem früheren Kommandanten gegen die Engländer, kurzen Prozeß machte und die Arbeiterführer ohne weiteres auswies, und zwar nach England, obwohl die Leute, wie dem Namen nach ja auch die Buren selbst, britische Untertanen waren. Die formelle Berechtigung hierzu leitete die Regierung daraus ab, daß lästige Ausländer auf jeden Fall ausweisbar seien. Auf englische Untertanen in Südafrika angewendet, bleibt das ein immerhin merkwürdig begründeter Vorgang, aber die englische Regierung besaß keine Handhabe, ihn zu verhindern. Ebenso ist die ganze bewaffnete Macht Südafrikas, mit Ausnahme der verhältnismäßig geringen Zahl regulärer Reichstruppen, die noch im Lande stehen, in den Händen und zur Verfügung der Burenregierung. England könnte daher in keinem Falle mehr daran denken, Südafrika, wenn es eines Tages unabhängig sein wollte, mit Gewalt zu unterwerfen. Eine Wiederholung des Burenkrieges, so wie er vor fünfzehn Jahren geführt wurde, ist ausgeschlossen, und man kann nicht daran zweifeln, daß die Länder zwischen dem Kap und dem Sambesi in der Gegenwart nur noch durch den guten Willen und durch das vorläufige praktische Interesse der holländischen Afrikaner im Verbande des englischen Weltreiches gehalten werden.

Diese Lage der Dinge in Südafrika erhöht natürlich noch die ausschlaggebende Bedeutung Aegyptens für England und erklärt die englische Nervosität in Bezug auf diese Stelle des Reichs. In den letzten Lebensjahren der alten Königin Viktoria machte sich auch in der englischen Politik eine gewisse Verzögerung der bedeutenden Entschlüsse bemerkbar, die ähnlich wie heute in Oesterreich-Ungarn durch die unvermeidliche Rücksichtnahme auf das hohe Alter des Souveräns zu erklären war. Kaum aber war dieses Moment durch die Thronbesteigung König Eduards VII. beseitigt, Anfang 1901, so wurde auch sofort der Wechsel auf dem Felde der englischen

Orientpolitik offenbar. Es scheint, als ob man auf englischer Seite in der ersten Zeit König Eduards zwischen den beiden Wegen geschwankt hat: Deutschland durch eine bündnisähnliche Verständigung von dem weiteren Ausbau seiner politischen Stellung in einem für England gefährlichen Sinne abzuhalten, oder es durch das Mittel der später sogenannten Einkreisung zu lähmen. Auf den ersteren Plan deutet der Versuch hin, an dessen Tatsächlichkeit nach den einige Jahre zurück aus japanischer Quelle erfolgten Veröffentlichung wohl nicht mehr gezweifelt werden kann, ein englisch-deutsch-japanisches Einvernehmen zu schaffen, mit der Spitze gegen Rußland. Auf diesen Vorschlag ging die deutsche Politik nicht ein, und sie konnte es damals auch nicht wegen der gebotenen Rücksicht auf Rußland und wegen der im Bündnisfall uns mutmaßlich aufzuerlegenden einschränkenden Verpflichtungen im Orient und anderswo.

Deutschland mußte vor allen Dingen darum nein sagen, weil es für ein Bündnis mit England noch lange nicht stark genug war. Da es aber ablehnte, so beschritt England den Weg, dessen Endziel es auch im Falle einer gutwilligen Verständigung mit Deutschland ohne Zweifel zu erreichen gesucht hätte, direkt. Das Endziel war kein anderes, als Arabien, die Euphrat- und Tigrisländer und das südliche Syrien von der Türkei abzutrennen und sie in irgend einer Form mit dem englischen Machtgebiet zu vereinigen. Wenn England über dieses ganze Gebiet zwischen dem Persischen Golf und der östlichen Mittelmeerküste eine gesicherte politische Kontrolle auszuüben im Stande ist, so kann es Aegypten als unangreifbar betrachten, selbst in dem Falle, daß eine Linie wie die Bagdadbahn nach dem jetzigen deutsch-türkischen Plane gebaut wird. Noch vorteilhafter für England wäre es allerdings, wenn es *seine* Bagdadbahn durchsetzen konnte, die als Gegenstück zu der sogenannten deutschen Bahn geplant war. Auch die englische Bagdadbahn hätte ihren östlichen End- oder Anfangspunkt am Persischen Meerbusen gehabt, also am Ufer eines Gewässers, das unter direkter und wirksamer englischer Kontrolle steht. Sie hätte sich dann über Bagdad nicht dem oberen Mesopotamien, dem syrischen Passageland und

dem Uebergang nach Kleinasien zugewandt, sondern wäre am Euphrat entlang über die Oase von Palmyra und darnach entweder über Damaskus oder einen anderen Platz ans Mittelländische Meer gebaut worden, wo ihre westliche maritime Kopfstation von den englischen Stellungen in Aegypten und auf Cypern flankiert wurde.

Etwas Vorteilhafteres für seine Interessen, als dies von dem bekannten Ingenieur Willcocks ausgearbeitete Projekt könnte England sich nicht wünschen. Syrien, Mesopotamien, Babylonien und Arabien wären einerseits wirtschaftlich aufgeschlossen, andererseits unter der schärfsten englischen Aufsicht; dazu außer Verbindung mit Anatolien und Konstantinopel, wo das militärische Kräfte- und das politische Verwaltungszentrum der Türkei liegt. Begreiflicherweise hat man englischerseits versucht, dieser anglophilen Bagdadbahn eine einleuchtende wirtschaftliche Begründung zu geben, indem man sagte, allein auf diese Weise könnten die zukünftigen Produkte des großen babylonischen Bewässerungsgebiets zu billigen Frachtraten bis ans Mittelländische Meer gebracht werden; andernfalls dagegen, sobald sie den Weg zur See durch den Persischen Meerbusen und den Suezkanal nehmen müßten, würde die längere Bagdadbahn sich nicht rentieren. Scheinbar klingt das plausibel. In Wirklichkeit ist es irrig, denn die Bahntrace im Sinne Englands führt zum großen Teil durch eine wasserlose Wüste, die deutsch-türkische dagegen durch entweder schon kultiviertes, oder in ausgezeichneter Weise kultivierbares Land, und sie braucht ihre Frachten auch für den direkten Verkehr von Bagdad bis zum Mittelmeer kaum höher zu stellen, als eine Bahn nach dem jetzt abgetanen englischen Projekt, das wir vermutlich hätten annehmen müssen, wenn wir dem Vorschlag König Eduards beigetreten wären und uns nach dem Burenkriege gemeinsam mit Japan in das englische Bündnis hineinbegeben hätten.

Derselbe hervorragende Ingenieur, der den Plan der Bagdadbahn im englischen Sinne aufgestellt hat, Willcocks, hat uns dazu ungefähr um dieselbe Zeit, da das Szepter von England von der Königin Viktoria auf König Eduard überging, in einer höchst bemerkenswerten Veröffentlichung die

Ziele der englischen Politik auf dem großen vor Aegypten hingelagerten Glacis, vom Libanon bis zur Mündung des Euphrat und Tigris, offenbart. In einem Vortrage vor der Geographischen Gesellschaft in Kairo, im Winter 1900/01, sagte er, die alte wirtschaftliche Kultur Babyloniens müsse nicht nur mit englischem Kapital, mit englischen Ingenieuren und auf der Grundlage der Vorarbeiten wiederhergestellt werden, die unter der Hand bereits von Offizieren des anglo-indischen Vermessungsdienstes angestellt waren, sondern es müsse auch die Besiedelung des wiedergewonnenen Landes mit englischen Untertanen, Einwanderern aus Aegypten und Indien, erfolgen. In diesem Vorschlag offenbarte Willcocks seinen Einblick in die eigentliche Schwierigkeit der Aufgabe, denn es ist sicher leichter, ein System von Dämmen, Kanälen und Schleusen zu erbauen, durch das Babylonien wieder ebenso ertragfähig gemacht wird, wie es im Altertum und teilweise auch noch zur arabischen Zeit war, als die Millionen von Menschen herbeizuschaffen, die nötig sind, um alles wiederzugewinnende Land zu bearbeiten. Indem wir aber hören, daß eine großartige Einwanderung aus den angrenzenden Ländern des britischen Reichs in das Bagdadgebiet ins Werk gesetzt werden sollte, überzeugen wir uns natürlich auch sofort von den politischen Absichten, die damit verbunden waren, denn niemand ist im Stande, sich vorzustellen, daß jene englischen Untertanen, wenn sie nach Babylonien kamen, türkische Untertanen werden sollten. Nicht genug damit, daß durch diesen Besiedelungsgedanken der politische Charakter der englischen Pläne von vornherein deutlich gemacht wurde, stellte Willcocks seine Idee noch ausdrücklich auf ein antideutsches politisches Piedestal, indem er die verfängliche Frage aufwarf, ob in Zukunft der große Kanal, aus dem die Bewässerung des Landes um Bagdad hauptsächlich erfolgt, der Kanal des Kaisers von Indien oder der Kanal des Kaisers von Deutschland genannt werden würde?

Deutlicher konnte man auf der englischen Seite eigentlich nicht werden, uns es wirkt daher auch nur wie die Bestätigung einer ohnehin sicheren Sache, wenn fast gleichzeitig mit dem von Willcocks in Kairo gehaltenen Vortrage

auch der damalige Vizekönig von Indien, Lord Curzon, in einer Rede zum indischen Etat nachdrücklich verkündete, es sei nunmehr die höchste Zeit, daß England sich der politischen Notwendigkeit erinnere, den ganzen „mittleren Osten", d. h. alle Länder zwischen den beiden Eingängen des indischen Ozeans bei Suez und bei Singapore — Indien und seine Nebengebiete, Arabien, Persien, den Persischen Golf und alles, was sich westwärts von diesem gegen das Mittelmeer hin ausdehnt — als sein besonderes Interessengebiet zu behaupten.

Die englische Idee, ein Protektorat in den um Bagdad und die im englischem Sinn geführte Bagdadbahn gruppierten Ländern einzurichten, muß im Zusammenhange damit betrachtet werden, daß England von da an, wo ihm die Türkei nicht mehr als Mauer gegen das russische Vordringen, sondern als Figur im politischen Spiele Deutschlands erschien, an der Erhaltung des türkischen Besitzstandes, für die es noch auf dem Berliner Kongreß von 1878 so entschieden eingetreten war, nicht mehr interessiert war. An Stelle der Integrität der Türkei trat jetzt ein anderer Gedanke in den Vordergrund: die Herstellung eines großen muhammedanischen Gemeinwesens unter englischer Schutzherrschaft, eines Gemeinwesens, in dem nicht mehr das türkische, sondern das arabische Element an der Spitze stehen sollte. Die Türken sind ohnehin in den arabisch sprechenden Teilen ihres Reiches nicht beliebt; in Bagdad z. B. konnte man wie in Damaskus schon vor fünfzehn Jahren die Rede von der Fremdherrschaft der türkischen Barbaren vernehmen. Verlor die Türkei diese Länder, so ließ sich auch die Stellung des türkischen Sultans als des Kalifen, d. h. des geistlichen Oberherrn aller Gläubigen, nicht halten. Kalif wurde dann am folgerichtigsten der Fürst des bedeutendsten „arabischen" Landes, also der Khedive von Aegypten. Dieser ist englischer Vasall, was natürlich die englischen Ziele nur weiter zu fördern geeignet wäre. England könnte dann an die Vereinigung aller zurzeit unter der wirklichen oder nominellen Herrschaft der Türkei stehenden arabischen Länder denken. Bagdad, Mekka, Jerusalem, Kairo, vielleicht sogar Damaskus, wären Städte im Reich des neuen ägyptisch-arabischen Kalifen unter der Obervormundschaft Englands ge-

worden. Welche Sicherheiten für den englischen Besitz in der muhammedanischen Welt, vor allem in Indien, hätten sich daraus schon ergeben, daß Mekka englische Schutzstadt wurde!

Man wird nicht fehlgehen, wenn man diese Gedanken als die letzten Ziele der englischen Politik betrachtet, die wir seit dem Regierungsantritt König Eduards einsetzen und die wir ein Jahrzehnt hindurch damit beschäftigt sehen, nachdem die zuerst versuchte Unschädlichmachung Deutschlands durch ein Bündnis mißglückt war, die große Einkreisung gegen uns zu Stande zu bringen. Der König mußte sich sagen, daß die umfassende Amputation am türkischen Körper, die er wünschte, nur gegen den Widerspruch und vielleicht sogar nur gegen den tatsächlichen Widerstand Deutschlands glücken würde — denn verschwand die Türkei von der politischen Bildfläche, so war das, wie nach dem Gesagten keiner Ausführungen mehr bedarf, eine empfindliche Schwächung der zur Vertretung der deutschen politischen Interessen verfügbaren Mittel. Also galt es, eine politische Kombination herzustellen, die so stark war, daß Deutschland entweder keinen Widerstand wagte, oder wenn es ihn wagen sollte, zu Boden geworfen werden konnte.

Diejenigen beiden Mächte, auf die es für England jetzt vor allen Dingen ankam, waren Rußland und Frankreich. Rußland schien sehr stark dazustehen und war offenbar wenig geneigt, einer englischen Politik dienstbar zu sein, die mehr oder weniger auf eine Liquidation des türkischen Besitzstandes außerhalb der engeren Halbinsel Kleinasien hinauslief, ohne daß gleichzeitig die alten Ziele der russischen Orientpolitik umfassend berücksichtigt wurden. Es mußte also zunächst eine Schwächung erleiden, um den englischen Zielen soweit dienstbar zu werden, wie erwünscht war. Diese Aufgabe, Rußland für die englische Orientpolitik gefügig zu machen, verfolgten das zwischen England und Japan abgeschlossene Bündnis und die bald danach erfolgende Kriegserklärung Japans an Rußland. Was England wünschte, eine hinreichende Reduktion der russischen Macht und des russischen Selbstbewußtseins, wurde durch den japanischen Krieg erreicht — allerdings so gründlich, daß nachher, wie wir sehen werden, die

gewünschte Wirkung im entscheidenden Augenblick ins Gegenteil umschlug. Zwei Jahre nach dem Friedensschluß zwischen Russen und Japanern kam der englisch-russische Vertrag über Persien, Afghanistan, Tibet usw. zustande (1907). In seinen veröffentlichten Paragraphen war nur von der Abgrenzung der Interessengebiete in Mittelasien und von der Teilung Persiens in eine russische, eine englische und eine angeblich neutrale Einflußzone die Rede, aber außerdem sah er die Möglichkeit vor, die türkische Frage in einem Sinne zur Entscheidung zu bringen, der den englischen Zielen entsprach und für Rußland gleichfalls eine Beteiligung am Geschäft ermöglichte.

Mittlerweile war England auch mit Frankreich dadurch ins Reine gekommen, daß es den Franzosen die direkte Anwartschaft auf den Erwerb Marokkos eröffnete. Amtlich wurde als Eintauschobjekt für dieses höchst bedeutende Zugeständnis die Anerkennung aller englischen Rechte in Aegypten durch Frankreich angegeben. Für jeden, der genauer zusah, lag aber auf der Hand, daß der Erwerb von Marokko für Frankreich positiv unvergleichlich mehr bedeutete, als negativ der Verzicht auf die längst hinfällig gewordenen einstigen Wünsche in Aegypten. Offenbar also lag etwas Bedeutenderes im Hintergrunde, als die bloße, an sich unglaubhafte Gleichung Aegypten-Marokko. So war es in der Tat. England erhielt nicht nur die für die praktische Wirklichkeit wenig bedeutende Zusage von Frankreich, man wolle sich fortan in Aegypten als politisch uninteressiert betrachten, sondern auch das französische Einverständnis mit den vorläufigen Zielen der englischen Politik im Orient.

Bereits diese Anfänge des englisch-französischen Handels über Marokko hatten aber einen Konflikt mit Deutschland zur Folge. Die deutsche Politik konnte nicht so harmlos sein, zu glauben, daß hinter der Marokkosache nichts weiter stecke, als das Aushängeschild Aegypten, und da nicht schwer zu sehen war, was wirklich hinter ihr steckte, so konnten wir uns keinesfalls darauf einlassen, gegenüber der marokkanischen Verständigung zwischen England und Frankreich den künstlich sich uninteressiert gebenden Zuschauer zu spielen. Dazu kam, daß

sich Frankreich und England in einer Weise, die dazu bestimmt schien, nicht einmal den Schein politisch-diplomatischer Rücksichtnahme Deutschland gegenüber zu wahren, allein und ohne Mitteilung an uns über Marokko verständigt hatten. Wollten wir also nicht eine gefährliche und versuchliche Einbuße an internationalem Ansehen erleiden, so blieb uns, trotzdem die Lage einen kritischen Charakter hatte, nichts übrig, als darauf zu bestehen, daß die marokkanische Angelegenheit in aller Form von neuem verhandelt und wir zur endgiltigen Entscheidung mit herangezogen würden.

Da es nicht zweifelhaft war, daß Deutschland, wenn es einmal das Verlangen nach einer europäischen Konferenz über Marokko stellte, sich nicht damit zufrieden geben würde, auf dieser Konferenz nachträglich alles Geschehene gutzuheißen, sondern vielmehr seine eigenen Bedingungen stellen würde, so war der Widerstand gegen den Konferenzgedanken auf der Gegenseite, namentlich bei den Franzosen, begreiflich. Die deutsche Forderung kam darauf hinaus, daß Frankreich und England gleichsam die Tafel, auf die sie ihren Vertrag über Marokko geschrieben hatten, auf den Tisch der Konferenz niederlegen und sich damit einverstanden erklären sollten, daß die Schrift revidiert, wo nötig fortgewischt, neu abgefaßt und in ihrer neuen Gestalt auch die Interessen des verletzten Gegners berücksichtigen solle. Daß unter diesen Umständen Frankreich in die Algeciras-Konferenz willigte, muß unter allen Umständen als eine nicht nur formelle, sondern auch sachliche Genugtuung für Deutschland angesehen werden.

Der französische Widerstand war bekanntlich so stark, daß der damalige französische Minister des Auswärtigen, Delcasse, es im Sommer 1905 lieber auf den Krieg ankommen lassen wollte. Die Mehrheit seiner Kollegen widersprach, erstens mit Rücksicht auf Rußlands Behinderung durch die unmittelbaren Nachwirkungen des Krieges mit Japan, und zweitens wegen des aller Vorbereitungen ungeachtet unfertigen Zustandes der französischen Armee. Das Ergebnis von Algeciras war daher, daß auf der einen Seite die Integrität und Unabhängigkeit Marokkos, auf der anderen Seite aber auch gewisse französische und spanische Sonderinteressen und Sondervorrechte in

Marokko anerkannt wurden. Den vollständigen Rückzug der Franzosen aus Marokko zu erzwingen, waren wir nicht in der Lage, wenn wir nicht ernsthaft um Marokkos willen Krieg anfangen wollten — eine Möglichkeit, an die kein verständiger Mensch im Ernst denken konnte. Was wir in der Marokko-Frage erreicht hatten, genügte, um uns die notwendigste Genugtuung zu verschaffen. Zugleich aber war deutlich, daß weder über Marokko, noch über alles, was uns und unsere Gegner nach Algeciras geführt hatte, mit dieser Konferenz das letzte Wort gesprochen war. Formell mußten neben dem verletzten deutschen Ansehen die deutschen Handelsinteressen in Marokko und die Rücksichtnahme auf unsere besondere Stellung gegenüber der muhammedanischen Welt in den Vordergrund gestellt werden, denn es ging natürlich nicht an, vor der öffentlichen Meinung Deutschlands und ganz Europas den Hintergrund der marokkanischen Frage in seiner vollen Gefährlichkeit für die Zukunft Deutschlands und des europäischen Friedens aufzuhellen. Für die politisch eingeweihten Kreise war es klar, daß die Erzwingung der Algeciras-Konferenz und des teilweisen Rückzuges der Franzosen aus ihrer in Marokko beanspruchten und bereits in der Verwirklichung begriffenen Position keinen endgiltigen, sondern nur einen vorläufigen und für die Beseitigung der im Prinzip vorhandenen gegensätzlichen Spannung nicht ausschlaggebenden Erfolg bedeutete.

Die ganze Anlage der englischen Politik zielte darauf hin, innerhalb der nächsten Jahre nach der Beendigung des russisch-japanischen Krieges den von langer Hand her vorbereiteten Schlag im türkischen Orient zu tun. Darauf war auch ein besonderes Pressionsmittel gegen Deutschland berechnet: die Dreadnoughts. Der Grundgedanke bei diesem neuen und gewaltigen Typus von Schlachtschiffen war folgender. Bisher hatte die schwere Armierung der Linienschiffe aus vier in drehbaren Panzertürmen untergebrachten Riesengeschützen bestanden; außerdem in einer mehr oder weniger zahlreichen Artillerie von mittlerem Kaliber, die gleichfalls auf bedeutende Wirkungen gegen den feindlichen Schiffskörper berechnet war, aber nicht so weit trug, wie die schwersten Kanonen. Die erste Dreadnought, die England baute, verzichtete auf die

Mittelartillerie ganz, führte aber statt der bisherigen vier vielmehr zwölf Riesengeschütze in Drehtürmen. Gleichzeitig entwickelte sie eine etwas größere Schnelligkeit, als die älteren Linienschiffe. Man sah deutlich, worauf das zielte. Die Dreadnought war im Stande, durch ihre überlegene Schnelligkeit das Gefecht auf eine Entfernung zu führen, die der feindlichen Mittelartillerie die Wirkung erschwerte oder unmöglich machte, und sie konnte je vier feindlichen schweren Geschützen deren zwölf entgegensetzen. Ihre Ueberlegenheit war also so groß, daß unter sonst günstigen Umständen ein Schiff vom neuen Typ drei älteren als gleichwertig oder beinahe gleichwertig betrachtet werden konnte. Zum Gelingen der Einschüchterungspolitik mit Hilfe der Dreadnougths gehörte natürlich, daß die Entscheidung, sei es im Sinne der erzwungenen Nachgiebigkeit Deutschlands, sei es seiner kriegerische Niederschlagung, herbeigeführt wurde, bevor Deutschland in der Lage war, sich gleichfalls den neuen Typus anzueignen. Geschah das in größeren Umfange, so war statt einer Stärkung vielmehr eine Schwächung der englischen Ueberlegenheit zur See vorauszusehen, denn die älteren Schiffsbauten mußten durch die Dreadnoughts auf beiden Seiten gleichmäßig entwertet werden, so daß Deutschland in dem Falle den englischen Vorsprung bedeutend leichter aufholen konnte, als wenn es einfach bei der bisherigen drei- bis vierfachen Ueberlegenheit der englischen Flotte sein Bewenden gehabt hätte.

Hierüber hat man sich aber in England verhältnismäßig wenig Sorge gemacht. Es scheint, als ob die verantwortlichen Schiffsbautechniker und die politisch maßgeblichen Stellen sich fest darauf verlassen haben, auch im Falle, daß die Entscheidung sich hinauszog, würde Deutschland technisch und finanziell nicht im Stande sein, auch seinerseits zum Bau von Dreadnoughts überzugehen. Diese Unterschätzung des Gegners sollte die Engländer politisch noch teuer zu stehen kommen, zumal sich Fehler in der Einkreisungsrechnung auch noch von einer anderen Seite her zeigten.

IV.
Spannung und Entspannung mit England.

Zu der englischen Rechnung gehörte auf alle Fälle als wichtiger Faktor Rußland. Ohne Rußlands Einverständnis war es nicht möglich, die Liquidation der Türkei im englischen Sinne, das heißt die Beschränkung der türkischen Herrschaft wesentlich auf die Halbinsel Kleinasien, herbeizuführen. Rußland war während des großen Aufschwunges seiner auswärtigen Politik unmittelbar vor dem Kriege mit Japan, wie wir sahen, auf keinen Fall geneigt, Abmachungen über den türkischen Orient einzugehen, bei denen es in der Rolle eines bloßen Gehilfen für englische Pläne dargestanden hätte. Daher die Unterstützung, die Japan für den Krieg mit Rußland von englischer Seite erhielt, ohne die es den Kampf überhaupt nicht hätte führen können, und daher das oben erwähnte Abkommen Englands mit Rußland über Mittelasien, Persien und die Asiatische Türkei. Auf den russischen Anteil mußten dabei naturgemäß Armenien und die angrenzenden Teile Kleinasiens entfallen. Wie weit die russischen Hoffnungen in Wirklichkeit gingen, kann man aus einer Aeußerung einer regierenden Persönlichkeit schließen, die bald nach dem Abschluß des russisch-englischen Vertrages getan und bekannt geworden ist: für die nächsten Jahre sei eine verstärkte Tätigkeit der russischen Politik in der Richtung auf den kleinasiatisch-syrischen Mittelmeerwinkel am Golfe von Alexandretta zu erwarten. Rußland hatte also nichts weniger im Sinne, als von Armenien aus direkt bis ans Mittelmeer durchzudringen. Ob die englischen Zusicherungen für den Fall einer erfolgreichen Herbeiführung der türkischen Krisis für Rußland in Wirklichkeit so weit gingen, mag dahingestellt bleiben; es scheint eher unwahrscheinlich zu sein. Auf keinen Fall wäre etwas von deutschen Einflüssen oder Interessen, Eisenbahnbauten und dergleichen, jenseits des kleinasiatischen Taurus bestehen geblieben.

1907 war die englisch-russische Verständigung fertig, und im nächsten Jahre konnte die Entscheidung fallen. Im Juni

1908 fand die Entrevue zwischen König Eduard VII. und dem russischen Kaiser auf der Rhede von Reval statt, der anderthalb Monate später, Ende Juli, die Zusammenkunft des Zaren mit dem Präsidenten der französischen Republik folgte. Inzwischen aber war in Konstantinopel die jungtürkische Revolution ausgebrochen und die Verhältnisse im Orient hatten sich für den Augenblick vollkommen verschoben. Man weiß heute, wie groß im Sommer 1908 nicht nur die Kriegsfurcht in ganz Europa, sondern auch die tatsächliche Kriegsgefahr war. Auch der Besuch des französischen Präsidenten in Rußland war natürlich von langer Hand vorbereitet, und niemand konnte ahnen, daß wenige Tage vorher der große Umschwung der Dinge am Bosporus stattfinden würde. Der nächste Zweck der englisch-russischen und französisch-russischen Besprechungen von Reval war die Herbeiführung der Intervention in Mazedonien. Die mazedonische Reformfrage bildete seit Jahren den schwierigsten Punkt der innertürkischen Verhältnisse und sie bot gleichzeitig den fremden Mächten die beste Möglichkeit zur Einmischung dar. Auf Seiten der deutschen Politik war man natürlich darüber unterrichtet, was geschehen sollte, und heute wird kein Geheimnis mehr mit der Tatsache verraten, daß wie andere europäische Flotten, so auch die deutschen Seestreitkräfte sich damals im Zustande unmittelbarer Kriegsbereitschaft befanden.

Das englisch-russisch-französische Begehren an die Türkei Mazedoniens wegen hätte vermutlich einen Inhalt gehabt, dem der Sultan nicht zustimmen konnte. Auf die türkische Weigerung hätte man dann sowohl von der russischen, als auch von der englischen und französischen Seite her einschreiten können. Irgend wie sollte das Ende sein, daß jede der im Einverständnis handelnden Mächte, vor allen Dingen aber England, eine wirksame Kontrolle über das beanspruchte Interessengebiet erhielt. Für Deutschland hätte es sich alsdann um die Entscheidung über Krieg oder Frieden gehandelt. Man darf sicher darüber sein, daß der leitende Kopf bei der Einkreisung, König Eduard, es weniger auf den Krieg, als darauf abgesehen hatte, Deutschland ohne Kampf auf die Kniee zu zwingen; ja es ist zur Genüge bekannt, daß er mit

großer Sicherheit darauf rechnete, die entscheidende deutsche Stelle würde den Entschluß zum Kriege nicht finden. Nun aber kam die Revolution in der Türkei, und sie war für England ein Grund, mit dem gewaltsamen Herbeiführen der Orientkrisis zu warten. Im ersten Augenblick nämlich erschien es keineswegs unmöglich, daß die Jungtürken von dem Verhältnis mit Deutschland abgezogen und direkt in das Fahrwasser der englischen Politik würden gebracht werden können. Unter den jungtürkischen Liberalen verschiedener Schattierung bestand gegenüber Deutschland die Vorstellung, als ob dieses in besonderer Weise das tyrannische System des alten Sultans Abd-ul-Hamid gestützt hätte, und daß daher von deutscher Seite Feindschaft gegen die liberale Aera zu befürchten sei. Diese Idee wurde durch französische und englische Preßeinflüsse in Konstantinopel lebhaft unterstützt. Der jungtürkische Liberalismus war in der ersten Zeit ganz auf eine gewisse Englandschwärmerei eingestellt. England die Mutter der Freiheit und die englische Volksvertretung die Mutter der Parlamente — das waren die Schlagworte, die täglich in der Presse zu lesen standen. Wenn es gelang, unter Benutzung dieser Tendenzen die Verbindung zwischen der Türkei und der deutschen Politik zu lösen und die jungtürkische Regierung etwa in ein ähnliches politisch-moralisches Protektoratsverhältnis zu England zu bringen, wie das, in dem das junge Italien vorübergehend zum napoleonischen Frankreich gestanden hatte, so war den englischen Interessen ebenso gut und vielleicht noch besser gedient, als bei der Verständigung mit Rußland und Frankreich.

Die natürliche Logik der Tatsachen führte das jungtürkische Komitee bald dahin zurück, wieder das frühere Verhältnis zu Deutschland zu erstreben, aber von einer anderen Seite her schien sich unerwartet die Krisis zu nahen. Am 5. Oktober 1908 erfolgte die Proklamation der österreichisch-ungarischen Souveränität über Bosnien. Obwohl dadurch an dem tatsächlichen Stande der Dinge nichts geändert wurde, da Bosnien sich ja seit dreißig Jahren in österreichischem Besitz und unter österreichischer Verwaltung befand, so war die Folge der Annexion doch eine gewaltige Aufregung in Serbien,

das durch Rußland gegen Oesterreich-Ungarn aufgehetzt wurde. Rußland machte seinen ersten Vorstoß gegen den Balkan nach dem japanischen Unglück, und es hatte sich dazu von langer Hand her der Mitwirkung Italiens versichert. Die italienische Politik war, seit den Mißerfolgen in Tunis und Abessinien, durch die Heirat des gegenwärtigen Königs mit einer Prinzessin von Montenegro der Balkanhalbinsel zugewandt, und die öffentliche Meinung in Italien erhitzte sich je länger desto mehr für das Ziel, auch ein Stück vom jenseitigen Ufer des Adriatischen Meeres in Besitz zu nehmen. Damit wären die Lebensinteressen Oesterreich-Ungarns gefährdet gewesen, denn Oesterreich kann sich nicht den Ausgang aus der Adria durch italienischen Besitz auf beiden Seiten der Meerenge von Otranto gefährden lassen. Umgekehrt war die Hoffnung auf Albanien ein besonderes und wirksames Lockmittel, um Italien von der Seite des Dreibundes fort und in die gegen Deutschland orientierte englisch-russisch-französische Gruppe hineinzuziehen. Mit besonderem Eifer wurde dieses Ziel von der russischen Seite her verfolgt. Rußland hoffte offenbar, durch Zusammenarbeiten mit Italien, bei der bevorstehenden Liquidation der orientalischen Fragen noch besondere Vorteile für sich zu erreichen. Anfang 1909 standen die Dinge nach dieser Richtung hin in einem höchst kritischen Stadium. Die Haltung Serbiens nötigte Oesterreich-Ungarn zu einer starken teilweisen Mobilmachung; die russische Politik gefiel sich in einer Haltung, die Kriegsbereitschaft ausdrücken zu sollen schien, und die russische Presse samt den unverantwortlichen panslavistischen Organisationen Rußlands schürte das Feuer in der gefährlichsten Weise.

Den Zielen der englischen Einkreisungspolitik hätte es nicht entsprochen, die Lösung der Krisis durch den Ausbruch eines großen gesamteuropäischen Krieges herbeizuführen. Der aber hätte sich schwer vermeiden lassen, sobald zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien der gewaltsame Konflikt, mit Rußland im Hintergrunde, ausbrach. Frankreich war in der Türkei und in den Balkanstaaten finanziell stark interessiert, vor allen Dingen aber befand sich seine Marine wegen ihres schlechten Pulvers im Zustande der Kampfunfähig-

keit. Die Hauptsache war aber, daß Rußland sich ernsthaft garnicht im Stande sah, marschieren zu lassen. Die russischen Streitkräfte befanden sich immer noch vom Kriege mit Japan und von der Revolution her in so wenig regeneriertem Zustande, daß man unmöglich mit Hoffnung auf Erfolg in einen großen europäischen Krieg eintreten konnte. Die ganze Agitation, die nach der serbischen Seite hin ermutigend, gegen Oesterreich-Ungarn und Deutschland mit drohenden Gebärden auftrat, war auf Einschüchterung berechnet und sank in sich zusammen, als am 20. März deutscherseits in Petersburg die Erklärung abgegeben wurde, man sei entschlossen, der österreichischen Regierung für die Weiterführung der bosnischen Angelegenheit ihre unbeeinflußte Selbständigkeit zu lassen, und wenn erforderlich, mit den Machtmitteln des deutschen Reiches für die Lebensinteressen des Bundesgenossen einzutreten. Darauf offenbarte sich der russische Bluff als mißlungen, und was im russischen Interesse wie für die gesamte deutsche Einkreisungspolitik noch viel verhängnisvoller war: es hatte sich vor aller Welt gezeigt, daß Rußland noch keinen militärischen Rückhalt für seine politischen Aktionen besaß.

Gefährlich für die Zukunft wirkte es aber, daß in den politischen Kreisen Rußlands in bestimmtester Form die Ueberzeugung sich festsetzte, die Nachgiebigkeit der bosnischen Frage sei durch einen drohend gehaltenen persönlichen Brief des deutschen Kaisers an den Zaren erzwungen worden. Dieser angebliche schroffe Druck der deutschen Politik auf Rußland ist für die russische Stimmung seit dem Frühjahr 1909 zum festen Bestandteil des antideutschen politischen Bewußtseins geworden. Von da her hat die in weite Kreise der russischen Bildung eingedrungene direkte Feindschaft gegen Deutschland eine außerordentliche Verschärfung empfangen. Man darf nicht vergessen, daß für die russische Politik das Abkommen von 1907 mit England die Rückkehr zu dem alten Ziele des Vordringens gegen die Mittelmeerwelt hin bedeutete. Dies Ziel wird auch jetzt von der Regierung und der politisch interessierten öffentlichen Meinung in Rußland mit der größten Bestimmtheit und Energie festgehalten. Es läßt sich natürlich nur erreichen durch die Auflösung der Türkei. In Rußland

sieht man es nicht ein, welche Notwendigkeit Deutschland dazu treibt, die Türkei zu stützen, und in der Tat ist es für eine fremde, von ihren eigenen Wünschen und Hoffnungen lebhaft erfüllte Nation nicht so leicht, sich die innere Notwendigkeit der deutschen Orientpolitik klar zu machen. Die Tatsache, daß der im ganzen russischen Volke bis zur Leidenschaft gesteigerte Wille, einen Ausgang an das Mittelmeer zu erhalten, auf das Lebensinteresse Deutschlands am Weiterbestehen der asiatischen Türkei als eines politisch selbständigen Machtfaktors stößt, liegt aber vor, und sie ist von der größten Wichtigkeit für das Verständnis der politischen Lage.

Es liegt in der Natur der Verhältnisse begründet, daß die Türkei, auf allen Seiten von begehrlichen Nachbarn umgeben, ihren Rückhalt bei einer Macht findet, die möglichst keine territorialen Interessen im Orient hat. Das ist Deutschland. Wir wiederum würden beim Verschwinden der Türkei großen Schaden erleiden. Sind Rußland und England die Haupterben der Türken, so liegt es auf der Hand, daß jene beiden Staaten dadurch einen bedeutenden Machtzuwachs erhalten würden. Aber auch wenn die Türkei so geteilt würde, daß ein erhebliches Stück auf uns entfällt, so bedeutet das für uns Schwierigkeiten ohne Ende, denn Rußland, England und in gewissem Sinne auch Frankreich und Italien sind Nachbarn des jetzigen türkischen Besitzes und entweder zu Lande oder zur See oder auf beiden Wegen imstande, ihren Anteil zu besetzen und zu verteidigen. Wir dagegen stehen außer jeder direkten Verbindung mit dem Orient. Auf dem Landwege liegen nicht nur Oesterreich-Ungarn, sondern auch Rumänien und Bulgarien dazwischen, und auf dem Seewege müßten wir um ganz Europa herum durch den englischen Kanal, durch die Straße von Gibraltar und die übrigen französisch-englischen Mittelmeerpassagen greifen, um an die Küsten Kleinasiens und Syriens zu gelangen. Die Aufgabe, ein Stück unmittelbares deutsches Besitztum im Orient festzuhalten, würde unter der gegenwärtigen europäischen Konstellation Deutschland in geradezu unerträglicher Weise belasten. Ein deutsches Kleinasien oder Mesopotamien könnte nur Wirklichkeit werden, wenn vorher zum mindesten Rußland und damit

auch Frankreich zum Verzicht auf ihre gegenwärtige politischen Ziele und Ideale gezwungen wären, d. h. wenn vorher der Weltkrieg seinen Ausgang entschieden im Sinne der deutschen Interessen genommen hätte. Das aber ist eine Perspektive, auf die heute keine verantwortliche deutsche Politik eingestellt werden kann. So ist unser Gesichtspunkt bei der Sache. Der russische ist dagegen einfach der des bis zur Gewaltsamkeit erregten nationalen Wollens. Dieses Wollen des Volkes stimmt überein mit dem sachlich auf dasselbe Ziel eingestellten Programm der russischen Regierung. Die Folgen für unser Urteil über die allgemeine Natur der politischen Lage, von denen noch ausführlicher zu reden sein wird, ergeben sich von selbst.

Durch die jungtürkische Revolution und durch das militärische Versagen Rußlands im Jahre darauf, infolge der japanischen Niederlage, war die englische Einkreisungspolitik in ihrem ursprünglichen Sinne und nach ihren ursprünglichen Zielen zunächst gescheitert. Diese Ziele ließen sich wie wir sahen dahin bestimmen, daß durch das politische Zusammengehen zwischen England, Rußland und Frankreich und durch die rasche Herstellung einer weitgehenden englischen Ueberlegenheit zur See in Gestalt der ersten Dreadnoughts Deutschland in die tatsächliche oder vielleicht auch nur psychologische Zwangslage versetzt werden sollte, das englische Orientprogramm — Erwerb des gesamten arabisch-mesopotamischen Vorlandes vor Aegypten von der Mittelmeerküste bis zum Persischen Golf, verbunden mit der Aufrichtung eines von England protegierten arabischen Kalifats und Vordringen Rußlands in Armenien und Kleinasien — sofort oder allmählich sich gefallen zu lassen. Die deutsche Niederlage in diesem Fall wäre ungeheuer gewesen. Man hätte sie mit dem Rückzug Preußens nach Olmütz vergleichen können, jedoch mit dem Unterschied, daß sich wahrscheinlich keine Gelegenheit mehr gefunden hätte, die Folgen des erlittenen Schlages wieder gut zu machen. Vielleicht wird man sagen können, daß der im Jahre darauf, im Mai 1910, erfolgte Tod König Eduards VII. eine zufällige oder auch vom Schicksal gewollte Bestätigung für das Scheitern der Politik war, die dieser Herrscher vom Beginn seiner Re-

gierung an verfolgt hatte. Mit seinem Tode ändern sich zwar nicht die grundsätzlichen Beziehungen zwischen den Mächten, namentlich zwischen Deutschland und England, aber auf der englischen Seite verschwindet jenes unbestimmte, aber wirksame Moment, daß ein mit überlegener Begabung gepaarter Herrscherwille zielbewußt und persönlich an der Gestaltung der Lage in antideutschem Sinne arbeitete.

Von nun an wurde auch jenes bereits erwähnte Moment wirksam, um die Stellung Deutschlands gegenüber England zu verbessern: die Folgen des Dreadnoughtbaues. Bis dahin hatte England die bedingungslose mehrfache Ueberlegenheit über die deutsche Flotte besessen. Sie einzuholen, hätte auf unserer Seite ungeheure Anstrengungen erfordert, denen England seinerseits erhöhte Aufwendungen oder der Entschluß zum Kampfe, solange es der unbedingten Uebermacht sicher war, entgegensetzen konnte. Schuf aber Deutschland alsbald, nachdem England mit den Dreadnoughts begonnen hatte, gleichfalls eine Flotte solcher Riesenschiffe, so konnte es sich damit von Anfang an in weit näherem Abstande von England halten, als vorher, während gleichzeitig die älteren Schiffe auf beiden Seiten stark an Wert verloren. Daß die Entwertung für England viel empfindlicher ins Gewicht fallen würde, als für Deutschland, lag auf der Hand. Einerseits aber konnte die englische Politik die türkische Revolution nicht voraussehen, und als dieses Ereignis eingetreten war, war die Verlockung zu dem Versuch, die türkischen Politiker jetzt ganz für England zu gewinnen, in der Tat groß. Andererseits war es gegen die Rechnung, daß die russische Niederlage im Kriege mit Japan so stark ausfiel, und namentlich, daß ihre Wirkungen durch den völligen Verlust der Flotte und durch die Revolution so desorganisierend für den russischen Staat im ganzen und für seine Wehrfähigkeit im besonderen wurden. Die japanische Kur war den Russen in gewissem Sinne von England verschrieben worden, aber die Kur fiel kräftiger aus, als den englischen Interessen entsprach. Drittens endlich, und das mußten wir bereits erwähnen, sagte man sich in England irrtümlicher Weise, daß selbst im Falle, daß die Entscheidung im Orient sich noch hinauszögern sollte, die Deutschen nicht so leicht imstande sein

würden, den neuen Schiffstyp ohne weiteres anzunehmen und daß sie außerdem die damit verbundenen Kosten scheuen würden. Nicht nur daß die Dreadnoughts doppelt soviel kosten, als die früheren Linienschiffe, auch der Nordostseekanal hat ihretwegen mit einem Aufwande von hunderten von Millionen neu umgebaut werden müssen, und auch die Opfer für den Umbau und die Erweiterung vieler Anlagen in den deutschen Kriegshäfen waren sehr groß. Die hierzu erforderliche nationale Einsicht und Opferwilligkeit traute man in England, wo die falsche Einschätzung innerdeutscher Verhältnisse merkwürdig hoch, bis in die politisch maßgebenden verantwortlichen Kreise, hinaufreicht, den Deutschen nicht zu.

1908, als bei uns der Entschluß zwar gefaßt worden war, mit dem Bau der neuen Linienschiffe gleichfalls zum Dreadnoughtstypus überzugehen, aber noch kein deutscher Dreadnoughtskiel schwamm, besaß England bereits eine Anzahl fertiger Linienschiffe von der neuen Größenklasse. Damals wäre, allein das Verhältnis der Flottenstärke zugrunde gelegt, der letzte geeignete Augenblick gewesen, um die deutsche Seemacht mit Aussicht auf sicheren und unmittelbaren Erfolg anzugreifen. Daß England den Angriff nicht verwirklichte, ist sowohl aus allgemeinen Erwägungen als auch mit Rücksicht auf die Behinderung Rußlands, durch die Frankreich gleichfalls in Mitleidenschaft gezogen wurde, begreiflich. Man entschließt sich nicht so leicht zu einem Weltkriege auf die bloße Erwägung hin, daß es zu spät werden könnte, mit dem Gegner unter günstigen Verhältnissen abzurechnen. Sachlich aber müssen wir an der Erkenntnis festhalten, daß die englische Politik durch ihren Verzicht von 1908/09 im Prinzip eine der Hauptgrundlagen der begonnenen und so lange verfolgten Einkreisungspolitik, die absolute Uebermacht zur See, selber in Frage gestellt hat.

Die Fortschritte im Bau der deutschen Flotte, nicht nur was die Großkampfschiffe, sondern auch was die Torpedo- und Unterseebootswaffe angeht, machten sich zwei Jahre später geltend, als die Marokkokrisis wieder in gefährlicher Weise akut wurde. Frankreich hatte auf der Konferenz von Algeciras notgedrungen das Zugeständnis gemacht, Marokko solle als Staat unabhängig und sein Gebiet unangetastet bleiben. Auf

der andern Seite hatte es aber durch die Konferenzakte Handhaben erhalten, um durch Häufung einer Summe von einzelnen kleinen Schiebungen sich tatsächliche Vorteile in Marokko zu schaffen. Eine Zeitlang waren die Franzosen vorsichtig genug, keine Handlung zu begehen, die gewichtig genug war, um Deutschland einen offenbaren Anlaß zu schärferen Protesten zu geben. Diese von ihrem Standpunkt aus kluge Politik unterbrach die französische Regierung durch den ungeduldig übereilten Vormarsch mit einem ganzen Heere nach der marokkanischen Hauptstadt. Das war eine so offenkundige Verletzung der Abmachungen von Algeciras, daß wir direkte Veranlassung zu einem wirksamen Widerspruch erhielten. Er wurde verwirklicht durch die Entsendung des kleinen Kreuzers Panther nach dem südmarokkanischen Hafenplatz Agadir.

Von dieser Maßnahme an datiert eigentümlicher Weise eine starke Zunahme der schon vorher in einem Teil der deutschen Presse geübten abfälligen Kritik an unserer auswärtig-politischen Haltung, die ja gerade in Bezug auf Marokko von Anfang an stark angegriffen worden war. Die ganze marokkanische Politik Deutschlands muß, wie wir sahen, unter dem Gesichtspunkt der englisch-französischen Abmachungen und der englischen politischen Ziele im Orient betrachtet werden. Wir erinnern uns daran, daß England den Plan verfolgte, Arabien und die Euphratländer möglichst bis ans Mittelmeer als Vorland zur Deckung seiner ägyptischen Position in Besitz zu nehmen. Frankreichs Zustimmung hierzu wollte es sich durch die Preisgabe Marokkos an die Franzosen sichern. Wenn wir demgemäß in Marokko gleichfalls Rechte oder Interessen in weitergehendem Sinne verfolgten, so bedingte das die gleichzeitige energische Gegnerschaft Frankreichs und England, denn das marokkanische Geschenk an Frankreich konnte ja nur dann den erwünschten Erfolg für die englische Politik haben, wenn sie sich imstande zeigte, den Franzosen den ersehnten Besitz tatsächlich zu sichern. Unter solchen Umständen war es kein geringer Erfolg für Deutschland, daß es gelang, das englisch-französische Privatgeschäft wegen Marokko nachträglich doch noch vor eine allgemeine europäische Konferenz zu ziehen und die Absichten Frankreichs einzuschränken.

Dabei muß man sich stets vergegenwärtigen, daß wir mit Rücksicht auf den unfertigen Stand unserer Flotte nicht in der Lage waren, es ohne wirkliche Not zum äußersten kommen zu lassen — was den Gegnern natürlich nicht unbekannt war. Wenn nun von der sogenannten alldeutschen Seite her während der Marokkokrisis von 1911 gegen die deutsche Politik der Vorwurf der Schwäche gemacht worden ist, so erledigt sich diese falsche Idee schon allein dadurch, daß als wir den Panther nach Agadir schickten, der Umbau des Nordostsee-Kanals noch mitten im Werk, der Ausbau von Helgoland zu einer großen Seefestung lange nicht vollendet und unsere Flotte an Dreadnoughts und Hilfswaffen gegenüber der englischen Seemacht ein bedeutend ungünstigeres Verhältnis aufwies, als drei Jahre nachher. Sowohl der Kanal, als auch Helgoland, als auch die Flottenstärke waren im Vergleich zum gegenwärtigen Jahre, 1914, teils stark zurück, teils überhaupt noch nicht kriegsbrauchbar. In einer solchen Lage, wo man weiß, daß man etwas später sehr viel günstigere Chancen haben wird, den Entscheidungskrieg provozieren zu wollen, wäre doch einfach töricht gewesen. Hätten wir aber auf den Erwerb von Südmarokko bestanden, so hätten wir Frankreich und England vermutlich die Entscheidung aufgezwungen. Deutschland als Nachbar in Marokko zu haben, ist für die Franzosen eine Sache, die sie sich nur nach einem verlorenen Kriege gefallen lassen können, denn wenn wir dort sitzen, so sind wir imstande, durch Versorgung der Marokkaner, Algerier, Senegalesen und sonstiger den Franzosen unterworfener Völker mit Waffen, Geld und Führern jederzeit, sobald es uns beliebt, das ganze französische Kolonialreich in Nordafrika zu beunruhigen und im günstigen Augenblick zu zersprengen. Jede vernünftige Politik sieht sich genötigt, nicht nur ihre eigenen Lebensinteressen, sondern auch diejenigen der anderen Völker, mit denen sie sich auseinandersetzen muß, zu Rate zu ziehen, und sie muß sich darüber klar sein, daß ein Angriff auf solche Interessen nur unternommen werden darf, wenn man die Folgen für den Gegner nicht nur kennt, sondern auch will und sie der eigenen Existenz wegen wollen muß.

Als die Franzosen 1911 in das Innere von Marokko marschiert waren und die Hauptstadt besetzt hielten, konnten wir, wenn überhaupt etwas geschehen sollte, nicht länger mit dem Hinweis auf die offene Verletzung der Abmachungen von Algeciras zögern. Wir mußten aber bedenken und bedachten auch sehr wohl, daß die Franzosen auf dieses Vorgehen zweierlei Antwort zu geben im Stande waren. Die eine Antwort konnte heißen: Hände weg von Marokko, oder wir schlagen! Die andere konnte heißen: Was wollt Ihr dafür haben, wenn Ihr fortgeht und auf die Festsetzung im marokkanischen Gebiet verzichtet? Die deutsche Politik, die trotz der dreifach ungünstigen Vorbedingungen für einen bewaffneten Konflikt — Nordostsee-Kanal, Helgoland, Flottenstand — den Schritt nach Agadir wagte, rechnete dabei natürlich mit ihrer Kenntnis der militärischen Bereitschaft oder vielmehr Nichtbereitschaft Rußlands. In der Tat war das russische Armeewesen von den Folgen des Krieges mit Japan immer noch so stark mitgenommen und seine Reorganisation hatte so ungenügende Fortschritte gemacht, daß man annehmen durfte, Rußland würde sich noch nicht entschließen können, aktiv an der Seite der Engländer und Franzosen in den Krieg einzugreifen. Ohne diese Wahrscheinlichkeit wäre das Experiment von Agadir überhaupt ein politischer Leichtsinn gefährlichster Art gewesen.

Frankreich verstand sich am letzten Ende zu der geforderten Schadloshaltung Deutschlands für den politischen Verzicht in Marokko, aber es hat das keineswegs bereitwillig getan und es hat während der Verhandlungen dauernd versucht, England zum unmittelbaren Eingreifen zu veranlassen und dadurch Deutschland vor die Wahl zwischen Krieg und Rückzug zu stellen. Man weiß heute, daß die aufgeregte und drohende Stimmung in England während des Marokkokonflikts und auch die mehr als einmal gefährlich erscheinende Haltung der englischen Politik wesentlich durch falsche Beeinflussungen und irreführende Angaben Frankreichs in Bezug auf angebliche, nicht nur antifranzösische, sondern vor allen Dingen antienglische Absichten Deutschlands beim Marokkohandel hervorgebracht worden ist. Ganz besonders arbeiteten die Fran-

zosen mit der Vorspiegelung, sie wüßten, was Deutschland eigentlich in Marokko beabsichtigte: nichts Geringeres, als die Anlegung einer Marinestation, um die Getreideschiffe, die alljährlich im Frühling von Argentinien nach England fahren und ihren Kurs nahe an der marokkanischen Küste nehmen, aufzubringen und so die Verproviantierung Englands zu verhindern. Die Tatsache, daß französische Bemühungen mit aller Macht tätig waren, um die Besorgnisse und die allgemeine Stimmung in England gegen die deutsche Politik zu schüren, ist in ihrem ganzen Umfange erst nachträglich bekannt geworden. Sie erst erklärt ganz die Leidenschaftlichkeit, mit der die englische öffentliche Meinung sich im Sommer 1911 gegen uns richtete, und wenn die Dinge damals in der Tat eine kriegerische Wendung genommen hätten, so wäre das vor allem ein Erfolg der französischen Arbeit gewesen. Wie schwer es den Franzosen geworden ist, uns schließlich in Gestalt von Neu-Kamerun den Preis dafür zu zahlen, daß wir ihre politische Vormacht über Marokko anerkannten, das sieht man aus ihren Bemühungen, England mit zum Kriege fortzureißen, obwohl man auf die Macht des russischen Verbündeten nur so unvollkommen rechnen konnte.

Bei den Verhandlungen zwischen Frankreich und England kam die englische Hilfe zu Lande entscheidend in Frage. Von französischer Seite scheint verlangt worden zu sein, England solle 150000 Mann Hilfstruppen schicken, aber nicht auf der Strecke Dover-Calais, die ja sehr kurz ist und wohl hätte gedeckt werden können, sondern über die Nordsee. Von Calais aus wären die Engländer auf dieselben Eisenbahnen gekommen, auf denen auch die französische Armee aufmarschieren mußte. Das hätte den französischen Aufmarsch in Unordnung gebracht, oder die Hilfsmacht wäre viel zu spät auf den Kriegsschauplatz gelangt. Dagegen konnte die Hilfe höchst wirksam werden, sobald die 150000 Mann nach Belgien dirigiert wurden, um unter Verletzung der belgischen Neutralität den deutschen Aufmarsch am Niederrhein zu stören. Dort wäre uns eine wirkliche Gefahr aus der englischen Truppenhilfe an Frankreich erwachsen — eine viel größere jedenfalls, als aus einer Landung in Schleswig-Holstein nach

jenem früheren Rezept, das Bismarck, gefragt, was er tun würde, wenn 100 000 Engländer dort erschienen, bekanntlich mit dem Bonmot abtat, er würde sie arretieren lassen. Von der englischen Küste bis in die Scheldemündung ist es aber eine bedeutend längere Strecke über See, als über die schmalste Stelle des Kanals. Trotz ihrer auf jeden Fall noch bedeutenden Ueberlegenheit an Schlachtschiffmaterial glaubte sich die englische Marineverwaltung nicht sicher imstande, das Gelingen eines so großen Truppentransportes zu garantieren. Namentlich hat man gefürchtet, daß die deutschen Unterseeboote und die auf der höchsten Stufe der Leistungsfähigkeit befindlichen Torpedoboote der übersetzenden Hilfsarmee furchtbar werden könnten. Vielleicht sind auch noch andere Gründe wirksam gewesen. Die Unfähigkeit Rußlands, ernstlich in einen Krieg gegen Deutschland einzugreifen, war auf alle Fälle ein Hindernis. Vielleicht muß man es auch als ein gewisses Moment für die schließliche Erhaltung des Friedens werten, daß König Eduard VII. nicht mehr unter den Lebenden war. Seit seinem Tode bestand an einer trotz der verfassungsmäßigen Beschränktheit so wichtigen Stelle, wie dem englischen Königtum, nicht mehr jene feste Ueberzeugung, die unter Eduard VII. zu den Grundlagen der englischen Politik gegenüber Deutschland gehörte: der deutsche Kaiser werde den Entschluß zum Kriege im letzten Augenblick nicht finden.

Das Ende des Marokkohandels war, daß die Franzosen in einer etwas umschriebenen, aber praktisch genügenden Form ihr bis dahin bestehendes alleiniges Vorkaufsrecht auf den belgischen Kongo aufgaben und uns ein Stück ihres eigenen Besitzes in Aequatorial-Afrika abtraten, durch dessen Vereinigung mit Kamerun die deutsche Grenze an zwei Stellen bis unmittelbar an das belgische Gebiet heranrückte. Man braucht sich nur diese beiden Tatsachen mit einigem Nachdenken zu vergegenwärtigen, um Klarheit darüber zu erhalten, daß die vielfachen Angriffe auf die sogenannte Marokko-Kongo-Politik der deutschen Regierung von Anfang an haltlos waren. Es ist davon auszugehen, daß Südmarokko 1911 ohne Krieg vermutlich nicht zu haben gewesen wäre. Selbst als wir erklärten, daß wir bereit seien, politisch aus Marokko fortzu-

gehen und eine Entschädigung im tropischen Afrika anzunehmen, sind wir nahe genug am Kriege vorbeigekommen. Das Programm „Südmarokko deutsch" war für Frankreich auf jeden Fall und für England wegen des besonders auf diesen Punkt hin gerichteten und von der französischen Seite her geschürten Mißtrauens unannehmbar. Die faktische Besetzung des Landes oder der Beginn dazu hätte uns also sofort vor die unmittelbare Wahl zwischen Krieg und Rückzug gestellt. Man kann von Marokko halten und sagen, was man will, und wenn es in Zukunft dazu kommen sollte, daß Frankreich allein oder durch Bundesgenossen uns den Entscheidungskampf aufzwingt, dann wird unter anderen Dingen wohl auch Marokko in der Beute des Siegers liegen, aber im Sommer 1911 Deutschland wegen Marokko in den Krieg stürzen, wäre nicht nur töricht, sondern verbrecherisch gewesen. Erstens hätte uns das Bewußtsein des sittlichen Rechts gefehlt, d. h. der Zwang der unmittelbaren nationalen Lebensnotwendigkeit, durch den allein ein so ungeheurer Entschluß gerechtfertigt werden kann; zweitens wäre es eine Narrheit gewesen, freiwillig Krieg anzufangen, wenn man an zwei oder drei entscheidenden Stellen einige Jahre später bedeutend besser gerüstet war, als damals; drittens wird Marokko, wenn schon einmal darum gekämpft werden soll, durch die Arbeit, die einstweilen Frankreich darauf verwendet, nicht schlechter, sondern besser.

Diese Erwägungen zeigen bereits, daß es falsch ist, den Marokko-Kongohandel allein unter dem Gesichtspunkt der Frage zu behandeln, was Neu-Kamerun als kolonialwirtschaftliches Objekt für sich wert ist. Ich bin dort gewesen und kann sagen, daß es trotz der viel berufenen Sümpfe und trotz der Schlafkrankheit nicht entfernt so schlecht ist, wie es von Leuten gemacht wird, die das Land garnicht kennen. Die Sümpfe verhindern weder den Zugang noch die Ausnutzbarkeit; die Schlafkrankheit kann man bekämpfen, und bedeutende Teile des von Frankreich abgetretenen Gebiets sind wirtschaftlich gut entwickelungsfähig, sobald sie durch den Eisenbahnbau aufgeschlossen werden, ohne den aus Inner-Afrika überhaupt nichts zu machen ist. Das alles aber ist garnicht entscheidend. Entscheidend ist, daß wir die Franzosen genötigt haben, auf

ihr früheres Recht von der Berliner Kongoakte her zu verzichten, nach dem sie, sobald Belgien seinen Kolonialbesitz ganz oder teilweise liquidieren sollte, als alleinige Käufer auftreten können, und daß wir außerdem selber Grenznachbarn des Kongo von Westen her geworden sind, wo eine Konkurrenz der englischen Interessen vernünftigerweise nicht vorliegt.

Was den Kongo betrifft, so ist nichts sicherer, als daß wir in keiner Weise daran denken, ihn mit Gewalt oder List an uns zu bringen. Der Kongo gehört Belgien, und wer uns unterschiebt, wir wollten ihn nehmen, der redet leichtfertig oder verleumdet mit Bewußtsein. Eine andere Frage aber ist es, ob die Belgier imstande sein werden, ihren Besitz finanziell zu halten. Er ist in der Zeit des Leopoldinischen Regimes ausgesogen worden, er verursacht durch die wachsenden Defizits wachsende finanzielle Sorgen, und in Belgien ist von den ursprünglichen Verhandlungen an, die mit dem König Leopold wegen der Uebernahme als belgische Kolonie geführt wurden, bis heute in weitesten Kreisen der Nation starke Abneigung gegen die ganze koloniale Belastung vorhanden. Diese Abneigung hat bereits öffentlich zu Vorschlägen wegen eines teilweisen Verkaufs geführt — ein Symptom, das deutlich genug spricht. Gesetzt den Fall, man hätte sich bei uns um die ganze Kongofrage nie gekümmert, aber irgend einmal würde die Frage des Verkaufs akut, dann käme Frankreich und machte sein Recht geltend, natürlich nach geschehener Verständigung mit England. Wie groß würde wohl dann die Entrüstung über den mangelhaften Vorausblick der deutschen Politik sein? An den Kongo aber grenzt im Süden und Westen Angola, und an Angola grenzt Südwestafrika. Wie vom Kongo gilt, daß er belgisches Eigentum ist, so gilt von Angola, daß es den Portugiesen gehört und nicht uns — aber auch hier wissen wir nicht, wie lange Portugal noch im Stande sein oder wünschen wird, Angola zu behalten.

Die Teilnahme Englands als französischer Sekundant an dem Marokkokonflikt zwischen Deutschland und Frankreich hatte den Höhepunkt der zehnjährigen deutsch-englischen Spannung gebildet. Während aber im Verlauf der eigentlichen Einkreisungsperiode das treibende Moment in der Hauptsache die

zielstrebigen Bemühungen der englischen Politik um die Isolierung Deutschlands und die zusammenfassende Vorbereitung der großen englischen Endaktion auf Kosten Deutschlands gewesen waren, lag die Kriegsgefahr während der Marokkokrisis vielmehr in dem Mißtrauen Englands gegen unsere unmittelbaren Absichten in Marokko. Hernach äußerte ein englischer Minister: wenn die deutsche Regierung es gleich deutlich gesagt hätte, daß sie Frankreich nicht vergewaltigen und in Marokko nicht bleiben wolle, so wäre die vorübergehende Gefahr der Lage vermieden worden. Nun, gesagt, was wir wollten, hatten wir deutlich genug, aber als wir es sagten, fehlte auf der englischen Seite das Vertrauen, das sich erst nachher zu entwickeln anfing.

Uebersieht man nachträglich die politische Entwicklung der Dinge seit dem Abschluß der letzten Verhandlungen über Marokko und bedenkt man, daß die kriegerischen Erwägungen auf der englischen Seite doch bis nahe an den Entschluß zur Eröffnung der Feindseligkeiten gelangt waren, so findet man, daß nach den letzten heftigen, gegen England gerichteten November-Debatten im Deutschen Reichstage 1911 der Wechsel der Stimmung schnell kam. Seine Ursachen sind verschieden, aber sie wirkten in derselben Richtung. Die erste von ihnen ist eigentümlicher Natur. Man schätzt in England die Persönlichkeiten des gegenwärtigen und des letzten Reichskanzlers, des Fürsten Bülow und des Herrn von Bethmann Hollweg, verschieden ein. Warum eigentlich, ist schwer zu sagen. Dem Fürsten Bülow gegenüber bestand an manchen Stellen ein Mißtrauen, als ob das Ziel seiner Politik nicht nur die Förderung der deutschen, sondern auch die Zurückdrängung der englischen Interessen sei. Das war ohne Frage ein Irrtum, aber dieser Irrtum bestand. Bei dem jetzigen Kanzler aber hat man sich auch in England allmählich überzeugt, daß er keine andere Politik im Sinne hat, als eine solche, die Englands Lebensinteressen ebenso achtet, wie wir wünschen, daß England die unsrigen achten möge. Es klingt seltsam, daß erst ein neuer Reichskanzler kommen mußte, um den Engländern eine Erkenntnis beizubringen, die für jeden denkenden Politiker auf der Hand liegen sollte, aber es ist eben ein alter,

nur zu oft vergessener oder mißachteter Satz, daß für die Gegenpartei weniger unsere wirklichen Gedanken und Absichten maßgebend sind, als das, was man dort für unsere Gedanken und Absichten hält.

Ein zweites Moment war, daß die Einführung des Dreadnought-Typus im Flottenbau tatsächlich so stark zum Nachteil Englands ausgeschlagen ist. Die Dreadnoughts waren, nachdem im entscheidenden Augenblick jene politische Kombination nicht funktioniert hatte, um deretwillen die ersten Schiffe der Art gebaut worden waren, für England keine Stärke mehr, sondern indem Deutschland und andere Mächte ihren Bau mit sicherem Erfolg aufnahmen, führten sie zur maritimen Schwächung Englands im Verhältnis zu den anderen Seemächten. Vielleicht kann man sagen, daß das besonders Deutschland gegenüber der Fall war, denn bei uns hat sich der Uebergang zu dem neuen Typ noch besser als anderswo vollzogen. Wir stehen heute an Großkampfschiffen England im Verhältnis von 10 zu 16 gegenüber. Das wäre ohne die Dreadnoughts nie möglich geworden. Wenn man will, so kann man also sagen, daß England auf den ersten von seinem Standpunkt aus begangenen Fehler, die Abtretung von Helgoland, fünfzehn Jahre später den zweiten gesetzt hat, die Dreadnoughts.

Ein dritter Faktor für den Wechsel der englischen Stimmung liegt ohne Zweifel in der sozialen Versicherungsgesetzgebung. Deutschland war mit ihr der übrigen Welt vorangegangen, und die ganze Zeit über fehlte es bei uns nicht an Stimmen, die darauf hinwiesen, wie stark dadurch unsere Konkurrenzfähigkeit mit anderen Industrievölkern belastet würde. Es zeigte sich aber, daß der moralische Druck des deutschen Beispiels zu groß war, als daß ein gewerbliches Volk wie die Engländer ihm auf die Dauer hätte widerstehen können. England mußte uns in der Sozialpolitik folgen. Das kostet der englischen Nation eine Menge Geld, das aus öffentlichen Mitteln aufgebracht werden muß. In Verbindung mit dieser Zunahme der öffentlichen Lasten fing auch der ins Gewaltige steigende Aufwand für die Flotte, der gleichfalls um Deutschlands willen erfolgte, im Sinne der Frage zu

wirken an, was schließlich teurer sein würde: die Aufrechterhaltung des latenten Kampfzustandes mit Deutschland, oder die Verständigung?

Viertens hat man sich in England in unerwarteter Weise davon überzeugen müssen, daß eine bestimmte Schwäche Deutschlands, mit der man als Tatsache gerechnet hatte, garnicht in der Wirklichkeit, sondern nur in der Einbildung existierte: die finanzielle Leistungsunfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft für den Kriegsfall. Nicht nur in England, sondern auch in Frankreich, ja sogar in Deutschland selbst bestanden über diese Frage bis vor kurzem die irrigsten Vorstellungen. Zur allgemeinen Ueberraschung zeigte sich aber sowohl während der Marokkokrisis, als auch während der beiden Balkankriege, die das finanzielle Europa durchweg in Mitleidenschaft zogen, daß gerade Deutschland so gut wie unerschüttert blieb. Gleichzeitig wurde durch eine Reihe von Veröffentlichungen der glänzende Fortschritt des deutschen Volkswohlstands während der letzten beiden Jahrzehnte in aller Welt bekannt. Am wichtigsten in dieser Beziehung ist die Arbeit des Direktors der Deutschen Bank, Dr. Karl Helfferich, über „Deutschlands Volkswohlstand 1888 bis 1913". Man kann nicht mehr daran zweifeln, daß unser Reichtum, im ganzen genommen, den Englands und Frankreichs bereits übertrifft, und daß er auch auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, wenn überhaupt, so nur noch um ein Geringes hinter der englischen und französischen Quote zurücksteht. Gerade damit aber schied ein Hauptmoment der Ueberlegenheit über Deutschland, mit dem die englische Politik bis dahin stark gerechnet hatte, bei der antideutschen Kalkulation aus.

Ein letzter, aber vielleicht nicht der an letzter Stelle entscheidende Grund für die Geneigtheit zum Ausgleich trat dann, wie aus England selbst bezeugt ist, in Gestalt eines bestimmten kriegstechnischen Fortschritts auf der deutschen Seite hervor: unsere Ueberlegenheit an Luftschiffen! Im Seekrieg wie im Landkrieg siegt meistens doch derjenige Teil, der zuerst weiß, wo der Gegner steht und wie stark er ist. Mit andern Worten: die Luftschiffe machen uns, solange wir sie vor den Engländern voraus haben oder die Engländer mit ihnen stark

übertreffen, leistungsfähiger in der Aufklärung vor der Seeschlacht. Eine Partei, die im ganzen schwächer ist als der Gegner, kann doch den Sieg erringen, wenn sie es fertig bringt, einen Teil der feindlichen Streitmacht nach dem anderen überlegen anzugreifen. Dazu aber kommt alles auf erfolgreiche Aufklärung der Verhältnisse beim Feinde und auf Verschleierung der eigenen Bewegungen an. Es wäre möglich, daß wir im Falle eines Krieges mit England allein durch die Hilfe unserer großen starren Luftschiffe einen Seesieg in der Nordsee erringen, der die Engländer mehr schwächt, als uns. Auf diese Gefahr aber kann England es kaum ankommen lassen.

Die englische Politik im ganzen ist aber in ihrem Verhältnis zu Deutschland nicht nur durch die genannten direkten Gründe verändert worden, sondern es haben auch noch andere Fragen, die Englands Interessen stark berühren, mitgewirkt. Dazu gehört vor allen Dingen der Gang der Ereignisse auf der Balkan-Halbinsel und im türkischen Orient. Um ihn richtig zu beurteilen, müssen wir den Ausgangspunkt der Betrachtung von Rußland her nehmen — aber die russischen Dinge verlangen eine weiter ausholende und genauere Betrachtung, die im Zusammenhange gegeben werden muß, und dem folgenden Kapitel vorbehalten bleibt. An dieser Stelle dürfen wir aber bereits als Ergebnis der vorhin aufgezählten Motive für den Wechsel der englischen Politik gegenüber Deutschland festhalten, daß sich unzweifelhaft eine Anzahl von notwendigen Voraussetzungen für eine beiderseitige Verständigung offenbart hat, deren Kosten und Zugeständnisse nicht einseitig, sondern durch den Ausgleich der beiderseitigen bestimmenden Interessen gedeckt werden kann.

Allerdings darf man sich dabei nicht verhehlen, daß England nicht gleich uns an der Erhaltung der Türkei soweit und solange es irgend möglich ist, interessiert erscheint, sondern daß es auf jeden Fall, sobald die Umstände es erlauben, die Abtrennung des ägyptischen Vorgeländes von Palästina bis zur Tigrismündung und seine Vereinigung mit Aegypten zu dem großen anglo-arabischen Khalifat jeder anderen Möglichkeit vorziehen wird. Zwischen diesem englischen Wunsch, den England einstweilen der deutschen Interessen wegen zurückgestellt

hat, und dem russischen Verlangen nach Zerschneidung der asiatischen Türkei von Norden her, ist aber immer noch ein Unterschied. Die ägyptische Frage verliert ihre Schärfe für England, wenn es sicher sein kann, daß wir in voller Aufrichtigkeit nichts anderes erstreben, als den Frieden unter der Bedingung, daß unsere weltpolitische Entwickelung keinen unwiederbringlichen Schaden erleidet. Diese Einsicht auf der englischen Seite bildet erst das tiefste und solideste Fundament der Verständigung. In England ist lange der starke Verdacht lebendig gewesen, unsere Flottenrüstung solle Angriffszwecken dienen. Die letzte Wurzel dieses völlig grundlosen Mißtrauens ist volkspsychologischer Art. Die Engländer können sich nicht oder konnten sich bisher nicht in die Lage eines Volkes hineindenken, das wie wir eine gewaltige Ausdehnung seiner weltwirtschaftlichen Daseinsinteressen erlebt und dafür sorgen will, daß es diese Interessen mit einer eigenen Seemacht von genügender Stärke zu schützen imstande ist. Wozu brauchen die Deutschen eine Flotte? Es ist genug, wenn wir eine beherrschende Flotte haben, denn wir schützen die Freiheit der Meere. Baut Deutschland trotzdem so viel Schiffe, wo es doch eigentlich keine nötig hat — Luxusflotte! — so will es uns eines Tages damit zu Leibe. Langsam, langsam beginnt man jetzt auf der englischen Seite zu begreifen, daß wir mit dem Flottenbau nur dem Lebensgesetz folgen, das alle großen Nationen nötigt, sich eine Rüstung zu schaffen, durch die sie nach allen Seiten hin befähigt werden, ihre Interessen nicht nur dem Wohlwollen anderer Staaten, sondern auch der eigenen Verteidigungsfähigkeit anzuvertrauen.

Wir müssen uns also darauf gefaßt machen, daß England den Pakt über die Erhaltung der Türkei nur mit Vorbehalten in Bezug auf seine Wünsche in Arabien, am Euphrat und an der ägyptischen Grenze eingegangen ist. Sache unserer Politik wird es sein, so weit wie möglich, wenn es geht auf die Dauer, den Zeitpunkt hinauszuschieben, wo jene Vorbehalte eine gefährliche praktische Bedeutung bekommen könnten. Dabei dürfen wir darauf rechnen, daß die Engländer es grundsätzlich vorziehen werden, die Erfüllung ihrer eigenen Wünsche zurückzustellen, wenn sie es dadurch erreichen, daß auch Ruß-

land nicht bis ans Mittelmeer vordringt. Deutschland gegenüber hat es die englische Politik, wie es scheint, an einigen notwendigen Unterpfändern ihres ehrlichen und guten Willens — die englischen Endziele natürlich immer vorbehalten — nicht fehlen lassen. Während unter König Eduard VII. mit großer Schärfe der Einkreisungsgedanke gegen Deutschland verfolgt wurde und noch 1911 ein Kriegsbündnis zwischen Frankreich und England gegen uns ernsthaft erörtert wurde, sehen wir jetzt, daß England gegen den Bau der Bagdadbahn, den es solange zu verhindern suchte, nichts mehr einwendet. Die Bagdadbahn wird gebaut, und sie wird mit deutschem Kapital gebaut. Zeitweilig hatten wir darauf verzichtet, die Endstrecke von Bagdad bis zum Meere zu bauen. Wir überließen sie den Engländern und tauschten dafür die Verbindung der syrischen Strecke mit dem besten Hafen in jenen Gebieten, Alexandretta, ein. Jetzt hat England auch auf die Leitung beim Bau des Endstücks verzichtet und ihn uns überlassen. Die Bagdadbahn erhält ihren Schlußhafen nicht in Kuweit, das im englischen Machtgebiet liegt, sondern in Basra an der Mündung der vereinigten Ströme, das unbestritten türkisch ist. Die Arbeiten am Hafen von Basra und an der Schiffbarmachung des Mündungsgebiets des Schatt el-Arab werden von einer Gesellschaft vorgenommen, an der deutsches Kapital mit einem höheren Prozentsatz beteiligt ist, als englisches. Nördlich vom 31. Breitengrad wird weder eine englische Schiene gelegt, noch eine englische Bahnkonzession nachgesucht.

Die russischen und französischen Verhandlungen mit der Türkei über Eisenbahnkonzessionen im Nordosten von Kleinasien und in Syrien haben weder zu einer Durchschneidung noch zur bedrohlichen Einengung des deutschen wirtschaftlichen Interessengebiets entlang der Bagdadbahn geführt. Die Zugeständnisse, die Frankreich erreicht hat, sind praktisch geringer, als die französische öffentliche Meinung denkt und als die amtlichen Stellen in Frankreich in der Presse zu verstehen geben möchten. Die russisch-französischen Eisenbahnen, die in den Landschaften zwischen dem armenischen Taurus und dem Schwarzen Meere zugestanden sind, werden wohl teilweise wegen der sehr bedeutenden Bodenschwierigkeiten einst-

weilen auf dem Papier stehen bleiben müssen. Im übrigen ist für gute Anschlüsse an die Bagdadbahn und für die Wahrung der Erfordernisse des militärischen Aufmarschs der Türkei im Kriegsfalle gesorgt. Das ist die Hauptsache. Weder Frankreich noch Rußland sind in der Lage, in solchen Dingen auf Prestigepolitik zu verzichten. Sie müssen ihrer öffentlichen Meinung auf jeden Fall Erfolge vorzeigen, und wenn die wirklichen Erfolge nicht groß genug sind, so muß doch der Eindruck erweckt werden, als ob sie es wären. Die deutsche Politik verfolgt eher den umgekehrten Grundsatz.

Zu den Grundlagen der deutsch-englischen Verständigung gehört auch die Einwilligung Englands, daß wir jede eintretende anständige und solide Möglichkeit, unser Interessengebiet in Afrika zu vergrößern, ohne englische Einsprüche ausnutzen können. Wir haben gesehen, daß es sich hierbei vor allen Dingen um gewisse westafrikanische Gebiete handelt, und zwar für den Fall, daß die Mächte, die sie gegenwärtig besitzen, nicht imstande sein sollten, aus eigener Kraft alle wirtschaftlichen Entwickelungsmöglichkeiten auszunutzen und es daher vorziehen, ein finanziell und politisch für sie vorteilhaftes Arrangement einzugehen. Eine solche Bereitwilligkeit der Beteiligten hätte uns nichts genutzt, solange England dagegen stand. Das ist allem Anscheine nach nicht mehr der Fall. Man kann es niemandem verdenken, wenn er trotz alledem noch ein gewisses Mißtrauen gegen England hegt, wenn er zur Vorsicht mahnt und geneigt ist, die Aufrichtigkeit und den Wert der englischen Zugeständnisse kritisch unter die Lupe zu nehmen. Namentlich ist es nicht sicher, daß keine uns gefährlichen Abmachungen zwischen England und Rußland für den Fall eines deutsch-russischen Krieges bestehen. Man darf aber auf der anderen Seite auch nicht blind gegen wirkliche Vorteile sein und das Erreichte nicht dauernd an Dingen messen, die erfreulich wären, wenn sie erreichbar wären.

V.

Die russische Gefahr.

Kein Urteil über die europäische Politik seit dem Friedensschluß von 1905 zwischen Rußland und Japan kann richtig oder vollständig sein, wenn es nicht in entscheidender Weise berücksichtigt, daß Rußland seitdem mit Energie sein Streben nach einem Besitz am östlichen Gestade des Mittelmeerbeckens wieder aufgenommen hat. Rußland will jetzt entweder nach den Dardanellen oder noch der Südküste von Kleinasien hindurch. Wir erinnern uns an die in anderem Zusammenhang bereits erwähnte Aeußerung einer sehr hohen Persönlichkeit nach dem englisch-russischen Vertrage von 1907: es sei nun eine dauernde russische Aktion in der Richtung auf den Golf von Alexandretta zu erwarten. Diese russische Aktion wurde dadurch stark aufgehalten, daß die Folgen des ostasiatischen Krieges für die Schlagkräftigkeit der russischen Wehrmacht sich als sehr schwer und langwierig herausstellten, und daß außerdem die russischen innerpolitischen Ereignisse des Jahres 1905 in dieselbe Richtung wirkten. 1908 und 1909, bei der Zusammenkunft von Reval und bei der serbisch-bosnischen Krisis, war Rußland zu ernstlichen Handlungen noch nicht fähig und mußte zurückweichen, sobald es sah, daß wir entschlossen waren, in den Balkanfragen auf alle Fälle an der Seite Oesterreich-Ungarns zu stehen.

Die russische Politik hatte sich also überzeugt, daß sie auf dem Wege zu ihrem Ziel im Orient in jedem Falle Deutschland und Oesterreich-Ungarn gemeinschaftlich als Hindernis antreffen würde. Also mußte sie die Ueberwindung des Widerstandes der beiden Dreibundmächte als ihre unmittelbare Aufgabe betrachten. Schon in der Zeit zwischen dem Friedensschluß mit Japan und der Annexion Bosniens durch die Oesterreicher hatte Rußland durch seine Verständigung mit Italien versucht, den Dreibund zu lockern. Gelang es, einen Konflikt zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien zu entzünden, so standen die russischen Chancen in einem Kriege mit Oesterreich und Deutschland um vieles besser, und vielleicht konnte man hoffen, das Ziel am Mittelmeer überhaupt ohne Waffen-

gang auf Tod und Leben zu erreichen. Wir sahen, wie nahe vor einem Zusammenstoß der österreichischen und der italienischen Interessen auf der westlichen Balkan-Halbinsel Anfang 1909 die Dinge standen. Damals und unmittelbar vorher hatte die russisch-italienische Intimität vorübergehend einen sehr gefährlichen Grad erreicht.

Von dem Mißerfolge von 1909 ab trat für die russische Politik ein neues Mittel zur Erreichung des erstrebten Zieles in den Vordergrund: die Einigung der kleinen Balkanstaaten gegen Oesterreich-Ungarn, um den Gegner von dieser Seite her militärisch festzuhalten. Es ist jetzt ja bekannt geworden, daß der Balkanbund zwischen Bulgarien, Serbien, Montenegro und Griechenland ursprünglich garnicht gegen die Türkei, sondern gegen Oesterreich-Ungarn gerichtet war, und ebenso, daß Rußland bei seiner Entstehung Pate gestanden hat. Woher es kam, daß sich das Gewitter zunächst gegen die Türkei entlud, ist eine Sache für sich — jedenfalls hatte Rußland schließlich auch gegen diese Wendung nichts einzuwenden: vorausgesetzt, daß es Protektor des Bundes blieb, daß der Bund zusammenhielt, und daß er sich auch nach der erfolgten Vergrößerung der beteiligten Staaten auf Kosten der Türkei als Mittel gegen Oesterreich verwenden ließ. Dazu schien zunächst gute Aussicht vorhanden zu sein, aber alle russischen Hoffnungen wurden zerstört, als infolge der zu weit getriebenen Ansprüche Bulgariens unmittelbar nach dem Siege über die Türkei der Krieg unter den Verbündeten ausbrach und ein auf lange unheilbarer Riß zwischen den slawischen Völkern auf der Balkan-Halbinsel entstand. Rußland hat alles getan, was es tun konnte, um den zweiten, den inneren Balkankrieg zu verhindern, aber es gelang nicht. Die allgemeine Balkan-Konföderation gegen Oesterreich-Ungarn ist damit für absehbare Zeit begraben, aber zum Ersatz dafür sucht Rußland jetzt mit allen Mitteln Rumänien zu sich hinüberzuziehen. Auf Serbien kann es in einem Kriege mit Oesterreich höchstwahrscheinlich rechnen. Gewänne es auch noch Rumänien, so hätte es militärisch ungefähr dasselbe, was es durch seinen früheren Balkanbund anstrebte: die Festhaltung eines sehr bedeutenden Teiles der österreichisch-ungarischen Armee

im Süden. Politisch müßte Rumänien allerdings große Forderungen stellen: vermutlich nicht weniger, als die Abtretung des größten Teils von Bessarabien mit über einer Million rumänischer Einwohner. Dieser Landstrich gehörte bis 1878 zu Rumänien. Auf dem Berliner Kongreß zwang Rußland Rumänien — als Dank für Rumäniens unschätzbare Kriegshilfe im Türkenkriege — zur Abtretung und gab ihm dafür die wertlose Dobrudscha.

Die Energie des russischen Strebens nach dem Mittelmeer wurde ganz deutlich, als Rußland im Januar 1913 sich anschickte, in das türkische Armenien einzurücken. Dadurch sollte auf die Türken ein Druck in der Richtung ausgeübt werden, daß sie den Friedensbedingungen der Balkanverbündeten nachgaben. Viel mehr als auf die türkische Nachgiebigkeit kam es Rußland aber darauf an, endlich Gelegenheit zu einem entscheidenden Schritt nach vorwärts in der asiatischen Türkei zu bekommen. Die Okkupation Armeniens durch Rußland hätte aber den Anfang vom Ende der Türkei überhaupt bedeutet und konnte daher von uns auf keinen Fall ohne Widerspruch hingenommen werden. Die geographische Lage und die allgemeine physikalische Gestaltung Armeniens sind so eigentümlich, daß die Türkei politisch wie militärisch nicht mehr lebensfähig ist, sobald sie Armenien verliert, und vollends sobald sie es an Rußland verliert.

Der Besitzer Armeniens beherrscht unmittelbar sowohl das östliche Kleinasien als auch das obere Mesopotamien. Armenien ist ein ausgesprochenes Passageland. Zwei große natürliche Straßen führen von Osten nach Westen hindurch. Die nördliche kommt aus Persien, übersteigt das iranisch-armenische Grenzgebirge, geht über Bajasid und Karakilissa nach Erzerum, dem Schlüssel von Kleinasien, und dann weiter durch das Tal des westlichen Euphrat nach Erfingian. Von dort öffnet sich der Zugang zu dem nördlichen Teil des eigentlichen anatolischen Hochlandes. Die zweite Straße kommt aus dem Becken des Sees von Wan, das durch verschiedene Uebergänge mit dem iranischen Hochlande in Verbindung steht, und geht durch das Tal des östlichen Euphrat, über Musch-Palu, nach Charput und Malatia. Diese letzteren Plätze be-

herrschen ihrerseits in ähnlicher Weise die Wege nach dem mittleren und südlichen Anatolien, wie Erzerum und Erfingian die Passage nach dem nördlichen. Womöglich noch dominierender ist die Lage Armeniens nach Süden gegen Mesopotamien zu. Durch die tief eingesenkte Scharte von Bitlis öffnet sich der Weg in das Tigristal und weiter flußabwärts nach Mosul; durch den Paß von Arghana-Maden ein zweiter Taurus-Uebergang von Charput aus nach Diarbekir, das seinerseits die Route südostwärts über Mardin und Nesibin nach Mosul, südwestwärts über Sewerek und Urfa nach dem mittleren Euphrat und Aleppo beherrscht.

Armenien in russischem Besitz würde sofort eine Eisenbahnlinie von Kars über Erzerum nach Erfingian und eine zweite von Eriwan am Westufer des Sees von Wan entlang nach Bitlis, vielleicht mit Abzweigung nach Charput und Malatia, erhalten. Von dem Augenblick an ist Rußland Herr der Wege nach Anatolien und Mesopotamien, ohne selbst innerhalb der natürlichen Festung des Hochlandes von Armenien angreifbar zu sein. Es ist ganz ausgeschlossen, mit einer Armee von Westen oder von Süden her anders nach Armenien hineinzukommen, als indem man eine der genannten Pforten aufsprengt. Eine Flankierung oder Umgehung der russischen Position in Armenien wäre durch die für reguläre Truppenteile unpassierbaren Hochgebirge des Taurus und der pontischen Randketten ausgeschlossen. Rußland ist in Armenien selbst unangreifbar, kann aber jeden ihm günstig erscheinenden Augenblick benutzen, um seinerseits hervorzubrechen. Für eine um Armenien verkleinerte Türkei ist es unmöglich, den nach Westen wie nach Süden gerichteten Ausfallstoren Rußlands militärische Defensivstellungen von ausreichender Stärke entgegenzusetzen. An die Offensive gegen ein russisch gewordenes, mit Festungen und Eisenbahnen ausgestattetes Armenien ist für sie überhaupt nicht zu denken. Wollte man den nicht wünschenswerten und hoffentlich niemals eintretenden Fall setzen, daß etwa einmal die anatolische Halbinsel als türkisches Reststück verbliebe, Mesopotamien bis an den Fuß des Taurus aber englisch würde, so bliebe die russische Stellung natürlich auch diesen beiden Nachbarn gegenüber die ge-

fährlichste, die überhaupt angenommen werden kann. Das ganze Vorderasien vom Persischen Golf bis zum Mittelländischen und bis zum Aegeischen Meer läge vor der russischen Macht da, wie ein beherrschtes Festungsglacis. Man kann sich keine Stellung ausdenken, die formidabler gegenüber ganz Westasien wäre, als die Vereinigung von Armenien, Transkaukasien und Nordpersien in der Hand Rußlands. Soll also die Türkei erhalten bleiben, so muß auch Armenien türkisch bleiben, und weil wir die Türkei stützen müssen, solange eine Möglichkeit dazu besteht, kann nicht zugegeben werden, daß Armenien in die Hand Rußlands fällt.

Als daher Anfang 1913 die russischen Absichten gegen Armenien sich bis unmittelbar vor den Einmarsch verdichteten, blieb der deutschen Regierung nichts übrig, als Rußland zu eröffnen, ein solcher Schritt würde den europäischen Frieden gefährden. Es war insofern eine Wiederholung des Vorganges von 1909, als wir die russische Politik durch die Mitteilung störten, sie würde unter bestimmten Voraussetzungen uns bewaffnet ihren Bestrebungen gegenübersehen. Auch der Erfolg war derselbe. Rußland sah sich noch nicht in der Lage, den Waffengang mit uns und Oesterreich-Ungarn zu wagen, zumal die Kräfte des Balkanbundes durch die Verluste im Krieg gegen die Türkei geschwächt waren — und gab nach. Man kann sich aber denken, daß es nicht mit freundlichen Gefühlen gegen Deutschland geschah. Im Gegenteil: man zog in Rußland aus dem erlittenen Zwang zur Nachgiebigkeit nur die Folgerung, daß noch viel umfassendere Vorbereitungen nötig seien, um den Widerstand von der deutschen und österreichischen Seite her zu brechen. Wie es scheint, wandte man sich mit einer weittragenden Forderung an den französischen Bundesgenossen und verlangte von ihm nichts weniger, als die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit, damit Frankreich durch die Vermehrung seines bewaffneten Friedensstandes auf über 800 000 Mann für den Fall eines Krieges gegen Deutschland gleich für die ersten und, wie man annahm, entscheidenden Kämpfe, noch vor dem Ende der beiderseitigen Mobilisierung, mit Uebermacht auftreten könne. Beachtliche Beweise für diese wichtige Annahme, daß die drei-

jährige Dienstzeit nicht aus freiem Entschluß der Franzosen, sondern auf den entschiedenen Wunsch Rußlands hin wiederhergestellt worden sei, hat Theodor Schiemann mehrfach beigebracht und auch darauf hingewiesen, daß das russische Verlangen in der entschiedensten Form gestellt wurde, so sehr, daß Rußland direkt mit der Kündigung des Bündnisses gedroht haben soll, wenn die Franzosen ihm nicht entsprächen. Rußland verbessert dementsprechend sein strategisches Eisenbahnnetz im Westen, seine Bewaffnung und seine übrigen Vorbereitungen zur Mobilmachung gegen Deutschland bedeutend, und die Franzosen haben sich bereit erklärt, für diesen Zweck eine neue enorme Anleihe, 2½ Milliarden Francs im Laufe von fünf Jahren, zu gewähren.

Diese Vorgänge erst sind es gewesen, die bei uns zu der letzten bedeutenden Heeresvermehrung und zur großartigen Milliardenwehrsteuer geführt haben. Eins wie das andere hätte sich vermeiden lassen, wenn wir den Russen Armenien und mit Armenien mindestens den ganzen Osten Kleinasiens bis ans Mittelmeer preisgegeben hätten. Das politische Bild im türkisch-asiatischen Orient hätte dann etwa folgende Gestalt angenommen. Die Türkei wäre zusammengeschrumpft auf ein kleines Gebiet zu beiden Seiten der Meerengen, in Asien vielleicht bis in die Gegend von Eregli oder von Sinope, Angora und Smyrna. Der russische Besitz hätte sich in breiter Masse durch Armenien, Kurdistan und das ganze östliche Anatolien bis nach Cilicien und den Golf von Alexandretta, Cypern gegenüber, gelagert. Das kleine türkische Gebiet im Westen hätte demgegenüber für sich allein natürlich keine genügende militärisch-politische Widerstandskraft mehr besessen. Mesopotamien, Babylonien, Arabien und Syrien wären von dem türkischen Rest abgeschnitten gewesen und, mit einer Abfindung an Frankreich im mittleren Syrien, an England gefallen. Damit wäre dann auch das anglo-arabische Khalifat mit Kairo, Jerusalem und Mekka unter englischer Herrschaft fertig. Vielleicht hätten auch Deutschland und Italien, wenn sie Wert darauf legten, irgend einen bedeutungslosen Fetzen in Kleinasien erhalten können. Es wird aber keiner weiteren Darlegungen bedürfen, daß mit dem Zusammenbruch und mit der

Verteilung der Türkei bei praktischer Ausschaltung Deutschlands unter jede größere Zukunft der deutschen Politik im ganzen der Schlußstrich gezogen ist. Zwischen der russischen Forderung, das Mittelmeer an der cicilischen Küste zu erreichen — beiläufig bemerkt gerade an der Stelle, wo der eigentliche maritime Anfangspunkt der Bagdadbahn liegt, Alexandretta, und wo die weite Baumwollebene Ciliciens sich ausdehnt — und zwischen dem deutschen Lebensinteresse, das die Erhaltung der Türkei im weitest möglichen räumlichen und zeitlichen Sinne fordert, gibt es unter den gegenwärtigen Verhältnissen Europas keine Vermittelung. Wenn die russische Politik auf ihrem Willen besteht und nicht aufhört, Europa an jeder Stelle, wo sie Ansatzpunkte für ihre Hebel findet, um derartiger Ziele willen in Unruhe zu stürzen, so ist schwer abzusehen, wie das Ganze einen friedlichen Ausgang nehmen soll.

Bereits im Stadium des Balkanbundes mußten die russischen Tendenzen die Bedenken und je länger desto mehr den faktischen Widerstand Englands hervorrufen. Die englische Politik hat sich von jeher durch Scharfblick für die kommenden Dinge ausgezeichnet. Ein Beweis dafür war die Okkupation von Cypern 1878. Damals, auf dem Berliner Kongreß, übernahm England die Garantie des Besitzstandes der Türkei in Asien gemäß ihrem damaligen Umfange und bedang sich dafür aus, daß ihm die Verwaltung (noch nicht das staatsrechtliche Eigentum, wie jetzt) von Cypern übertragen werde. Cypern bildet die Wachtstellung gegenüber der Gefahr, daß die Russen, von Armenien her vordringend, in Cilicien erscheinen. Dieses Ereignis könnte für England nur höchst unangenehm sein, denn wenn auch die russische Flotte schwerlich je auf einen Stand gelangen wird, der es ihr erlaubt, mit den Streitkräften anzubinden, die England für das Mittelmeer und für die Deckung Aegyptens zur See verfügbar hat, so ergäbe doch die Etablierung der russischen Herrschaft auf dem weiten Raum zwischen dem Ararat und dem östlichen Mittelmeer für England eine ganze Reihe gefährlicher Verbindungsmöglichkeiten zu Wasser und zu Lande. Gegenüber dem Vordringen Rußlands auf das Mittelländische Meer hin bildete sich also zwischen der deutschen und der englischen Politik eine

unerwartete Interessengemeinschaft, die durch jene Tatsachen, die wir weiter oben als Gründe für die innere Abwandelung des deutsch-englischen Verhältnisses kennen gelernt hatten, unterstützt wurde.

Wäre es Rußland gelungen, nachdem der Balkanbund unter seiner Führung und Autorität zustande gekommen war und die Türken besiegt waren, ein solches Gleichgewicht der Kräfte zwischen den Balkanstaaten herzustellen, daß für alle Mitglieder auf jeden Fall die Anlehnung an Rußland erstrebenswert blieb, so hätte das eine Festsetzung Rußlands auf indirektem Wege am Aegeischen und damit am Mittelmeer bedeutet. Namentlich wenn die türkisch-bulgarische Grenze in so unmittelbarer Nähe Konstantinopels und der Dardanellen lief, wie ursprünglich vorgesehen war, und wenn Bulgarien mit einem ausgedehnten Küstenstrich Mittelmeermacht wurde, so war es leicht möglich, daß im entscheidenden Augenblick die Sperre des Bosporus und der Dardanellen zu Gunsten Rußlands verschwand. Das war für England, wenn nicht unmittelbar, so doch wegen der damit verbundenen Möglichkeiten und Weiterungen auf jeden Fall unerwünscht. Je deutlicher also das Vordrängen Rußlands zur Ueberwindung des ganzen kleinasiatischen Riegels zwischen dem armenischen Hochlande und den türkischen Meerengen wurde, desto reservierter mußte England gegenüber der russischen Freundschaft sich zeigen, und desto näher mußte es, was die Frage der Erhaltung der Türkei angeht, an die Seite Deutschlands geführt werden.

Vergleichen wir die heutige europäische Lage mit der im Jahre 1908 oder 1909, so sehen wir, daß sich tiefgreifende Aenderungen vollzogen haben. Das Hauptproblem für Europa und vor allen Dingen für Deutschland heißt nicht mehr Deutschland-England, sondern es heißt Rußland-Deutschland. England hat — ob nur vorläufig oder auf die Dauer mag dahingestellt bleiben — die sogenannte Einkreisungspolitik gegen Deutschland aufgegeben. Die Gründe dafür haben wir kennen gelernt: den Tod König Eduards, den Respekt vor der deutschen Flotte, die Besserung des Vertrauens gegenüber den Tendenzen der deutschen Politik, die Steigerung der finanziellen Lasten durch das Wettrüsten mit Deutschland und

die neue soziale Gesetzgebung, endlich die Einsicht, daß Deutschland finanzpolitisch viel stärker ist, als man bisher glaubte. Hierzu aber kam noch die Besorgnis vor der neu erwachten russischen Energie im Orient. Bei der russischen Politik muß gegenwärtig der Hauptschlüssel für das Verständnis der europäischen Konstellation gesucht werden.

Rußland ging 1905 aus dem japanischen Kriege hervor mit einer zur Bedeutungslosigkeit reduzierten Flotte, einer geschwächten, innerlich zerrütteten Armee und höchst bedrängten Finanzen. In den ersten Jahren nach dem Kriege bestand nach außen hin vollkommene Aktionsunfähigkeit, was sich bei den vergeblichen Einschüchterungsversuchen gegenüber Oesterreich-Ungarn und Deutschland während der bosnischen Krisis offenbarte. Die Kosten des unglücklichen Krieges betrugen etwa zweieinhalb Milliarden Rubel, reichlich fünf Milliarden Mark. Dazu kam die enorme Einbuße an Flotten- und Kriegsmaterial aller Art. Schon vor dem Kriege waren die Finanzen nichts weniger als gesund gewesen und der Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr hatte im Durchschnitt der letzten Jahrzehnte nicht hingereicht, um die Last der Zahlungsverpflichtungen an das Ausland auszugleichen. Von den zehn bis fünfzehn Milliarden Mark, die seit dem Beginn der neuen russischen Wirtschaftspolitik unter den Ministern Wyschnegradski und Witte von draußen in Gold nach Rußland gezogen worden waren, befand sich nach einer damaligen Berechnung von maßgebender Stelle nicht einmal mehr die Hälfte in Rußland, als der Krieg ausbrach. Nur fortgesetzte Anleihewirtschaft vermochte die russische Währung aufrechtzuerhalten. 1908 waren die Dinge schon so weit, daß die Regierung ernstlich die Einstellung der Barzahlungen erwog. Man erfuhr das ein Jahr darauf durch die Veröffentlichungen russischer politischer Schriftsteller; vor kurzem ist es auch durch die Geheimdenkschrift des russischen Finanzministeriums von 1913 an die Mitglieder des Reichsrats bestätigt worden, einem Dokument, das sich mit der Lage der russischen Staatsfinanzen und namentlich mit den drohenden Folgen der ungünstigen Zahlungsbilanz beschäftigt. Es ist bisher im ganzen nicht der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht, aber Einzelheiten daraus

sind bekannt geworden. Unter solchen Umständen mußte der Versuch einer gewöhnlichen Bluffpolitik im Frühjahr 1909 scheitern.

Da trat ein besonderes Ereignis in Gestalt der unerhört guten russischen Ernte von 1909 ein, der bis 1912 noch zwei ähnliche folgten. Infolgedessen erreichte oder übertraf der Ausfuhrüberschuß die in Gold zu entrichtenden jährlichen Zahlungen Rußlands an das Ausland. Man berechnet diese auf einen Betrag zwischen 800 bis 850 und 900 Millionen Mark. Der Ausfuhrüberschuß 1909/12 war 930 Millionen Mark jährlich, der für die beiden vorhergehenden Jahrzehnte dahingegen nur 450 Millionen. Für 1913 betrug er etwas über 400 Millionen; für 1914 wird er in der Hauptsache gleichfalls von der Ernte abhängen, aber die Handelsbilanz läßt sich vorläufig ungünstig an. Für die unmittelbare Zukunft stehen also die Entscheidungen der russischen Politik wieder unter dem Druck der auf normalem Wege nicht mehr zu sanierenden finanziellen Verhältnisse, aber während der vier vorhergehenden Jahre hat die Gunst der außerordentlichen Ernten den Russen einen mächtigen politischen Impuls gegeben.

Das äußerte sich vor allen Dingen in der Wiederaufnahme der Orientpolitik. Schon das russisch-englische Abkommen von 1907 richtete den politischen Kurs Rußlands wieder auf die alten Ziele in der Türkei. Man hatte einstweilen auf die Weltpolitik in Ostasien verzichten müssen, man verzichtete zugunsten Englands auf den lange verfolgten Plan, Persien ganz in einen russischen Vasallenstaat umzuwandeln und mit einer Eisenbahn an den Persischen Golf oder den Indischen Ozean zu gelangen. Statt dessen ging man nun mit England den Pakt ein, der die Hoffnung gewährte, bei einer möglichst bald herbeizuführenden Liquidation der Türkei im nahen Orient eine Entschädigung für die Verluste im fernen Osten zu erhalten. Verschiedene Momente wirkten zusammen, um diese neue Tendenz der russischen Politik zu verschärfen. Das erste war der Wunsch nach Wiederherstellung des militärischen Prestiges. Das zweite war der allgemeine Wechsel der Stimmung in den politischen Kreisen und im Volke, der eine Um-

kehr von den ostasiatischen Phantasien zum „Testament Peter des Großen", d. h. zur Angriffspolitik gegen die Türkei, verlangte. Das dritte war der immer heftiger entbrennende Kampf zwischen der innerpolitischen Reaktion und dem Liberalismus. Einflußreiche Kreise innerhalb und außerhalb der Regierung bedauerten, daß man sich von der Revolution hatte einschüchtern lassen und daß die Verfassung vom Oktober 1905 gewährt worden war. Je länger, desto entschiedener versuchen die „echt russischen Leute" die damals erzwungenen Zugeständnisse zurückzurevidieren, aber je schärfer der politische Druck früherer Art wird, desto heftiger regt sich die Opposition von den Radikalen bis in die Reihen der gemäßigten Konservativen. Als bester Ausweg bietet sich die Anfachung der nationalistischen Leidenschaften, sowohl gegen die sogenannten Fremdvölker im Reich, als auch gegen das Ausland. In Verbindung damit wird die panslawistische Idee mit aller Macht in den Vordergrund gerückt — mit dem Erfolg, daß auf dieser Linie in der Tat der größte Teil der Gebildeten und die Masse, soweit sie politischen Gedanken zugänglich ist, sich geeint haben.

Mit ungeheurer Energie drücken jetzt die öffentliche Meinung wie die Regierung gegen den Orient. In der russischen Presse, sogar in amtlichen militärischen Zeitschriften, in Versammlungen bei panslawistischen und sonstigen politischen Banketts wird die These vertreten: der Orient, Konstantinopel, die Meerengen, Kleinasien — dort liegen unsere Ziele, dorthin weisen uns unsere geschichtlichen und nationalen Aufgaben! Auch für die Balkanslawen ist soviel russisches Blut geflossen und soviel russisches Gold ausgegeben, daß wir ein Anrecht auf ihre Führung haben! Wir müssen das auch deshalb, weil wir, einmal im Besitz der Meerengen, eine Deckung für sie brauchen! Oesterreichs und Deutschlands Orientpolitik steht uns im Wege. Oesterreich ist der Feind, der die Balkanslawen für sich unterjochen will, und Deutschland ist sein Verbündeter und Genosse, ja mehr als das, Deutschland ist selbst erfüllt vom „Drang nach Osten". Dort hat es nichts zu suchen, aber trotzdem will es das russische Erbe rauben!

Es ist wirklicher Haß, der jetzt gegen uns in Rußland be-

steht, ein Haß, der sich nicht mehr auf einzelne Kreise beschränkt, sondern fast das ganze russische Volk ergriffen hat. Bei den politisch Wissenden ist er gesteigert durch die wiederholt eingetretene Notwendigkeit, gerade vor Deutschland zurückzuweichen: 1909 und 1913. Mit fieberhaftem Eifer ist während der Jahre seit 1909 nicht nur im allgemeinen zur Wiederherstellung der Wehrmacht, sondern speziell für den Entscheidungskampf um den türkischen Orient gerüstet worden. Die großen Ernten gewährten gleichzeitig die Möglichkeit, nach außen hin wieder den Anschein hervorzurufen, als ob die Finanzlage sich innerlich gefestigt hätte. Nur ganz im stillen, durch kommunale Anleihen, industrielle Anlagen u. dergl. wurde die Goldzufuhr aus dem Auslande unterhalten. Was Staatsanleihen betraf, so gab man sich den Anschein, über solche Schwächen fortan erhaben zu sein. 1913 aber kam der doppelte Schlag: der Zwang, an der türkisch-armenischen Grenze, wo alles schon zum Einrücken fertig war, wieder zu weichen, und der Sturz der Zahlungsbilanz.

Die russische Regierung sieht jetzt ein, daß es nicht möglich sein wird, die Entscheidung lange hinauszuschieben. Als sie daher an das verbündete Frankreich das Ansinnen stellte, zur Erhöhung seiner unmittelbaren Kriegsbereitschaft die dreijährige Dienstzeit einzuführen und Rußland einen weiteren direkten Rüstungskredit von zweieinhalb Milliarden Mark zu eröffnen, war die Antwort auf diese bei uns bekannt gewordenen Pläne unsere letzte Militärvorlage und die Wehrsteuer. Der russische Finanzminister versuchte ursprünglich, das Anleihebedürfnis, statt durch die Rüstungen und durch die Finanznot, durch den Plan großartiger wirtschaftlicher Aufschließungsarbeiten, Eisenbahnen und Bewässerungskanäle im russischen Asien, zu begründen, aber bevor dieser Versuch recht durchgeführt war, mußte die Maske fallen. Große strategische Bahnbauten gegen die deutsche Grenze, Festungswerke, Belagerungsartillerie, Vorbereitungen aller Art für die Mobilmachung und eine ungeheure Erhöhung des Friedensstandes der Armee waren die wirklichen Erfordernisse. Nach den letzten Bewilligungen der Duma wird die russische Friedensstärke sich bis 1916 auf 1,8 Millionen und in den Wintermo-

naten sogar auf 2,2 Millionen Mann erhöhen. Dabei hört natürlich für einen Staat wie Rußland jede Möglichkeit zu geordneter Finanzwirtschaft auf. Rußland wird jetzt auf etwa 170 Millionen Einwohner geschätzt, Deutschland hat nahezu 70 Millionen. Der zweieinhalb mal so starken Bevölkerung Rußlands entspricht also ein mehr als zweieinhalb mal so starkes Friedensheer — aber man muß die verschiedene wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der beiden Nationen in Betracht ziehen. Deutschlands Gesamtaußenhandel hat 1912 über 21 Milliarden Mark betragen, der russische dagegen zwischen 6 und 7 Milliarden, also noch nicht ein Drittel! Auf den Kopf der Einwohnerzahl berechnet, beträgt die steuerliche Leistungsfähigkeit in Rußland nur einen Bruchteil der deutschen. Die ungeheure Militärlast kann also auf die Dauer gar nicht getragen werden, sondern ist nur begreiflich, wenn man sich klar macht, daß Rußland jetzt die Entscheidung bald herbeiführen will.

Die russische Staatsschuld, die vor dem Kriege mit Japan etwas über sechs Milliarden Rubel betrug, ist einschließlich der jetzt von Frankreich erhobenen Rüstungsanleihe, die in mehreren Jahresraten ausgezahlt wird, auf rund zehn Milliarden Rubel gestiegen. Damit ist es ausgeschlossen, daß die Zahlungsverpflichtung an das Ausland je wieder auf die Dauer durch den Ueberschuß der Handelsbilanz gedeckt werden kann. In Rußland weiß man auch das sehr gut; in der Geheimdenkschrift des Finanzministers wird es auch eingestanden. Solange das Ausland borgt, ist alles gut, aber das Ausland ist jetzt, nachdem die Reihe der guten Ernten vorbei ist, schon wieder mißtrauisch gegen die russischen Finanzen geworden. England ist von jeher zurückhaltend gegen russische Anleihewünsche gewesen. In Deutschland fängt man, leider zu spät, zu begreifen an, daß Gelder, die Rußland geliehen werden, zu Rüstungen gegen Deutschland dienen. Anderswo auf der der Welt wird man sich auch nicht mehr dazu hergeben, den russischen Zukunftskrieg zu finanzieren. So bleibt nur Frankreich. Die Franzosen haben nach ihrem eigenen Zugeständnis Rußland staatliche und privatwirtschaftliche Kredite eingeräumt, die zusammen gegen zwanzig Milliarden Francs

betragen. Sie sind damit an Rußlands Schicksal gebunden. Sie sind es aber nicht nur, sondern sie wollen es auch sein, denn Rußland ist ihre einzige Hoffnung für die Revanche. Sie haben geglaubt, uns finanziell totrüsten zu können, und sie sehen jetzt, daß wir auch in dieser Beziehung stärker sind, als sie. Sie haben die dreijährige Dienstzeit auf sich genommen, aber jedermann in Frankreich weiß, daß diese Last nicht dauernd getragen werden kann. Rußland hat die Wahl, entweder zu schlagen, solange sein immenser Goldschatz noch unangetastet ist und seine Zahlungsfähigkeit vor der Welt noch besteht — oder sich zwischen Bankrott und Abrüstung zu entscheiden. Frankreich hat die Wahl, entweder zu schlagen, solange die dreijährige Dienstzeit ertragen wird — oder auf seine mehr als vierzig Jahre lang genährten Hoffnungen zu verzichten. Siegen Rußland und Frankreich, so können beide darauf rechnen, daß der geschlagene Gegner die Kosten trägt. Werden die Russen besiegt, so haben sie einen verlorenen Krieg mehr zu verzeichnen, aber sie sind auch ihre Schulden los, denn die erste Maßnahme des besiegten Rußland wäre der Staatsbankrott. In ihrer jetzigen Lage wird sich eine russische Regierung durch diese Furcht am wenigsten schrecken lassen.

Wir brauchen nicht zu versichern, daß uns die Möglichkeit bewußt ist, wie unerwartete Ereignisse auch noch im letzten Augenblick eine andere Entwicklung der Dinge herbeiführen können. Die Zustände in Rußland sind in innerpolitischer Beziehung so kritisch, daß unterrichtete Leute meinen, die russische Revolution habe noch garnicht stattgefunden, sondern sie stehe erst bevor. Wenn das so ist, so kann aber daraus gerade auch gefolgert werden, daß die maßgebenden Kreise in Rußland lieber erst das Kriegsglück und die Chance eines großen äußeren Erfolges versuchen wollen, als sich der Revolution auszusetzen. Auch in Frankreich gibt es besonnene Stimmen, die zur Vernunft mahnen, aber bisher bedeuteten sie in der Oeffentlichkeit wenig, und vor allen Dingen, was sollen die Franzosen tun, wenn ihnen die Russen die Wahl stellen, ob Frankreich lieber mit ihnen zusammen das Kriegsglück erproben oder den russischen Coupon gekürzt sehen will?

Man hat von sachverständiger Seite bei uns den Zeitpunkt, zu dem Rußland den Stand der militärischen Bereitschaft einigermaßen erreicht haben wird, auf das Jahr 1915 berechnet. Bis dahin können natürlich nicht alle vom russischen Standpunkt aus wünschenswerten strategischen Eisenbahnbauten an der Westgrenze ausgeführt sein, aber gewisse wichtige Voraussetzungen für die Mobilmachung und allgemeine Schlagfertigkeit der Armee können in der Tat bis 1915 wirksam gefördert werden. Kriegsbereitschaft ist überhaupt ein relativer Begriff. Man ist nie vollkommen fertig, denn auch der Gegner arbeitet weiter und seine Fortschritte erfordern immer neue Maßnahmen, um nicht hinter ihm zurückzubleiben. Das gilt auch für das Verhältnis von Deutschland und Rußland. Die geplanten, wie es heißt vom französischen Generalstab besonders gewünschten strategischen Bahnen würden zu ihrer Ausführung mehrere Jahre beanspruchen. Ebenso würde nach dem neuesten Rekrutierungsgesetz die russische Armee erst im Jahre 1916 ihren höchsten Stand erreichen. Das schließt aber nicht aus, daß man, falls die politische Lage im Uebrigen dazu drängt, sich in Rußland auch schon 1915 oder noch früher entschließt, die Waffenentscheidung herbeizuführen.

Die neuesten „Enthüllungen" über die Mängel im französischen Heerwesen, auch wenn sie absichtlich stark unterstrichen und um französischer innerpolitischer Verhältnisse willen in den Vordergrund geschoben sein sollten, wirken ohne Zweifel auf die öffentliche Meinung sowohl in Frankreich als auch in Rußland dämpfend. Das ist für die Erhaltung des Friedens ein Vorteil, aber wir dürfen nicht glauben, daß es sich um Dinge handelt, die Frankreich so schwer behindern würden, wie das vor einigen Jahren bei der französischen Seemacht durch die Unbrauchbarkeit des Pulvers tatsächlich der Fall war. Alles kommt darauf an, ob für die russisch-französischen Interessen oder für die Interessen der russischen Aktionspartei eine Lage eintritt, die unmittelbare Entscheidung verlangt. In dem Falle wird die nicht ganz vollendete Bereitschaft weder in Rußland noch in Frankreich einen absoluten Hinderungsgrund gegen den Krieg abgeben. Ich möchte nochmals betonen, daß die größte Gefahr durch die kritische Lage

der russischen Finanzen gegeben ist. Normaler Voraussicht nach können sie auf friedlichem Wege kaum noch gefunden, es sei denn, daß Rußland von Stund an auf seine Rüstungspolitik verzichtet und alle seine Kräfte den notwendigen inneren Reformen zuwendet. Die Aussicht auf den Staatsbankerott, der anderenfalls unabwendbar ist, wenn keine neue Folge unwahrscheinlicher und unerhörter Ernten kommt und die französischen Kreditnachschüsse nicht ins unendliche hinaus fortgesetzt werden, ist die gefährlichste Ermutigung, ein kriegerisches va banque zu spielen, denn im Falle des Sieges wie der Niederlage winkt die Aussicht auf eine gleich gründliche Erleichterung der Schuldenlast. Im Verein mit der zwingenden Gewalt der erobernd-expansiven russischen Ueberlieferung, des zu nie dagewesener Höhe angeschwollenen Hasses gegen Deutschland-Oesterreich und der zunehmenden Energie der russischen nationalen Willensrichtung gegenüber dem Orient ergibt sich also eine von Rußland her drohende Situation, deren Ernst nicht schwer und nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, und der Friede erscheint alles in allem genommen tatsächlich so schwer bedroht, wie seit langem nicht. Nichts ist natürlicher und notwendiger, als der Entschluß, in dieser Lage auch unsererseits das Aeußerste in der Vorbereitung zu leisten.

VI.

Die Leitgedanken unserer auswärtigen Politik.

Deutsche Politik zu treiben, ist gegenwärtig eine Aufgabe, wie sie schwieriger kaum vorgestellt werden kann. Ueber die Weltwirtschaft sind wir mit unausbleiblicher Notwendigkeit in die Weltpolitik gekommen, ohne Wahl, ob wir uns auf die damit gestellten neuen Aufgaben einlassen wollten oder nicht. Neben uns stehen verschiedene große Nationen mit älteren weltpolitischen Ansprüchen, die unser Aufkommen naturgemäß als Beeinträchtigung ihrer Interessen empfinden. Wie wird

die Entwicklung der Weltvölker neben uns sein? Rußland hatte vor einem halben Jahrhundert ungefähr ebensoviel Einwohner, wie Deutschland heute, etwa 70 Millionen. Seitdem aber hat sich seine Volkszahl verdoppelt und sie wird jetzt etwa auf 170 Millionen berechnet. Die russische Zuwachsrate ist hoch, bedeutend höher als die unsrige, und sie wird noch höher werden, wenn in Rußland mit dem Fortschritt des Gesundheitswesens die Sterbeziffer zu sinken anfängt. Die nächsten zwanzig Jahre werden das russische Volk voraussichtlich bis auf 200 Millionen Menschen bringen. Unzweifelhaft sind Rußlands politische, wirtschaftliche und kulturelle Zustände unsicher, und es ist leicht möglich, daß sie sich in naher Zukunft noch kritischer gestalten. Die russische Aktionskraft würde dadurch zeitweilig eine starke Behinderung erleiden, aber die Vermehrung des Russentums wird unaufhaltsam vorangehen. Mit der Zeit werden die Kräfte des russischen Lebens, sei es auch erst nach Ueberwindung heftiger Zuckungen, doch zu wachsen anfangen. Die russische Landwirtschaft gibt gegenwärtig von der Flächeneinheit nur ein Viertel vom Ertrage der deutschen. Sie wird aber sich vervollkommnen, und selbst wenn sie nur bis zur Hälfte unserer Leistungsfähigkeit gelangt, wird sie imstande sein, eine doppelt so große Bevölkerung zu ernähren, als heute der Fall ist. Dazu kommt die Kolonisation Sibiriens und Turkestans. Wie werden wir in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts dem russischen Dreihundertmillionenreich gegenüber stehen?

Englands Zukunft ist sicher anders geartet, als die Rußlands, aber nicht minder groß. Vermutlich wird sie so fortschreiten, daß sich im Laufe der nächsten Jahrzehnte ein mächtiger, die Erde umspannender Bundesstaat bildet: das englische Mutterland, das die fremdrassigen Kolonien in Asien und Afrika beherrscht; mit Kanada, Australien, Südafrika. Von diesen dreien wird Kanada am schnellsten die Vervielfachung seiner jetzigen Einwohnerzahl erleben. Von Australien glaubte man früher, daß es als ausgesprochenes Trockenland immer nur dünn bevölkert sein werde. Die modernen Fortschritte der Landwirtschaft in regenarmen Ländern eröffnen hier aber den Ausblick in eine weit günstigere Zukunft für

den australischen Kontinent, und die klimatisch bevorzugten Inseln von Neuseeland können allein zwanzig Millionen Menschen ernähren. In Südafrika machen die holländischen Afrikander gegen das englische Element zwar überraschende Fortschritte, aber je unabhängiger die einstigen Buren in ihren inneren Angelegenheiten dastehen, desto eher werden sie geneigt sein, ein mächtiges Glied im englischen Weltbundesreich zu sein und zu bleiben.

Die Vereinigten Staaten von Amerika können eine wirtschaftliche und politische Zukunft erleben, die großartiger ist, als jemand sich heute vorstellen mag: wenn die Amerikaner zukünftig noch ein höheres Staatsgefühl lernen und eine wirkliche Armee aufstellen. Vielleicht werden die Verhältnisse sie dazu erziehen. Auf jeden Fall sind sie ein Weltvolk, dessen natürliches Schwergewicht die zukünftige Entwicklung der Dinge von selber beeinflussen wird.

Zu diesen in riesenhaftem Fortschreiten befindlichen Größen gesellen sich Völker wie die Franzosen, die trotz der elementaren Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen haben, das Aeußerste an ihre weltpolitische Geltung setzen, und die Italiener, die Lust haben, wachsende Ansprüche zu erheben. Russen, Engländer, Amerikaner verfügen diesseits oder jenseits des Meeres über die größten räumlichen Ausdehnungsmöglichkeiten; uns aber fehlen solche von Natur. Das Wort, daß wir bei der Verteilung der Erde zu spät gekommen sind, hat eine furchtbar ernste Bedeutung für uns. Heute können wir uns noch darauf berufen, daß man die Kräfte der Völker nicht nur zählen, sondern auch wägen müsse, aber von einer gewissen Grenze an können Unterschiede der Quantität auch in der Weltpolitik nicht mehr durch Qualitätsleistungen ausgeglichen werden. Die anderen sind imstande, den Bau ihres wirtschaftlichen und nationalpolitischen Daseins auf unermeßlich weit gedehnten äußeren Grundlagen zu errichten; wir aber in unserer gegenwärtigen Lage müssen ihn auf der schmalen Basis unseres Landbesitzes in Europa, der nach allen Seiten durch feste Grenzen eingeschlossen ist, einem Turme gleich höher und immer höher führen. Die Bäume aber und die Türme wachsen nicht bis in den Himmel. Wollen wir uns als Welt-

volk behaupten, so müssen auf die eine oder andere Weise die Grundlagen unserer nationalen Existenz erweitert werden.

Jene viel genannte, nicht entschieden genug abzulehnende Schrift „Deutsche Weltpolitik und kein Krieg" konnte sich, obwohl sie letzten Endes die Ziele einer wirklich deutschen Weltpolitik verneint, doch nicht dem Eindruck der Notwendigkeit entziehen, daß wenigstens ein scheinbares weltpolitisches Ziel aufgestellt werden müsse. Man hat, ob mit Recht oder Unrecht bleibe dahingestellt, dem Verfasser der Broschüre über die konfliktsfreie deutsche Weltpolitik nachgesagt, daß seine Gedanken von hoher Stelle in Deutschland her beeinflußt seien. Mit oder ohne diesen Begleitumstand haben sie jedenfalls den Erfolg gehabt, daß die Mehrheit der denkenden deutschen Auslandspolitiker in unabhängiger Stellung sich gegen eine derartige Beschneidung unserer Ziele ausgesprochen hat. Heute kann man der Schrift eine andere, kräftigere und erfreulichere Stimme entgegensetzen, von der es schon durch innere Gründe nicht nur wahrscheinlich, sondern sicher ist, daß sie aus dem Kreise der berufsmäßig mit unserer auswärtigen Politik beschäftigten Männer stammt. Ich meine das unter dem Pseudonym Ruedorffer erschienene Buch „Grundzüge der Weltpolitik in der Gegenwart". Dieser Herr „Ruedorffer" schreibt, indem er an die Bismarcksche Politik zur Zeit der sogenannten Saturiertheit Deutschlands anknüpft, ausgezeichnete Worte über die beiden bewegenden Prinzipien unseres politischen Handelns, Konzentration und Ausdehnung.

„Bismarck", heißt es, „sah nach dem glücklichen Kriege gegen Frankreich die Hauptaufgabe in der Konsolidierung der errungenen Einheit. Um Frankreichs Blicke von der Rheingrenze abzulenken, begünstigte er, so sehr er konnte, die französische Expansion in Afrika und Asien. Als er gegen Ende seiner Tätigkeit daran ging, einer zukünftigen kolonialen Tätigkeit Deutschlands einige übrig gebliebene Stücke Afrikas zu sichern, vermied er es sorgsam, weiter zu gehen, als das englische Interesse vertragen konnte. Er vermied es, von Deutsch-südwestafrika aus auf das Hinterland der Kapkolonie, das heutige Rhodesien, überzugreifen. Bismarck hielt die deutsche Weltpolitik in den Grenzen, die die Rücksicht auf die Kontinen-

talpolitik nach seiner Ansicht ihr ziehen mußte, stellte die Kontinentalpolitik in jeder Hinsicht über die Weltpolitik und ließ dieser nur zukommen, was jene gestattete.

Das junge Deutsche Reich aber drängte hinaus in die Welt. Die Bevölkerung wächst jährlich um 8—900 000 Menschen, und für diese neuen Massen muß Nahrung, oder was das gleiche ist, Arbeit, gefunden werden. Damit das Land die wachsende Bevölkerung nähren kann, müssen die deutschen Waren steigenden Absatz im Auslande finden. Es müssen immer mehr Waren den Weg über die Grenze finden. Der großartige wirtschaftliche Aufschwung, der der politischen Konsolidierung folgte, ist bekannt. Dank des zähen Fleißes, der Tüchtigkeit, der wissenschaftlichen Bildung, des Lebensdranges des deutschen Volkes gelang es, an Stelle der Menschen die Waren zu exportieren. Die deutsche Wirtschaft umspannt mit ihren Interessen und Leistungen die Welt, sie hat sich in manchen Zweigen einen ersten, in allen einen zweiten oder dritten Platz erobert. Dem wirtschaftlichen Interesse mußte das politische folgen. Die enorme Arbeitsleistung des aufstrebenden Volkes zwingt das junge Reich zur Weltpolitik . . .

Diese Entwicklung der wirtschaftlichen Interessen und der weltpolitischen Empfindungen auf der einen, die Konsequenzen der kontinentalen Situation des Deutschen Reiches auf der andern Seite begründen die Eigenart der politischen Lage des modernen Deutschlands. Deutschland ist ringsum eingeschlossen von Ländern einer entwickelten und alten staatlichen Kultur. Es grenzt an kein Gebiet möglicher kolonialer Expansion. Es liegt in der Mitte der Großmächte. Kein anderer Staat ist in der gleichen Lage. Alle seine Nachbarn haben ein mögliches Expansionsgebiet vor der Türe. Rußland hat Asien, Oesterreich-Ungarn den Balkan, Frankreich und Italien die afrikanische Nordküste, das meerumflossene England die Welt. Alle diese Staaten haben mehr oder weniger nur eine Seite zu verteidigen und die andere frei. Das in der Mitte Europas gelegene Deutschland ist von der politischen Konstellation Europas abhängiger als seine Nachbarn. Es ist schwerer gegen

feindliche Bündnisse zu sichern und bedarf zu solcher Sicherung einen größeren Aufwand an diplomatischen oder militärischen Machtmitteln. Auf der Erkenntnis dieser Lage beruht die Politik Bismarcks, die, im wesentlichen Kontinentalpolitik, den Notwendigkeiten dieser Kontinentalpolitik die Wünschbarkeiten der Weltpolitik unterordnete. Es ist offenbar, daß bei allen afrikanischen, türkischen, persischen, chinesischen Unternehmungen die deutsche Politik sich zunächst zu fragen hat, welche Rückwirkungen ein derartiges Eingreifen Deutschlands auf die Konstellation des europäischen Kontinents ausüben muß. Sie wird, wenn sie in der europäischen Türkei, in Persien oder in China russischen Interessen begegnet, Rußland noch enger an die Seite des unwandelbar feindlichen Frankreich heften, und wenn sie in Mesopotamien ein englisches Interessengebiet antastet, England auf die Seite der Gegner treten sehen. In der Tat haben die ersten weltpolitischen Unternehmungen Deutschlands derartige Wirkungen gehabt. Die deutsche Orientpolitik, die durch das Bagdadunternehmen eingeleitet wurde, hat Russen und Engländern einen möglichen gemeinsamen Gegner gezeigt und zu ihrer Verständigung manches beigetragen, weswegen denn auch viele deutsche Diplomaten kontinentaler Denkart dieses Unternehmen aus Gründen politischer Taktik für durchaus verfehlt erklärten . . ."

Ruedorffer stellt fest, daß unser erstes Abweichen von der Traditon Bismarcks gegenüber dem kolonialen Ausdehnungsbedürfnis der Franzosen 1904 in Marokko, trotz mancher Nebenmomente und Nebenabsichten, über die historisch noch nicht einwandfrei geurteilt werden kann, doch grundsätzlich als Ausdruck und Anerkennung der Einsicht verstanden werden muß, unsere eigene Entwicklung erlaube es uns nicht mehr, zukunftsreiche überseeische Länder ohne weiteres unter fremden Einfluß fallen zu lassen. Das soll natürlich nicht heißen, daß wir von 1904 an den Plan verfolgt hätten, uns Marokko ganz oder teilweise anzueignen, wohl aber, daß die weltpolitischen Interessen in Konflikt mit den althergebrachten kontinentalpolitischen Rücksichten zu geraten anfingen. Zugrunde liegt dabei natürlich der ausgesprochene oder unausgesprochene

Gedanke der Kompensation. Es ist nicht nötig, dem Konkurrenten jedesmal das Stück fortnehmen zu wollen, daß jener begehrt, aber es wird Grundsatz, daß die Vergrößerung der überseeischen Machtsphäre einer anderen Nation nur unter der Voraussetzung als gefahrlos für uns hingenommen werden kann, daß uns gleichfalls ein ähnlicher Wert zuwächst.

Nichts ist lehrreicher, als die Schwierigkeiten der deutschen Marokkopolitik von der Algeciras-Konferenz 1906 bis zum Marokko-Kongo-Vertrag mit Frankreich von 1911. Frankreich ging mit klarem Bewußtsein darauf aus, die Akte von Algeciras praktisch gegenstandslos zu machen, indem es die Unabhängigkeit Marokkos allmählich unterhöhlte. Ruedorffer schreibt: „Deutschland hatte Handhaben genug, auf Grund der internationalen Akte gegen dieses Vorgehen einzuschreiten. So oft es dies indes tun wollte, sah es sich einer Gruppierung der Mächte gegenüber, in deren Schutz die französische Politik sich sicher glaubte und zu keinem Nachgeben bereit war. Ja, jede deutsche Aktion mußte diese Gruppierung enger zusammenschließen. Die sogenannte Einkreisungspolitik Eduards VII. hat sich an der marokkanischen Frage herangebildet und bewährt. Die Geringfügigkeit der einzelnen Verstöße Frankreichs gegen die Algecirasakte machte es der deutschen Politik praktisch unmöglich, von dem Argument des Schwertes Gebrauch zu machen. So war die deutsche Politik in der marokkanischen Frage durch eine europäische Konstellation, welche sich an dieser Frage gebildet hatte, lahm gelegt und hatte die Folge dieser Konstellation auch in anderem, als der marokkanischen Frage zu spüren. In diesem Zusammenhang zwischen Welt- und Kontinentalpolitik liegt, wenn man so will, der Circulus Vitiosus der auswärtigen Politik des Deutschen Reichs. Weltpolitische Unternehmungen haben Rückwirkungen auf die Kontinentalpolitik, unter deren Einfluß das Deutsche Reich sich weltpolitisch beschränken muß."

Bleibt es nun, darf es nun bei der einfachen Feststellung dieser widerspruchvollen Schwierigkeit und beim unentschlossenen Lavieren zwischen Welt- und Kontinentalpolitik bleiben? Wir antworten, den wachsenden politischen Lebensinteressen

Deutschlands entsprechend: Nein, auf keinen Fall! Wir erinnern uns des alten Bremer Spruches: Navigare necesse est, vivere non est necesse — Seefahren ist nötig, Leben nicht. Daher heißt es auch bei Ruedorffer: Weltpolitik muß getrieben werden! Die wirtschaftliche Expansion und der Lebenswille des Volkes drängen hinaus. Die deutsche Politik muß dem Circulus Vitiosus entrinnen. Die Aufgabe, die diese Situation stellt, ist das eigentliche Problem der auswärtigen Politik des deutschen Reichs. Alles was geschieht, läßt sich als Versuch ihrer Lösung auffassen. Es ist klar, daß die weltpolitische Bewegungsfreiheit des deutschen Reichs desto größer ist, je unabhängiger von der Konstellation der Mächte seine kontinentale Stellung ist. Daher gilt es zunächst, daß deutsche Reich von dem „cauchemar des coalitions", dem Alpdruck der gegnerischen Bündnisse, zu befreien, der Bismarck bedrückte. Daher ist das erste Erfordernis der deutschen Weltpolitik, daß Deutschland auf dem Kontinent so stark ist, daß jeder möglichen Konstellation gegenüber die Chancen des Sieges auf seiner Seite sind. Nur dann wird es bei weltpolitischen Unternehmungen die Rückwirkungen auf die kontinentale Konstellation auf sich nehmen können. Ja, diese Rückwirkungen werden ausbleiben, sobald man sieht, daß Deutschland auf dem Kontinent mit Aussicht auf Erfolg auch durch Zusammenschluß seiner weltpolitischen Gegner nicht angreifbar ist. Die Entscheidung über die deutsche Weltpolitik fällt auf dem Kontinent. Die deutsche öffentliche Meinung hat diesen Zusammenhang zwischen der militärischen Stellung Deutschlands auf dem Kontinent und seiner weltpolitischen Bewegungsfreiheit noch nicht durchweg begriffen. Ihr scheint die Flotte das erste Instrument der Weltpolitik. Und gerade weil die politische Sehnsucht der Nation weltpolitisch gerichtet ist, ist die Flotte in dem heutigen Deutschland populärer als das Heer."

Diese letztere Bemerkung ist richtig, aber ebenso richtig ist, daß wir England ohne den Flottenbau nie zu seiner jetzigen Haltung hätten bringen können. Ein gewisses Einverständnis mit England müssen wir unter allen Umständen als eins der

vornehmsten Ziele unserer Politik erstreben, aber wenn wir nicht eine Flotte besitzen, die so stark ist, daß ihre Gegnerschaft im Kriege für England selbst im Fall des endlichen Sieges doch die Gefahr des Verlustes der Seeherrschaft bedeutet, so wird auf der englischen Seite immer von neuem die Versuchung auftauchen, an die Stelle eines Verhältnisses gegenseitiger Rücksichtnahme Deutschland gegenüber das Verlangen der Nachgiebigkeit für alle englischen Bedürfnisse und Wünsche zu setzen.

Wir haben im vorigen Kapitel gesehen, wie sich aus der Behinderung des russischen Orientverlangens durch die Notwendigkeit einer die Türkei erhaltenden deutschen Politik und aus der französischen Revancheidee eine immer höhere Steigerung der militärischen und finanziellen Anstrengungen der beiden Zweibundgenossen ergab; wir aber daraufhin zu der jüngsten Heeresverstärkung und der großen Wehrsteuer uns genötigt sahen. Man kann schon jetzt mit Sicherheit sagen, daß, wenn nicht schon vorher ein gewaltsamer Ausbruch der europäischen Spannung erfolgt, auch der nächste und vorläufig letzte Schritt, die Heranziehung der alljährlich noch überschüssig und unausgebildet vorhandenen, der Rekrutierung nicht unterworfenen 40 000 jungen Leute, uns nicht erspart bleiben wird. Die Kosten dafür werden nicht gering sein, zirka hundert Millionen jährlich und entsprechende einmalige Ausgaben, aber in einer Lage, die so gefährdet ist, wie die unsrige, können Rücksichten derart keine Rolle spielen. Man sieht ja deutlich, daß wir es finanziell länger aushalten können, als die Franzosen und selbst als die Engländer; von den Russen, die nur durch den französischen Kredit existieren, gar nicht erst zu reden. Die Mittel für die 40 000 werden sich finden, weil sie sich finden müssen. Mit all diesen Opfern, den bereits gebrachten und den unmittelbar bevorstehenden, haben wir aber endlich den entscheidenden Schritt zu einer solchen Festigung unserer kontinentalen Stellung getan, daß wir unsere Stärke in Europa als ausreichende Grundlage zur weltpolitischen Bewegungsfreiheit betrachten können. Die krampfhaften Anstrengungen der Franzosen, die unwiderleglich am Ende ihrer Kräfte sind und nicht einmal mehr daran denken können, das Maß ihrer jetzigen Anstrengun-

gen dauernd voll zu halten, zeigen deutlich, daß wir schon so gut wie gewonnenes Spiel haben und weder militärisch noch finanzpolitisch lahmgelegt, „totgerüstet", werden können. Damit muß sich auch, sagt Ruedorffer treffend, sofern Vernunft und Einsicht in die reale Lage die menschlichen Handlungen bestimmen, die Stellung unserer Gegner zu unseren weltpolitischen Unternehmungen und Absichten ändern. Der Verlauf der Marokkofrage hat noch gezeigt, daß nur mit einem sehr starken Aufwand an Mühe und an diplomatischen Mitteln und mit einem nicht unbedeutenden politischen Risiko eine leidliche Abwickelung unseres Engagements erreicht werden konnte. „Diese Schwierigkeiten entspringen in einer geographischen Situation, welche große Kräfte fesselt und die Bewegungsfreiheit hemmt, daher denn Deutschland, um Weltpolitik treiben zu können, einer ungeheuren Entfaltung realer Machtmittel bedarf." Das bedeutet in der Tat: den innersten Kern des Problems der deutschen Weltpolitik erfassen. Aus dem Einsehen aber muß sich die Entschlossenheit des Folgerns ergeben.

Alle Kritik an unseren bisherigen Maßnahmen und Erfolgen weltpolitischer Natur muß darauf Rücksicht nehmen, daß, je stärker wir weltpolitisch arbeiten, desto kräftigere koalitionsbildende Bedingungen im übrigen Europa hervorgerufen werden. Wenn man das zugibt, so folgt daraus, daß die Behauptung falsch ist, es seien bereits große Gelegenheiten versäumt worden, um Deutschland weltpolitisch in den Sattel zu heben. Wir sind bisher noch gar nicht so stark gewesen, weder zu Lande noch zu Wasser noch insgesamt, um es gegenüber allen vorhandenen und möglichen Koalitionen auf Biegen oder Brechen ankommen zu lassen. Erst jetzt, wo das Flottengesetz zwar immer noch nicht ganz, aber doch annähernd seine beabsichtigte Wirkung zu äußern beginnt, wo die Opfer für die Wehrsteuer und die letzte große Heeresverstärkung gebracht sind und an den entscheidenden Stellen auch die Entschlossenheit zur baldigen vollen Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht bis auf den Rest besteht, kann man beginnen, Früchte der Konzentrationspolitik zu erwarten. Wir müssen begreifen, daß wir eben erst anfangen, stark genug zur

Weltpolitik zu werden und daß es Anfangserfolge sind, die bisher erreicht sind und mit denen zunächst allein weiter gerechnet werden darf. Die Politik ist ein menschliches Handwerk und daher menschlichen Fehlern unterworfen. Auch bei uns sind Fehler gemacht worden, aber reicht wohl etwas von dem, was auf dieses Konto geschrieben werden muß, an die beiden Fehler der englischen Politik heran: die Abtretung von Helgoland und den Dreadnoughtbau? Trotzdem steht England machtvoll da. Es sind überhaupt nicht die einzelnen Fehler, die eine Politik schlecht machen, sondern das tut immer nur die Unsicherheit beim Verfolgen des Ziels, in der Abschätzung der eigenen und der fremden Machtmittel und in der Erkenntnis des Moments, der die entscheidenden Entschlüsse fordert.

Es kann sein, daß, indem diese Zeilen geschrieben werden, eben der Moment, von dem wir hier reden, sich naht. Auch wir haben von Anfang an die Politik verfolgt, gegnerischen Koalitionen durch ein eigenes Bündnissystem im voraus zu begegnen. Bündnisse aber, sagt Bismarck, sind nur dann im kritischen Moment haltbar, wenn sie dem beiderseitigen Bedürfnis entsprechen. Wenn es sich um Entscheidungen auf Tod und Leben handelt, so können verbündete Staaten trotz aller verbrieften und besiegelten Verträge nur dann bis aufs Letzte für einander eintreten, wenn ihre Geschicke gleichmäßig und in derselben Richtung von dem zu fassenden Entschlusse abhängen. Wir stehen mit Oesterreich-Ungarn seit lange in enger Bundesgenossenschaft, aber gerade damals, als es sich um die Schaffung dieses Bündnisses handelte, war sein Schöpfer, Bismarck, wie in den „Gedanken und Erinnerungen" zu lesen steht, sich auch im Klaren darüber, daß geschriebene Verträge außerdem noch des „haltbaren Unterfutters" der Interessengemeinschaft bedürfen. Es hat daher von der Entstehung des Dreibundes an, zu dem sich unser Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn bald erweiterte, herüber und hinüber nicht an gelegentlichen Winken gefehlt, durch die sich die Bundesgenossen an die Grenzen des Gebietes ihrer politischen Gemeinbürgschaften erinnerten. Noch Bismarck hat deutlich genug davon gesprochen, die österreichische Politik dürfe nicht in die Ver-

suchung geführt werden, ihre Sonderinteressen im Orient auf unsere Kosten den wirklichen Unterlagen des Bündnisses zu substituieren. Jetzt aber hat die politische Lage eine solche Gestalt angenommen, daß für Deutschland wie für Oesterreich-Ungarn die Notwendigkeit vorliegt, im beiderseitigen staatlichen Lebensinteresse sich in der schicksalsschweren Frage, ob der Friede noch erhalten werden kann oder nicht, einheitlich zu entscheiden.

Die serbische Untat hat sowohl an sich als auch durch ihre Vorgeschichte innerhalb wie außerhalb Oesterreich-Ungarns offenbart, daß die Grundlagen der staatlichen Existenz der Monarchie jetzt bedroht sind. Wenn Oesterreich-Ungarn keinen Weg findet, auf dem es der allserbischen Bewegung für immer ein Ende machen kann, so wird die unabwendbare Folge die sein, daß die nationalpolitische Zersetzung des Staates nicht länger aufgehalten werden kann. Ereignisse, wie der Mord von Serajewo zeigen deutlich, daß die Dinge schon bis zum äußersten gekommen sind. Daß die Verschwörung von Serbien ausging, daß sie innerhalb des österreichischen Serbentums Boden fand und daß sie direkt auf die Zertrümmerung Oesterreich-Ungarns abzielte, liegt klar zutage. Findet sie nach innen und außen nicht eine so kräftige Sühne, daß der allserbische Gedanke für immer das Wiederkommen vergißt und alle übrigen hochverräterisch-nationalistischen Bewegungen in der Monarchie vorweg ihre Lehre daraus nehmen, dann wird das Ende unseres Nachbarn nicht mehr weit sein.

Für die deutsche Politik ist damit ein vollkommen klarer Weg gewiesen. Zerfällt der Habsburgische Staat, so bekommen wir in Kürze den ganzen ungeheuren Druck des Slaventums unter russischer Führung allein auszuhalten. Indem wir Oesterreich stützen und ermutigen, sorgen wir für die Sicherheit unserer eigenen Existenz. Es muß dafür gesorgt werden, daß Serbien die Fähigkeit, schaden zu können, verliert. Will Rußland sich einmischen und der österreichischen Exekution gegen Serbien in den Arm fallen, so müssen Oesterreich und wir miteinander die notwendigen Konsequenzen daraus ziehen, auch wenn es die äußersten sein sollten. Oesterreich-Ungarn als Großmacht muß erhalten bleiben.

Wohl möglich, daß wir dann den großen Zweifrontenkrieg bekommen, möglich selbst, daß wir England trotz aller bisherigen Fortschritte der „Verständigung" gleich anfangs oder später auf der gegnerischen Seite sehen. Es geht dann eben nicht anders und es muß durchgehalten werden bis zum Sieg oder bis zum bittern Ende. Oesterreich jetzt aufgeben, heißt den vielleicht entscheidenden Rückhalt für den Kampf, der uns hernach doch nicht erspart bleibt, selbst zerstören. England wird, wenn sich der Friede nicht erhalten läßt, weder uns, noch Rußland-Frankreich den Sieg gönnen und seine Früchte pflücken lassen wollen. Rücksichten auf unserer Seite kann es aber dann auch nicht mehr geben.

Für Italien handelt es sich bei einem Kriege, den es als Glied des Dreibundes führt, um den größten Preis: Tunis und Algier. Die Italiener verlieren jährlich Hunderttausende von Auswanderern nach Nord- und Südamerika. In einem oder in zwei Jahrzehnten können sie statt dessen das heutige französische Nordafrika mit einer Millionenbevölkerung kolonisieren und zu einem zweiten, zu einem Italien jenseits des Meeres gestalten. **Dann wird Italien Weltmacht.**

Gegen Rußland weiter muß Polen wieder ins Leben gerufen werden. Der russische Koloß mit seinen 170 Millionen Menschen bedarf überhaupt im Interesse der Sicherheit Europas einer Teilung, weil die russische Politik dauernd den Frieden des Erdteils und den Bestand der beiden europäischen Zentralmächte Deutschland und Oesterreich-Ungarn gefährdet. Rußland und Frankreich sollten es sich also überlegen, bevor sie die Entscheidung auf Leben und Tod herausfordern. Auch wir sind uns ihrer Schwere bewußt, aber wir fürchten sie nicht, denn wir kennen unsere Stärke, und wir wissen, daß es sich um einen Waffengang handelt, der doch nicht vermieden, sondern höchstens aufgeschoben werden kann. **Eine Stunde aber, wo die Kräfte Deutschlands und seiner Gegner günstiger für uns verteilt wären als heute, wird schwerlich je wiederkommen!**

VII.

Der deutsche Krieg.

Die letzten Worte des vorigen Kapitels wurden geschrieben, als sich nach der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand der erste Schatten der Kriegsgefahr über Europa legte. Auch bei etwas näherer Kenntnis des Ernstes der Lage schon vor dem österreichischen Ultimatum, als die weitere Oeffentlichkeit sie besaß, schien es kaum möglich, zu hoffen, daß die Gegner Deutschlands jetzt schon den Mut finden würden, den Angriff auf uns zu unternehmen, den sie etwa für 1916 planten. An der Tatsache des russisch-französischen Angriffsbündnisses gegen Deutschland war mindestens seit 1912—13, seit die wahnsinnigen russischen Rüstungen einsetzten und die dreijährige Dienstzeit in Frankreich verwirklicht wurde, kein Zweifel mehr — wie ich im sechsten Kapitel überzeugend dargetan zu haben glaube. Die beiden großen Fragen, die beantwortet werden müßten, um den Ausbruch des Krieges im Sommer 1914 statt im Frühjahr 1916 zu erklären, sind die: Warum haben Rußland und Frankreich, von denen das eine mit den strategischen Bahnen im Westen, das andere mit der Umbewaffnung und Ausrüstung seines Heeres noch nicht fertig war, trotzdem losgeschlagen? Warum hat England, obwohl es sicher durch einen scharfen Druck in Petersburg und Paris den Frieden hätte vorläufig erzwingen können, darauf verzichtet und sich sofort an die Seite der beiden Kriegsmächte gegen uns gestellt?

Für uns, d. h. für Deutschland und Oesterreich-Ungarn, bestand die Hauptsorge diesmal darin, daß wir durch eine vorübergehende und scheinbare Nachgiebigkeit Rußlands mora-

lisch gezwungen werden konnten, zu warten bis Rußland und Frankreich wirklich bereit waren. Für unsere Gegner wäre der Anfang des übernächsten Jahres günstig gewesen, zumal wir gegen Ende des Winters unsere Ernte zum größten Teil verzehrt gehabt hätten und die Schlagfähigkeit der Flotte durch die unfertige Ausbildung des im Oktober eingestellten dritten Jahrgangs beeinträchtigt gewesen wäre. Man wird die Erklärung vorläufig kaum wo anders suchen können, als darin, daß die russische Regierung sich nicht stark genug fühlte, Serbiens wegen den tobenden Forderungen des Panslawismus und gleichzeitig der Revolutionsgefahr im Innern Widerstand zu leisten. Wenn der Zar und seine Minister Serbien preisgaben oder auch nur preiszugeben schienen, so spielten sie der großfürstlich-panslawistischen Kriegspartei gegenüber um Kopf und Kragen. Vermutlich also haben sie den Franzosen und Engländern erklärt: wir wollen und müssen den Krieg jetzt führen. Frankreich war damit ohne weiteres zum Mitgehen gezwungen. Wie es scheint, ist diese Erklärung Rußlands schon gleich nach dem Mord von Serajewo erfolgt. Man wird in Rußland nur zu gut gewußt haben, was bei der Untersuchung der nach Serbien führenden Fäden herauskommen würde, und man wird von vornherein für möglich gehalten haben, daß diesmal Oesterreich, gedeckt durch Deutschland, sich entschloß, um sein Leben zu kämpfen.

Oesterreich mußte das tun, wenn es sich nicht freiwillig zu politischem Selbstmord verurteilen lassen wollte. Blieb Serbien ungestraft und wurde es nicht gezwungen, wirksame Garantien für das Ende der Unterminierungsarbeit in Oesterreich-Ungarn zu geben, so wäre das Habsburgische Staatswesen nach dem Tode des alten Kaisers Franz Josef schwerlich länger zusammenzuhalten gewesen. Auf der andern Seite hätte nur eine starke und ihrer selbst sichere russische Regierung das Wagestück nach innen begehen können, Serbien von den Oesterreichern militärisch niederwerfen zu lassen und doch unbeirrt für die Entscheidung gegen Oesterreich-Ungarn und Deutschland weiter zu rüsten. Wie unmöglich es war, die Leidenschaften in Rußland zu bändigen, beweist ja die Tatsache, daß, trotzdem Kaiser Wilhelm sich entschloß, noch in allerletzter Stunde der öster-

reichischen Regierung das Aeußerste zu empfehlen, nämlich nur Belgrad und einen Teil von Nordserbien zu besetzen und danach über das Weitere mit Rußland zu verhandeln, die russische Gesamtmobilmachung nicht mehr aufgehalten werden konnte. Der beste Kopf im russischen Ministerrat, der alte Landwirtschaftsminister Kriwoschejin, hatte allein den Mut, sich dem Kriege zu widersetzen. Der Kriegsminister soll zwar kriegslustig, aber nicht recht kriegssicher gewesen sein. Trotzdem siegte die Kriegspartei unter dem Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch. Man kann das nur durch den bekannten russischen Stimmungsrausch erklären, der für Rußland schon mehr als einmal in entscheidenden Momenten gefährlich geworden ist; außerdem natürlich durch Ueberschätzung der französischen und Unterschätzung der deutschen Kriegsbereitschaft. Die unwahren Versicherungen des Zaren und seiner obersten militärischen Berater auf Fürsten- und Ehrenwort wegen der russischen Vorbereitungen zum Kriege sollten dann dazu dienen, ein paar Tage Vorsprung vor der gefürchteten Schnelligkeit der deutschen Mobilmachung zu gewinnen.

Schwer zu begreifen ist die Haltung Englands. Wenn man die verschiedenen bisher erkennbaren Maßnahmen der englischen Politik von der Kriegserklärung an rückwärts verfolgt, so erklären sie sich am ehesten dadurch, daß gleich nach dem Mord von Serajewo die Kriegsgefahr und die Beteiligung Englands am Bunde gegen Deutschland als praktisch bevorstehend angesehen wurden. England wurde durch den russischen Entschluß zum Kriege vor eine der schwersten und verantwortlichsten Entscheidungen gestellt, die seiner Politik überhaupt erwachsen konnten. Ohne Zweifel betrieb die englische Regierung den sogenannten Ausgleich mit Deutschland immer mit der Maßgabe, daß eine kriegerische Verwicklung Deutschlands, vor allen Dingen ein russisch-französischer Angriff auf uns, in jedem Falle den englischen Interessen dienen und dementsprechend benutzt werden mußte. Es fragt sich nur, ob alles Entgegenkommen Englands in der Bagdadbahnfrage und in Afrika tatsächlich nur eine Maske für den zusammen mit Rußland und Frankreich von langer Hand her geplanten Ueberfall auf uns hat sein sollen, oder ob der Entschluß, jetzt mit

gegen Deutschland zu gehen, erst durch den Willen Rußlands, den Krieg zu führen und Frankreich mit hineinzureißen, erzeugt worden ist.

Jetzt, wo sich alles gewandelt hat, kann man ja ruhig sagen, daß die Verträge mit England über die Abgrenzung unserer Interessengebiete im Orient und in Afrika fertig und unterschrieben waren, und daß nur noch um ihre Veröffentlichung verhandelt wurde. In Afrika war uns die englische Politik überraschend weit entgegengekommen. In der Türkei war nicht nur in der Bagdadbahnfrage dem deutschen Standpunkt weitgehend Rechnung getragen, sondern auch die damit zusammenhängenden Angelegenheiten, die Ausbeutung der mesopotamischen Petroleumfelder und die Tigris-Schiffahrt, die England schon ganz allein in Besitz gehabt hatte, waren unter deutscher Beteiligung geregelt. Darnach hatte es den Anschein, als ob England sich mit dem Gedanken abgefunden hatte, sowohl in den afrikanischen Tropen, als auch im türkischen Orient den allgemeinen Wettbewerb Deutschlands auf breiterer Grundlage als bisher neben sich anzuerkennen. Der eigentliche psychologische Grund lag in dem allmählichen Zurücktreten der englischen Besorgnis vor den fälschlich gearg-wöhnten deutschen Angriffsplänen. Es ist eine alte, aber nur zu oft vergessene politische Einsicht, daß in der internationalen Politik nicht so sehr die wirklichen Ziele der Regierungen und Nationen maßgebend für das gegenseitige Verhältnis sind, sondern die Meinungen, die der eine Teil über die Absichten des andern hat. Die englische Meinung war jahrelang die, daß Deutschland den Angriff auf England vorbereite, aber dieser Verdacht begann von der Marokkokrisis an sich etwas zu legen.

Die zunehmende Aktivität Rußlands in den Balkan- und Orientfragen war für England unbequem, so daß vom Beginn der ersten Balkankrisis an die englische Politik öfters mit der deutschen parallel ging, mitunter sogar direkt zusammenarbeitete, um es nicht bis zum Vordringen Rußlands ans Mittelmeer in dieser oder jener Form kommen zu lassen. Rußland aber konnte sich, nachdem seine Versuche am Balkan und gegen die asiatische Türkei wiederholt gescheitert waren —

und zwar keineswegs nur durch die Festigkeit Deutschlands, sondern auch durch das Mißvergnügen Englands an einer russischen Mittelmeerpolitik — nach der Untat von Serajewo innerlich nicht länger halten. Brach nun der Zweibundkrieg gegen Deutschland doch aus, gleichgültig, ob vom englischen Standpunkt aus nur verfrüht oder überhaupt nicht mit angezettelt, so mußte sich England entscheiden.

Das Ergebnis, wenn England neutral blieb, konnte leicht die vollkommene Niederwerfung Frankreichs und die siegreiche Zurückweisung des russischen Angriffs sein. Damit ist aber unweigerlich auch der finanzielle Zusammenbruch Rußlands gegeben und die Unmöglichkeit, den Krieg gegen Deutschland sofort oder in näherer Zukunft zu erneuern. Sobald man sich auf den englischen Standpunkt stellt, so fällt es nicht schwer, die für England unangenehmen, ja gefährlichen Züge einer solchen Zukunft zu erkennen. Es ist für England ganz etwas anderes, mit einem Deutschland zu verhandeln, und sich zu vertragen, einem Deutschland Zugeständnisse im Orient und in Afrika einzuräumen, das nach der russischen wie nach der französischen Seite hin unter dem Druck seiner eingeschlossenen kontinentalen Lage steht — oder mit einem Deutschland zu tun zu haben, das weder auf Rußland noch auf Frankreich Rücksichten zu nehmen braucht. Man verstehe recht: wir argumentieren nicht vom deutschen, sondern vom englischen Standpunkt aus. Wer in aller Welt sollte Deutschland hindern, nachdem es im Bunde mit Oesterreich-Ungarn die Russen und die Franzosen besiegt hatte, mit dem Gelde der französischen Kriegsentschädigung und im Feuer des allgemeinen nationalen Aufschwungs nach dem Siege eine Flotte zu bauen, die der englischen vollkommen gewachsen war? Wer sollte Italien hindern, wenn es als aktiver Bundesgenosse beim Dreibund blieb und Frankreich mit niederringen half, das französische Nordafrika für sich zu nehmen und das Mittelmeer zu einer italienischen See zu machen? Italien im Besitz von Tunis und Sizilien vermöchte, sobald es will, die Passage zwischen Gibraltar und Suez derart zu unterbinden, daß kein Schiff gegen den italienischen Willen hindurchpassieren könnte.

Wir dürfen uns also nicht darüber täuschen, daß es sich für England keineswegs einfach um die Frage: neutral oder nicht neutral gehandelt hat, sondern um die viel weitergehende: in Zukunft möglicher, ja wahrscheinlicher Weise einem neuen Deutschland gegenüberzustehen, das imstande sein würde, vielleicht die Ueberlegenheit über England zu erwerben.

Es ist natürlich keine Frage, daß es für die englische Politik, falls sie bereit war, von vornherein auf die Basis einer gewissen deutsch-englischen Machtverschiebung nach dem Kriege zu treten, Möglichkeiten genug gab, von unserer Seite Garantien dafür zu erlangen, daß die Interessen Englands in einer Anzahl entscheidender Punkte gewahrt blieben. Trotzdem wäre der Entschluß für eine so selbstbewußte Nation und Regierung wie die Englands nicht leicht gewesen. Man ist denn auch nicht bis zu ihm hindurchgedrungen, sondern hat einen andern Weg vorgezogen, indem man Neutralität anbot für den Fall, daß Deutschland im Kriege mit Frankreich freiwillig auf eine starke militärische Selbstbehinderung einging, und zwar eine doppelte. Die erstere sollte darin bestehen, daß wir keine Angriffe auf die Küsten Frankreichs an der Nordsee, am Kanal und am Atlantischen Ozean machten, so daß die Franzosen ihre ganze Flotte gegen Italien und Oesterreich ins Mittelmeer schicken konnten, und die zweite in dem Verzicht auf den Durchmarsch durch Belgien. Ueber die eine Bedingung wäre allenfalls zu reden gewesen, über die andere unter keinen Umständen.

Sicher war Belgien ein neutraler Staat. Ebenso war Dänemark 1807 ein neutraler Staat, und doch wurde die dänische Flotte von den Engländern im Frieden fortgenommen. Dieser Fall ist für die Frage der Respektierung oder Nichtrespektierung der Neutralität kleiner Staaten, die aus besonderen Gründen für mächtige, kriegführende Parteien wichtig sind, typisch. Dänemark war 1805 beim Ausbruch des sogenannten dritten Koalitionskrieges gegen Frankreich neutral geblieben. Auf dem Festlande fochten Oesterreich und Rußland gegen Napoleon, zur See England. Für die Engländer kam alles darauf an, daß Napoelon nicht in den Besitz einer Seemacht gelangte, die es ihm ermöglichte, den Transport einer Inva-

sionsarmee nach England zu decken. Die dänische Flotte war für jene Zeit eine beachtliche Größe, und da die Möglichkeit bestand, daß Napoleon Dänemark zwingen würde, so wie er Spanien gezwungen hatte, ihm seine Flotte zur Verfügung zu stellen, so richtete die englische Regierung ein Ultimatum an Dänemark, entweder ein Bündnis zu schließen und die Flotte England zur Verfügung zu stellen, oder Gewalt zu erleiden. Dänemark lehnte ab und daraufhin bombardierten die Engländer vier Tage lang, vom 2. bis zum 5. September 1807, Kopenhagen und nahmen die ganze dänische Flotte mit sich nach England. Charakteristisch für die englische Art war dabei, daß gleichzeitig mit diesem Ueberfall ein wortreiches Manifest an das dänische Volk erging: die Maßnahme geschähe nicht aus Feindschaft gegen Dänemark, sondern im Interesse des Friedens und der Menschlichkeit, d. h. um den Friedensstörer Napoleon die Möglichkeit zu nehmen, England, den Hort der Freiheit, anzugreifen.

Es ist lehrreich, diese Verletzung der dänischen Neutralität durch England mit der Verletzung der belgischen durch Deutschland zu vergleichen. England handelte im Interesse seiner Sicherheit gegen den drohenden französischen Angriff. Deutschland hat in der belgischen Frage nicht nur im Interesse seiner Sicherheit, sondern seiner Existenz gehandelt. Das deutsche Volk steht in einem Kriege nach zwei Fronten, gegen Frankreich und gegen Rußland. Dieser Kampf kann nur dann gewonnen werden, wenn es gelingt, erst den einen Gegner mit aller Macht zu schlagen und dann den andern. Eine Teilung der deutschen Armee zur Hälfte gegen Frankreich und zur Hälfte gegen Rußland würde uns nach keiner von beiden Seiten hin stark genug zum Siege machen. Auch die österreichische Bundesgenossenschaft könnte dabei nichts helfen, weil die russische Kampffront gegen Westen so lang und die russische Armee so zahlreich ist, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn *zusammen* angegriffen werden können. Auf dieser Seite müssen wir also den Krieg mit geringen Kräften, hinhaltend und in der Verteidigung führen, während auf der entgegengesetzten alle Mittel mit der größten Energie aufgewandt werden.

Rußland mobilisiert langsam und braucht viel Zeit für seinen Aufmarsch; Frankreich dagegen ist in der Mobilmachung Deutschland gewachsen. Die deutsch-französische Grenze ist aber nur wenige hundert Kilometer lang, und davon entfällt noch ein bedeutendes Stück auf den Gebirgswall der Vogesen, der alle größeren militärischen Operationen erschwert. Das Aufmarschgebiet gegenüber der offenen Grenzstrecke ist von den Franzosen seit Jahrzehnten militärisch so vorbereitet, daß es sehr schwierig wäre, die Entscheidung, d. h. die Zertrümmerung der feindlichen Macht, hier rasch herbeizuführen. Wenn die deutsche Armee gegen die französische siegen soll, bevor die ungeheuren Massen Rußlands sich von Osten her auf Deutschland werfen, so muß sie auf jeden Fall die Angriffsfront gegen Frankreich verlängern. Nur dann kann sie die Franzosen überflügeln und zum Weichen bringen. Ohne den Durchmarsch durch Belgien ist das aber unmöglich. Darum stellte die deutsche Regierung das Verlangen an Belgien, es möge die Armee friedlich passieren lassen.

Hätte Deutschland sich der Forderung Englands gefügt, die belgische Neutralität sei zu respektieren, so wäre die Widerstandskraft Frankreichs bedeutend gestärkt worden. Die deutschen Truppen hätten vor der furchtbaren Stellung der Franzosen in Lothringen großen Zeitverlust und ungeheure Opfer erlitten. In einem modernen Krieg ist es fast unmöglich, gut vorbereitete und stark besetzte Positionen durch einen Frontangriff zu nehmen. Rußland hätte also Zeit gewonnen, seinen Aufmarsch zu vollenden, und ein russisches Millionenheer wäre in Deutschland eingedrungen, während die deutsche Hauptmacht noch gegen Frankreich beschäftigt war. Der Ausgang des Krieges mußte in einem solchen Falle für Deutschland verderblich sein. Das günstigste wäre noch ein Friedensschluß auf Grund gegenseitiger Erschöpfung gewesen.

Ein solcher Ausgang des Weltkrieges würde natürlich den englischen Interessen entsprechen. Gelänge es der deutschen Macht trotzdem, die Franzosen mit unvergleichlichen Opfern rechtzeitig zu schlagen, so würde für England das Mittel der Intervention, d. h. des Kriegsbündnisses mit Frankreich und Rußland gegen das geschwächte Deutschland, doch in Bereit-

schaft bleiben. Es ist auch garnicht daran zu zweifeln, daß England dieses Mittel ohne weiteres angewendet hätte, sobald seine Interessen es zu fordern schienen. Das englische Interesse gegenüber Deutschland ist aber schon seit langem in jenem berühmt gewordenen Aufsatz der Londoner Wochenschrift „Saturday Review" ausgesprochen worden: die Handelseifersucht werde aus unzähligen kleinen Reibungen schließlich den größten Kriegsfall schaffen, den die Welt je gesehen hat. Wenn Deutschland morgen aus der Welt vertilgt würde, so gäbe es übermorgen keinen Engländer in der Welt, der nicht umso reicher wäre. Völker haben jahrelang um eine Stadt oder ein Erbfolgerecht gekämpft — müssen sie nicht um einen jährlichen Handel von 5 Milliarden Mark Krieg führen?

Seit jene Worte geschrieben wurden, 1897, hat sich der Handel Deutschlands, der das eigentliche Ziel der englischen Gegnerschaft bildet, weit mehr als verdoppelt. Umsomehr gilt jene englische Drohung auch für die Gegenwart. Der Verzicht auf den Durchmarsch durch Belgien hätte also Deutschland nicht davor bewahrt, früher oder später England als Feind sich gegenüber zu sehen; wohl aber hätte die Beschränkung der deutschen Offensive auf Lothringen die größten militärischen Nachteile und den Verlust ungezählter Menschenleben zur sicheren Folge gehabt. An der belgisch-französischen Grenze standen die französischen Truppen bereit, ihrerseits durch Belgien gegen die rechte Flanke der deutschen Armee vorzugehen. Französische Offiziere waren bereits in Lüttich, als der Angriff der vorgeschobenen deutschen Truppen auf den Platz erfolgte. In Maubeuge, einer französischen Grenzfestung gegen Belgien, sind schon im Jahre 1913, wie jetzt aus französischen Zeitungen bekannt geworden ist, Mengen von englischer Artilleriemunition aufgehäuft worden. Die englischen Geschütze haben ein anderes Kaliber, als die französischen. Man sieht also aus der Anlage dieses Depots, daß es vorgesehen war, englische Truppen in Frankreich landen und im Bunde mit den Franzosen von der belgischen

Grenze aus operieren zu lassen. Außerdem erinnern wir uns daran, daß vertraulich von englischen Militärs selbst eingestanden worden ist, wie 1911 während der Marokkokrisis zwischen England und Frankreich der Plan erörtert worden ist, im Falle eines Krieges gegen Deutschland ein englisches Hilfskorps die Schelde bei Vlissingen forcieren zu lassen, in Antwerpen zu landen und durch Belgien hindurch gegen die deutsche Armee vorzudringen.

England hat also selber keineswegs im Sinne gehabt, die Neutralität Belgiens zu achten, sobald sein Interesse an der militärischen Niederwerfung Deutschlands die Verletzung der Neutralitätsgarantie gefordert hätte. Falls Sicherheit oder auch nur Wahrscheinlichkeit vorhanden gewesen wäre, daß England als Gegenleistung für die Respektierung Belgiens auch nur soweit neutral geblieben wäre, wie 1870—71, als es die Franzosen bekanntlich dadurch unterstützte, daß es ihnen alle Artikel für den Krieg und die Verpflegung lieferte, so wäre die belgische Frage für Deutschland zweifelhaft gewesen. Eine solche Sicherheit aber bestand nicht. Vielmehr war das Gegenteil anzunehmen und es blieb nichts übrig, als den Durchmarsch zu verlangen. Der gewaltsame Widerstand der belgischen Armee mußte natürlich gebrochen werden. Die deutsche Regierung hat aber der belgischen sowohl vor dem Einrücken, als auch noch einmal nach der Eroberung von Lüttich die volle Garantie dafür angeboten, daß die Grenzen und die Unabhängigkeit von Belgien nach dem Kriege dieselben bleiben sollten, wie vorher. Belgien hat es vorgezogen, diese loyale Zusage nicht anzunehmen, sondern die Entscheidung der Waffen anzurufen. Niemand hat diese Notwendigkeit mehr bedauert, als die deutsche Regierung, aber wir wiederholen, nur in dem Marsch durch Belgien liegt für Deutschland die Möglichkeit enthalten, die Franzosen so rechtzeitig zu schlagen, daß nach dem Siege im Westen auch die heranrückende russische Uebermacht erfolgreich abgewehrt werden kann. Der Ausgang des Krieges, das Schicksal Deutschlands, die Zukunft der germanischen Kultur in Mitteleuropa hat an dieser belgischen Frage gehangen.

Das englische Verlangen, Deutschland habe unter allen Umständen die Neutralität Belgiens zu achten, hat außerdem noch einen besonderen, in den festesten Ueberlieferungen der englischen Politik liegenden Grund. Seit dem Zeitalter Ludwigs XIV. ist es englischer Grundsatz, Belgien nicht in die Hände einer starken Festlandsmacht fallen zu lassen. Frankreich hat unter Ludwig XIV. eine Reihe von Jahrzehnten unablässig und mit aller Macht nach dem Besitze Belgiens gestrebt und sich aus diesem Grunde ebenso lange der unermüdlichen und durch nichts zu beugenden Feindschaft Englands gegenübergesehen. Wer Belgien besitzt, der kann auch jederzeit auf Holland drücken. Diese reichen, dichtbevölkerten, industriellen und seegewohnten Landschaften, deren materielle Wichtigkeit im 17. und 18. Jahrhundert im Verhältnis zum übrigen Europa noch größer war als heute, hätten aber im dauernden Besitze Frankreichs eine so große Stärkung der französischen Macht, namentlich der Handels- und Seemacht der französischen Nation bedeutet, daß sie auf diesen, von England als seiner Domäne beanspruchten Gebieten voraussichtlich mit Erfolg den Wettbewerb mit den Engländern hätte aufnehmen können. Das aber durfte nicht sein. Dieselbe Rücksicht, wie gegenüber Frankreich, besteht natürlich, was Belgien angeht, für England auch gegenüber uns. Wenn die Deutschen in Belgien sind, fürchtet England, so werden sie nicht wieder hinausgehen, und dann liegt ein Stück deutscher Nordseeküste mit einem Male Großbritannien in unmittelbarer Nähe gegenüber. Die Folgen hiervon für das englische Bewußtsein brauchen nicht weiter ausgemalt zu werden.

Von welcher Seite auch immer wir uns also dem Problem der Stellungnahme Englands nähern, — überall stoßen wir darauf, daß England entweder versuchen muß, den Sieg Deutschlands über Frankreich möglichst soweit zu erschweren, daß wir ihn nicht praktisch-politisch ausnutzen können, und ähnlich auch, was Rußland angeht oder daß die englische Politik sich mit der Voraussicht des Machtzuwachses Deutschlands auf Kosten Englands abfinden muß. Wir sind sowohl in militärischer als auch in politischer Beziehung der ruhigen Zuversicht, daß die englische Rechnung, so wie sie jetzt von England

aufgestellt worden ist, für uns schließlich günstig und für England ungünstig sein wird. Wir werden Frankreich schlagen, wir werden mit Rußland fertig werden, wir werden auf beiden Seiten wahrscheinlich im Laufe des Krieges durch innere Schwierigkeiten bei unseren Gegnern unterstützt werden, wir werden nach dem Kriege im Verein mit Oesterreich-Ungarn im Herzen des europäischen Kontinents machtvoller dastehen, als vorher, und England wird keine Möglichkeit haben, uns seinen Willen aufzuerlegen. Es wäre klüger von England gewesen, sich von vornherein auf unseren Sieg einzurichten und sich mit uns über die Zukunft gütlich zu verständigen. England hat das nicht gewollt. England hat es vorgezogen, lieber um die Aufrechterhaltung dessen zu kämpfen, was das englische Selbstbewußtsein die „Suprematie" Englands auf den Meeren und jenseits der Meere nennt. Es ist gut so; wir werden auch gegen England unsere Zukunft als Weltvolk nicht nur zu behaupten, sondern auch zu verbessern imstande sein. Allerdings hat die Stellungnahme Englands noch auf einem andern Gebiet einen augenblicklichen militärisch-politischen Nachteil für uns zur Folge gehabt. Italien hat unter englischem Druck statt Bundesgenossenschaft Neutralität erklärt. Die Italiener begründen das formell damit, daß sie nur in dem Falle zur Hilfeleistung verpflichtet gewesen wären, daß wir uns einem französischen Angriffskriege gegenüber gesehen hätten; da aber nicht Frankreich an Deutschland, sondern Deutschland an Frankreich den Krieg erklärt habe, so liege der Bündnisfall nicht vor. Natürlich kann man darauf erwidern, daß es nicht darauf ankommt, wer den Krieg erklärt, sondern darauf, wer der Angreifer ist. Daß Deutschland es nicht war, darüber ist angesichts der bis aufs Aeußerste, bis an die Grenze der Gefährdung unserer Sicherheit festgehaltenen Friedensstellung Kaiser Wilhelms keine Meinungsverschiedenheit möglich. Der tatsächliche Druck, unter dem Italien handelt, ist auch gar nicht die Auslegung des Dreibundvertrags, sondern die Sorge vor der Feindschaft Englands.

Ein Blick auf die Karte von Italien und auf die italienische Wirtschaftsbilanz erklärt uns den Zusammenhang. Italiens Küsten liegen offen vor jedem Gegner da, der zur See

stärker ist. Die wichtigsten Eisenbahnen, die Lebensadern des italienischen Verkehrs zu Lande, führen in unmittelbarer Nähe der Küste entlang. Italiens ganzes Wirtschaftsleben kann durch eine seebeherrschende feindliche Macht auf das Schwerste getroffen werden. Italien hat eine Ausfuhr im Werte zwischen zwei und drei Milliarden Franks und eine Einfuhr, die nach der amtlichen Statistik um reichlich eine Milliarde höher ist. Der größte Teil der Gesamthandelsbewegung geht über See. Unter den Gegenständen der Einfuhr finden wir aber Getreide und Sämereien mit 450 Millionen Frs., Baumwolle und baumwollene Gewebe mit 400 Millionen, Steinkohle mit nahezu 300 Millionen, tierische und pflanzliche Lebensmittel außer Getreide mit 200 Millionen, industrielle Rohstoffe außer Kohle mit 500 Millionen usw. Italien vermag also wirtschaftlich kaum zu existieren, wenn ihm die Zufuhr unterbunden wird. Vor allen Dingen: es besitzt überhaupt keine Kohle; alle Kohle für die italienische Industrie, für die italienischen Eisenbahnen und die italienische Schiffahrt kommt aus England! Das sind mächtige Beweggründe, stille zu halten, wenn die englische Drohung sich erhebt. Natürlich könnte eine kühne und großzügige italienische Politik all diesen Bedenken und Gefahren den mächtigen Gedanken eines italienischen Nordafrika um jeden Preis entgegenwerfen. Der italienische Auswanderungsverlust hat, nach Abzug der Rückwanderung, im Durchschnitt der letzten fünf Jahre beinahe eine halbe Million Menschen jährlich betragen. Das würde genügen, um im Laufe eines Jahrzehnts das heutige französische Nordafrika italienisch zu kolonisieren. Das und nichts anderes ist auch der Gedanke des Größeren Italien der Zukunft, den alle weitblickenden Italiener hegen, des Gedankens, der viel größer ist, als die immer von neuem abgehetzte Idee der Italia irredenta, des unerlösten Italiens, wo Italiener in fremdem, namentlich österreichischen Staatsverbande leben. Auch diese Frage würde sich mit der jetzt in Gang gekommenen europäischen Generalabrechnung von selber regeln. Italien sollte aber bedenken, daß es nur an der Seite Deutschlands und Oesterreich-Ungarns Aussicht hat, das eigentlich große Ziel zu erreichen. Ein englisch-französischer Sieg würde es im Mittelmeer stets auf der zweiten, wenn nicht

an der dritten Stelle festhalten — mit dem Dreibund zusammen kann es an die erste gelangen. Zu großer Zukunft gehört aber auch großer Wille!

Wir wiederholen, daß die Stärke der beiden verbündeten Mächte und vor allen Dingen Deutschlands auf der vollkommenen Geschlossenheit des nationalen und staatspolitischen Willens ruht, der hinter der militärischen Organisation steht; demnächst auf der ausgezeichneten Beschaffenheit dieser Organisation selbst und der Unmöglichkeit, Deutschland oder Oesterreich-Ungarn auszuhungern. Wir verfügen über genügende landwirtschaftliche Bodenproduktion und reichlichen Viehbestand. Ebenso sind alle notwendigen Mineralien, wie Kohle und Eisen, vorhanden. Gas, Elektrizität und Dampfkraft können beliebig erzeugt, Waffen und Kriegsmaterial ohne Hilfe des Auslandes in unbeschränkter Menge hergestellt werden. Petroleum und dergleichen sind Galizien und Rumänien wenigstens für den militärischen Bedarf zu liefern imstande. Die Stillelegung großer Industriezweige und die dadurch bedingte Erwerbslosigkeit für viele Millionen ist natürlich ein schweres Uebel. Wir wiederholen, daß es zu einer lähmenden Gefahr aber von hier aus nur in dem Falle kommen könnte, wenn die Opferwilligkeit derjenigen Angehörigen des Volkes, die auch während des Krieges noch über ein Einkommen aus Besitz und Arbeit verfügen, gegenüber der Notwendigkeit versagt, die Arbeitslosen zu unterhalten. Sollte Deutschland aus einem solchen Grunde gezwungen werden können, einen verderblichen Frieden zu schließen, so ist nur zu wiederholen, daß wir dann unser Schicksal verdient haben!

Militärisch, das dürfen wir uns zu unserer Beruhigung mit ehrlicher Zuversicht sagen, ist es überhaupt nicht möglich, eine Macht, wie die Vereinigung von Deutschland und Oesterreich-Ungarn niederzuringen. Damit das geschähe, müßten uns Gegner gegenüberstehen, die uns nicht nur zahlenmäßig wirksam überlegen, sondern auch an politischer Einheitlichkeit, an nationaler Begeisterung, an äußerer und innerer Höhe der kriegerischen Einrichtungen und an sittlicher Stärke des Kriegsgrundes mindestens gewachsen sind. Davon aber kann bei unseren Feinden im ganzen genommen nicht die Rede sein.

Keiner von ihnen verteidigt seine Existenz. Rußland und Frankreich handeln aus verblendeter nationaler Leidenschaft, der ohne Zweifel ein Rückschlag bevorsteht, sobald es zu Niederlagen kommt, und England führt einen Präventivkrieg, indem es die letzte, sich ihm bietende Gelegenheit benutzt, um das Anwachsen Deutschlands zu einer Größe, die den Gedanken der englischen Suprematie auf der See und über See von selber beseitigen würde, noch zu verhindern. Gesetzt den Fall, an den wir alle nicht glauben, daß Deutschland geschlagen würde, so wird sich die englische Politik davor hüten, Rußland und Frankreich so stark werden zu lassen, daß die englischen Interessen dadurch in Gefahr gerieten. Deutschland als starke Kontinentalmacht ist den Engländern durchaus erwünscht; unerwünscht sind wir ihnen nur als Weltmacht. Es ist auch keineswegs unmöglich, daß England früher oder später aus dem Verlauf der kriegerischen Ereignisse Anlaß entnimmt, ein Sonderabkommen mit uns zu versuchen. Es wird wenig Liebe finden! Man weiß, daß der Krieg gegen Deutschland nicht der einheitliche Ausdruck des Volkswillens in England ist, weder bei der Masse, noch bei den Gebildeten.

Was Frankreich angeht, so gibt es ebenfalls keinen Zweifel daran, daß die breiten Schichten der Nation gegen den Krieg gewesen sind. Was auf der Straße schrie, mit dem Säbel rasselte und in den Redaktionen der nationalistischen Blätter wütete, wollte den Krieg, weil es sich seit vierzig Jahren in den Krieg und die Revanche hineinhypnotisiert hatte. Der französische Bourgeois aber, der Bauer und Winzer, der Großindustrielle, der Exporteur und der Arbeiter wollten im Herzen den Krieg nicht, und wenn Rückschläge und Niederlagen kommen, so ist es ein gewaltiger Unterschied, ob hinter dem Entschluß zum Kampf der moralische Wille und die Kraft eines ganzen Volkes stehen, dem durch einen brutalen, gewissenlosen Ueberfall seiner Gegner die Wahl zwischen Sieg und Untergang gestellt wird — oder ob es dann bei der überrumpelten Masse zu grollen anfängt: an die Laterne mit den Schuften, die uns ins Unglück gestürzt haben! Wir Deutschen sollen uns ja nicht zu viel auf unsere guten Eigenschaften einbilden und auf andere Völker als minderwertig herabsehen.

Um nur eins zu erwähnen, die Fäulnis und Volksschande des Geburtenrückganges, der Kinderscheu, hat auch uns schon stark genug ergriffen gehabt. Trotzdem ist es objektive Tatsache, daß die sittliche Zerfressenheit in Frankreich auch in der Tiefe der Nation ein viel größeres Maß erreicht hat. Die Familie, die sich vor dem Kinde fürchtet, erzeugt auch keinen vaterländischen Todesmut mehr.

Am wenigsten Sorge brauchen wir vor Rußland zu haben. Nur wer Rußland nicht kennt, ist imstande, es zu fürchten. Nur der Unwissenheit über die innerrussischen Verhältnisse vermag die Größe des Reiches, vermögen die Zahlen des russischen Heeres zu imponieren. Für Rußland gilt noch immer jenes bald tausend Jahre alte Wort des Chronisten Nestor von Kiew, der die Berufung der normanischen Fürsten durch die Slawenstämme um Groß-Nowgorod erzählt: „Unser Land ist groß und reich, aber es gibt keine Ordnung darin; so kommt und herrscht über uns!" Eine so ungeheure Aufgabe, wie ein moderner Krieg, der den Organismus des Staates unendlich stärker in Bewegung setzt, als je ein Krieg, den Rußland bisher geführt hat, kann nur unternommen werden, wenn Ordnung, nicht im gewöhnlichen Polizeisinne, sondern im Sinne politischer und nationaler Sittlichkeit, im Staate vorhanden ist. Daran fehlt es in Rußland. Auf dem langen Wege, der von der Einberufung der Reservisten und Landwehrleute aus ihren Dörfern an der Wolga, im Ural, im Moskauer Industriebezirk, in der südrussischen Steppe, in den Wäldern des Nordens bis zur Aufstellung der Regimenter und Armeekorps zur Entscheidungsschlacht fern im Westen führt, sind, so wie die Dinge in Rußland liegen, eine solche Unzahl von physischen, technischen und moralischen Hindernissen zu überwinden: Stumpfsinn und Widerstand der Eingezogenen, Gewissenlosigkeit, Brutalität, Korruption der ordnenden und leitenden Stellen, mangelnde Fähigkeit zum Disponieren, geringe Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen, Aufstandsgelüste in Polen usw., daß die am Ende verwirklichte Kraftleistung keine furchtbare mehr sein kann. Unsern militärisch-politischen Kannegießern schwebt immer noch der Untergang Napoleons in Rußland als Menetekel und Beweis für die russische Unangreifbarkeit vor. Napoleon ist

zugrunde gegangen, zur einen Hälfte schon auf dem Hinmarsch, und zur andern Hälfte auf dem Rückzug, weil er sein Heer nicht verpflegen konnte, denn bei dem damaligen Zustand der Kommunikationsmittel in Rußland war es ausgeschlossen, genügende Vorräte aus dem Operationsgebiet heranzuholen oder sie von der europäischen Basis aus nachzuschieben. Heute gibt es für beides Eisenbahnen und andere Hilfsmittel genug. Oder man weist auf die Unerschütterlichkeit des russischen Soldaten in der Schlacht hin. Früher, ja da hat der alte Fritz ergrimmt von den Russen gesagt, es genügt nicht, die Kerle totzuschießen, man müsse sie dann auch noch erst umwerfen. Das war in den Zeiten, wo Heere von 30 000 oder 50 000 Mann in ausgerichteter Linie, in geschlossenen Gliedern, die Offiziere wie zur Parade vor der Front, gegeneinander geführt wurden und der einzelne Mann, das Bataillon, das Regiment nichts zu tun hatten, als auf Kommando zu laden, auf Kommando zu schießen, zu schwenken, standzuhalten. Heute aber stellt eine Schlacht viel größere Anforderungen an den gemeinen Mann, an den Offizier, den General. Selbständigkeit, eigenes Urteil, Initiative, einsichtsvolle Hingabe sind von unten bis oben gleich unentbehrlich. Ohne diese Dinge kann man keine Entscheidungsschlachten mehr gewinnen. Der russische Gegner hat aber nicht soviel davon, daß wir ihn zu fürchten brauchten. Die alten Autoritäten des Russentums, Zarenglaube, Kirchenglaube, Herrenglaube, sind in ihrer Tiefe erschüttert und können nicht mehr wie früher als die Fundamente des russischen Gehorsams und der russischen Opferfähigkeit angesehen werden. Die russische Armee wird vielleicht im Stande sein, vorübergehend durch gewaltige Ueberlegenheit ein Stück deutschen Bodens einzunehmen, solange wir in Frankreich zu tun haben, aber darum kann im ganzen doch ohne Furcht die Voraussage gewagt werden: Sobald wir erst vorrücken und gemeinschaftlich mit den Oesterreichern ernsthaft an die Russen geraten, werden wir wahrscheinlich über das Maß von russischer Leistungsunfähigkeit erstaunen, das uns begegnen wird. Nach den ersten großen Niederlagen werden sich außerdem zu der militärischen Minderwertigkeit der russischen Macht auch noch revolutionäre Schwierigkeiten im Innern hinzugesellen.

Darum dürfen wir überzeugt sein, daß dieser Krieg uns nicht zum Unheil, sondern zum Heile ausschlagen wird. Natürlich können zeitweilig durch gegnerische Uebermacht oder eigene Fehler Rückschläge eintreten, aber im ganzen ist nicht abzusehen, wie eine entscheidende Wendung zu unseren Ungunsten eintreten soll. Was uns niederwerfen könnte, sind nur elementare Katastrophen, Schickungen der Natur, über die der Mensch nicht Herr ist — oder Eigensucht unter uns selber, Eigensucht, die nicht genug von dem Ihrigen zu opfern bereit wäre, um unsere Arbeitslosen und notleidenden Volksgenossen solange zu unterhalten, bis der Feind zu Boden geworfen ist.

Schon zu Anfang im Vorwort haben wir gesagt: *der Sieg in diesem Kriege ist weniger eine militärische, als eine moralische Kraftprobe.* Die militärische Probe haben wir in ihrem schweren Teil vielleicht schon bestanden; was die moralische betrifft, so können wir nach allem, was wir seit dem Ausbruch des Krieges erlebt haben, die feste Hoffnung aussprechen: die Frage nach der nationalen Opferwilligkeit bei uns stellen, heißt, sie zugleich auch schon bejahend beantworten.

Soweit wir der Antwort sicher sind, dürfen wir es auch wagen, ein Wort darüber zu sagen, was nun hinter diesem Kriege kommen soll. Weltverteilungspläne zu machen, bevor der Sieg entschieden ist, ist zwecklos, aber die Grundlinien des Friedens können und müssen wir ziehen. Trotz des Hasses, mit dem uns Frankreich über 40 Jahre lang verfolgt hat, dürfen wir die Franzosen als Großmacht bestehen lassen. Dazu gehört, daß Frankreich in Europa nicht verkleinert wird und daß es seinen nordafrikanischen Besitz in der Hauptsache behält. Nur finanziell muß es aufs Schärfste herangenommen werden. Die russische Masse von 170 Millionen muß auf jeden Fall verkleinert und in ihrer Angriffsfähigkeit gegen Mitteleuropa beschränkt werden. Das wird keine inneren Schwierigkeiten haben, weil sowohl im Westen als auch im Süden des heutigen Rußland nichtrussische Völker wohnen, die über die Lostrennung vom Zarentum nur Befriedigung empfinden würden. Unser eigentlicher Feind aber, und nicht nur der unsrige, sondern auch der Feind der europäischen

Kultur im ganzen, der um seines eigenen Geschäftsprofits willen Deutschland dem Moskowitertum ausliefern und den deutschen Gedanken in der Welt vernichten wollte, ist England. Mit England darf kein Friede geschlossen werden, bevor Englands Macht, zu schaden, auf immer zerstört ist. Ueber die Mittel und Wege zu reden, die dahin führen können und führen werden, ist es noch zu früh, aber wir wissen, daß diese Mittel und Wege vorhanden sind, und daß die Entschlossenheit besteht, sie zu benutzen. Nur dann wird Deutschlands Zukunft sicher sein. Schonung gegen England ist jetzt Verrat an der Zukunft des eigenen Vaterlandes.

Darum:

Nieder mit dem englischen Seeräubertum!

Das Größere Deutschland

Wochenschrift
für
Deutsche Welt-u. Kolonial-Politik

Vor einem halben Jahre etwa berieten wir vier, die jetzt Verleger, Herausgeber und Redakteur des „Größeren Deutschland" sind, über die Gründung der Zeitschrift mit einander. Der Entschluß selbst stand fest — nicht so sicher der Zeitpunkt, zu dem der Anfang mit dem Blatt gemacht werden sollte.

In wiederholten Besprechungen siegte dann trotz des weniger günstigen Termins im Frühjahr der Entschluß, schon zu April zu beginnen. Den Ausschlag gab die starke politische Spannung der Lage. Im Gegensatz zu der weiteren Öffentlichkeit waren wir darüber unterrichtet, daß Rußland und Frankreich den Plan zum Angriff auf uns gefaßt hatten: so bald wie möglich und um der Balkandinge willen. Es kam darauf an, die Öffentlichkeit darüber zu unterrichten, daß vor allen Dingen von Rußland her die Gefahr drohte.

Mit Genugtuung dürfen wir feststellen, daß gerade die warnenden Artikel des „Größeren Deutschland" mit besonderer Beachtung aufgenommen wurden und Verbreitung fanden. Aus der Bestätigung unsrer Warnung durch die Ereignisse, die wir jetzt erlebt haben, leiten wir ein Recht ab, allen politisch interessierten Deutschen die Zeitschrift auch über ihren jetzigen Leserkreis hinaus zu empfehlen.

Wir dürfen dem noch die Versicherung hinzufügen, daß wir in der Lage sind, auch fernerhin den Zusammenhang der Dinge vielleicht etwas deutlicher darzustellen, als es sonst einer Zeitschrift in der Regel möglich ist.

Das **„Größere Deutschland"** kostet vierteljährlich (13 Hefte) **M. 3—**, Einzelnummer **30 Pfg.**

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten oder unter Kreuzband.

Inhaltsverzeichnis der bis jetzt erschienenen Nummern umstehend.

Das Größere Deutschland

Wochenschrift für Deutsche Welt- u. Kolonial-Politik

Inhalt der Nummern 1—24.

Inhalt von Nr. 1.

Rohrbach: Warum deutsche Weltpolitik?
Jäckh: Der Bagdadfriede.
Graf Reventlow: Die deutsche Flotte in der Politik.
Zache: Eingeborenenschutz.
Notizen: Eine Deutsch-Türkische Vereinigung. — Der Duala-Konflikt. — Neue Ziele für die deutsche Afrika-Politik. — Was ist uns Zentral-Afrika?

Inhalt von Nr. 2.

Pohl: Die Deutsche Auslandshochschule.
Wertheimer: Die Mächtegruppierungen und Deutschlands Stellung in China.
v. Perbandt: Zum 25jährigen Jubiläum der Schutztruppe.
Zache: Die Kolonien im Reichstage.
Notizen: England und Abessinien. — Reformpläne und neue Bahnprojekte im belgischen Kongo.

Inhalt von Nr. 3.

Rohrbach: Die russische Gefahr.
Jäckh: Grundlagen deutscher Weltpolitik.
Kuhn: Die Sanierung von Duala.
Kolbe: Was bedeuten uns die südwestafrikanischen Diamanten?
Notizen: Der türkisch-französische Vertrag. — Die rumänische Gefahr.

Inhalt von Nr. 4.

Rohrbach: Von der Farmwirtschaft in Südwest.
Kindt: Südwest und der Reichstag.
Jäckh: Am Ende der englischen Einkreisungspolitik.
Koloff: Die Welt- und Marinepolitik Napoleons I.
Notizen: Abbazia. — Mexiko und die Union. — Deutsche Kriegsschiffe mit des Kaisers Bruder in Südamerika. — Die Neuvergebung der südwestafrikanischen Diamanten. — Englische Ablehnung französischer Pläne.

Inhalt von Nr. 5.

Reventlow: Kiautschou, ein zweites Port Arthur?
Schmidt: Rußlands Endziel.
Rohrbach: Das Uebel Afrikas.
Zache: Rechenberg im Reichstage.
Notizen: Deutsche Weltpolitik in englischer Beleuchtung. — Kongophilie. — Ein Reformprogramm für die portugiesischen Kolonien. — Ein „Kolonialstil".

Inhalt von Nr. 6.

Rohrbach: Ruedorffers „Grundzüge der Weltpolitik in der Gegenwart".
Schmidt: Eine russische Lehre für Deutschland.
v. Mackay: Das China Jüanschikai's und die deutschen Interessen.
Langen: Samoanischer Brief.
Notizen: Rußland, Japan und Mexiko. — Frankreich und Deutschland.

Inhalt von Nr. 7.

Schrameier: Duala und Kiautschou.
Kolbe: Nochmals „Südwest und der Reichstag".
Rohrbach: Deutschlands auswärtige Lage.
v. Massow: Die Auslandpresse und die deutschen Interessen.
Notizen: Deutsch-Türkisches. — Deutsche Ausführung eines englischen Bagdadplanes. — Der historische Patriotismus in China gegen die Diktatur Jüanschikais.

Inhalt von Nr. 8.

Jäckh: „Vaterland".
v. Kropff: Deutschland und die fremde Kulturarbeit in China.
Huber: Die deutschen Kolonien in Palästina.
Bintgraff: Der derzeitige Stand der Selbstverwaltung in Deutsch-Ostafrika.
Notizen: Nochmals „Deutsche Weltpolitik und kein Krieg". — S. M. Schiff „Goeben" in Konstantinopel. — Selbstverwaltung nach englischem Muster für Südwest. — Das chinesische Unterrichtsministerium und seine Stellung zum Deutschen auf den chinesischen Schulen. — Zur ostafrikanischen Selbstverwaltungsfrage.

Inhalt von Nr. 9.

Schmidt: Rußlands „Friedenspolitik".
Schaefer: Weltpolitik und Schule.
Weber: Zur Reform des Auswärtigen Dienstes.
Rohrbach: Kameruner Fragezeichen.
Notizen: Abermals die russische Gefahr. — Vom Deutschtum in China.

Inhalt von Nr. 10.

Jäckh: Albanien und der Dreibund.
v. Rümker: Die deutsche Landwirtschaft, ihre Bedeutung u. Stellung im In- u. Auslande.
Rohrbach: Zur russischen Kriegsgefahr.
Notizen: Eine deutsche Zeitschrift für Chinesen. — Deutsche und nordische Jugend. — Professor Dr. Onckens über Deutschland und Oesterreich.

Inhalt von Nr. 11.

Rohrbach: **Ein hartes Muß.**
***: **Kolonialer Reichstags-Dilettantismus.**
Wegener: **Der Panama-Kanal und Europa.**
Massow: **Das deutsche Kapital als nationales Machtmittel.**
Wilhelm: **Zur Lage in China.**
Jäckh: **Zur Deutschen Werkbund-Ausstellung in Köln.**

Inhalt von Nr. 12.

Roloff: **Die Entstehung des Bündnisses zwischen Deutschland u. Oesterreich-Ungarn.**
Pohl: **Die Fremdenlegion.**
Geißler: **Richard Wagner als werbende Kraft des Deutschtums.**
Rohrbach: **Der koloniale Frauenbund.**
Notizen: „Regierung und Volkswille." — Wozu Verzärtelung?

Inhalt von Nr. 13.

Rohrbach: **Vierteljahrsübersicht über die auswärtige Politik.**
Bleibtreu: **Petroleum und Weltpolitik.**
Kuhn: **Schlafkrankheit in Kamerun und seinen Nachbarländern.**
Notizen: Deutsch-englische Gemeinschaft in Mesopotamien. — Die Geschichte der deutschen Kolonialpolitik. — Ein spanisches Werk über die deutsche Kultur der Gegenwart.

Inhalt von Nr. 14.

Lache: **Deutsch-Ostafrika im ersten Menschenalter unserer Kolonialgeschichte.**
Schilling: **Die Tsetse-Krankheit, ihre wirtschaftliche Bedeutung und Bekämpfung.**
Kolbe: **Bodenkredit für Deutsch-Ostafrika.**
Rohrbach: **Die serbische Untat und die politische Lage.**
Notizen: Eine südwestafrikanische Rede. — Die Verdrängung der deutschen Sprache im chinesischen Eisenbahnwesen.

Inhalt von Nr. 15.

Jäckh: **Die neue Türkei nach dem Balkankrieg.**
v. Mackay: **Die persische Oelfrage und Deutschland.**
Ostwald: **Deutschland und Japan.**
Kolbe: **Das Eisenbahnbauprogramm für Kamerun.**
Notizen: Die französische Kongo-Anleihe endgültig genehmigt. — Gouverneur Dr. Seitz über die künftige staatsrechtliche Stellung Südwestafrikas.

Inhalt von Nr. 16.

Rohrbach: **Es geht voran in Südwest.**
Reventlow: **Epilog zu den britischen Flottenbesuchen.**
Backhaus: **Deutschlands Interessen im Lateinischen Amerika.**
Wertheimer: **Weltpolitik und Schule.**
Notizen: Vom deutschen Schulverein in China. — Die Zukunft Chinas. — England im deutschen Einflußgebiet.

Inhalt von Nr. 17.

Rohrbach: **Nur keinen Schritt rückwärts.**
Huber: **Die Türkei und die arabische Frage.**
Schmidt: **Rußlands finanzielle Lage.**
Lache: **Vertreter der Kolonien im Reichstage.**
Notizen: Vom Deutschtum in Südafrika. — Eine türkische Preßstimme zur bulgarischen Anleihe in Deutschland. — Ein Sedan in den Lüften.

Inhalt von Nr. 18.

Jäckh: **Der europäische Krieg.**
Rohrbach: **Hie Schuld — Hie Schickung!**
Sperber: **Die mexikanisch-amerikanischen Wirren.**
Külz: **Selbstverwaltungssorgen in Deutsch-Südwestafrika.**
Notizen: Ein französischer Abgeordneter über die finanzielle Lage Deutschlands und Frankreichs. — Eingeborenenpolitik im Reichstag. — Fremde Schulen in China.

Inhalt von Nr. 19.

Rohrbach: **Unsere Gegner.**
Jäckh: **Die Neutralen gegen und für Deutschland.**
Wüstendörffer: **Das orientalische Institut in Wladiwostok.**
Bleibtreu: **Türkische Industriepolitik.**
Notizen: Ein Helgoland-Jubiläum. — Kiderlen-Wächter über einen deutsch-russischen Krieg.

Inhalt von Nr. 20.

Rohrbach: **Der Verlauf des Krieges.**
Wegener: **England und die indische Frage.**
Kolbe: **Italien am Scheidewege.**
Mackay: **Die Vorgeschichte und Bedeutung des belgischen Kriegsdramas.**
Notizen: Eine zeitgemäße Betrachtung.

Inhalt von Nr. 21.

Lehmann: **Wortlaut der Rede Sir Edward Grey's im englischen Unterhause.**
Meinecke: **Deutschland und der Weltkrieg.**
Wertheimer: **Der neue Gegner: Japan.**
Notizen: Eine türkische Preßstimme über die Haltung Frankreichs und Englands.

Inhalt von Nr. 22.

Akerhjelm: **Rassen-Sympathie.**
Eucken: **Ein zeitgemäßes Buch.**
Rohrbach: **Englands Verblendung.**
Geißler: **Wie der Krieg uns zusammenschmiedete.**
Hennig: **Wandlungen der Monroe-Doktrin.**
v. Geldern: **Braucht Deutschland mehr Kolonien?**
Notizen: Die deutsche Wahrheit in der Welt. — Serbische Kultur. — Ein englisches Flugblatt gegen den Krieg. — Eine zeitgemäße Mahnung.

Inhalt von Nr. 23.

Herre: **Italien und die europäischen Mächtegruppen**
Jäckh: **Ein klassisches Werk über Deutschlands auswärtige Politik.**
Bleibtreu: **Die mexikanische Petroleumindustrie.**

Inhalt von Nr. 24.

Rohrbach: **Deutschland als Befreier.**
Roloff: **Englands Politik gegen Neutrale und Kleinstaaten.**
Reventlow: **Was tut unsere Flotte?**
Schmidt: **Russen und Deutsche.**
Notizen: Das Verdienst unserer Diplomatie. — Ein Schweizer an die Deutschen.

Druck von F. A. Wolf,
Dresden, Zirkusstraße 37.

567048

HMod
R7394kr

Rohrbach, Paul
Der Krieg und die deutsche Politik.

DATE

NAME OF BORR

UNIVERSITY OF TORONTO
LIBRARY

DO NOT
REMOVE
THE
CARD
FROM
THIS
POCKET